Meinungsfreiheit gegen Political Correctness, S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 10 – 9. März 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





66,02 Prozent für die Groko: Dietmar Nietan (l.) und Olaf Scholz bei der Bekanntgabe des Ergebnisses des SPD-Mitgliedervotums

Bild: Imago

Rückkehr zum Alltag

Zwei Drittel stimmten bei der SPD für die Interessen von Partei und Staat

Mit ihrem Beschluss, einer wiederholten Koalition mit CDU und CSU beizutreten, hat die SPD die Möglichkeit eröffnet, dass in Deutschland wieder Politik in üblicher Art und gewohnter Weise gemacht wird.

Der Koalitionsvertrag zwischen den drei Parteien ist ohnehin ausgehandelt, die Posten sind vergeben, sodass weiter keine Fährnisse dräuen – die letzte Klippe vor der Rückkehr in den politischen Alltag war das Votum der SPD-Mitglieder, und die ist überwunden.

Nachdem die Gefahr des Scheiterns vorüber ist, stellt sich die Frage, warum überhaupt die SPD eine Entscheidung von staatspolitischer, ja internationaler Bedeutung dem Votum der Mitglieder der Partei überlassen hat. Bei der Beantwortung griffe jeder zu kurz, der die Mitgliederbefragung als den Ausdruck einer modernistischen Anbiederung der Parteiführung an ihre Gefolgschaft durch möglichst direkte Entscheidungsabläufe verstünde. Die Absicht, die Partei in den Mittelpunkt eines staatspolitischen Prozesses zu stellen, hat viel tiefere Beweggründe.

Das reicht in die frühen, rein sozialistischen Tage der SPD, die von dieser als der „ältesten Partei Deutschlands“ oft genug beschworen, allerdings nie deutlich benannt werden. Die SPD als ein in der Wurzel marxistisches Konstrukt stellt die sozialistische Partei grundsätzlich über die staatlichen Institutionen, eine Regelung, die bei Lenin am gründlichsten ausgeformt ist. So war es nur konsequent, dass bei der Entscheidung, ob man einer Koalition mit den Unionsparteien beitreten wolle, das Interesse des Staates hinter demjenigen der Partei zurücktreten musste.

Dass diese beiden oftmals verschiedenen Interessenslagen diesmal übereinstimmten, war eine segensreiche Fügung. Nur so ist auch die hohe Quote der Zustimmung zu einer Regierungsbildung zu erklären. Die Angst vor Neuwahlen als Ausdruck des Primats der Partei – und das ist beileibe kein Geheimnis – ließ viele Genossen das ungeliebte Bündnis gutheißen, weil es derzeit davor schützt. Auch wenn man sich vor dem Zustand der Partei nach weiteren vier Jahren Merkel-Regierung fürchten mag, so hat doch die jetzige Entscheidung einen Zeitaufschub vor dem Offenbarungseid ermöglicht. Allerdings wurde eine Sollbruchstelle in der Koalition eingebaut, und die definiert sich ausschließlich nach dem parteilichen Befinden der SPD, keinesfalls demjenigen des Staates.

Innerhalb der Partei wird der Feldzug vor allem der Jungsozialisten gegen die Koalition weiterwirken. Sie erkaufen sich ihre Hinnahme des Abstimmungsergebnisses mit der Zusage einer inhaltlichen Erneuerung der SPD, und sie werden darauf bestehen. Ebenso wird ihr Rückhalt in der Partei das Drittel der Unterlegenen weit übertreffen. Denn in diesem Zusammenhang drohen keine Bundestagswahlen, und deshalb darf die reine Lehre zu Ehren kommen. Dabei ist unter „inhaltlicher Erneuerung“ widersinnigerweise eine Rückkehr in Richtung jener sozialistischer Urzeiten zu verstehen, in denen der Primat der Partei vor dem Staat einst geschaffen wurde.

Angesichts derartiger Tretminen unter dem gemeinsamen Parkett wird die neue Regierung Merkel mehr noch als die vorherigen dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners folgen müssen. Auf der anderen Seite steht der Koalition im Bundestag und in der öffentlichen Diskussion eine politische Vielfalt gegenüber, wie man sie über lange Zeit in Deutschland vermisst hat. Sie reicht von der AfD bis zur Linken und hat mit der erstarkten FDP ein gewisses Zentrum, das vor allem für die CDU ein stetes Memento darstellt. Deutschland könnte tatsächlich bunter werden. *Florian Stumfall*

FLORIAN STUMFALL:

Xenomanie

Eine Krankheit hat Europa ergriffen, die man als Xenomanie bezeichnen könnte: die kritiklos-hysterische Begeisterung für alles Fremde. Folgende Begebenheit lotet die Grenzen dieser Erscheinung aus. Die Nigerianer stehen groß und erfolgreich im Drogengeschäft, das ist in Italien nicht anders als in Deutschland. Ebenso bekannt ist, dass sich rund um die Drogenszene eine, man könnte sagen, Sekundär-Kriminalität entwickelt, auch das ist überall so. Was sich aber jetzt in Rom abgespielt hat, überschreitet die Schwelle zum Zumutbaren. Da fiel eine erst 18-jährige rauschgiftsüchtige Römerin einem Nigerianer in die Hände, der sich nicht nur illegal in Italien aufhielt, sondern sich auch mit Drogenhandel befasste, was den Behörden bekannt war. Offenbar aber sah man keinen Grund einzuschreiten. Den lieferte der Afrikaner jetzt nach. Er ermordete das Mädchen, zerstückelte zusammen mit zwei Kumpanen die Leiche und verspeiste das Herz. Der Kriminologe und Arzt Alessandro Meluzzi erklärte, ritueller Kannibalismus sei in den Reihen der nigerianischen Mafia die Regel, nicht die Ausnahme. Es sei die Überzeugung der Kannibalen, dass sie mit dem Verspeisen gerade des Herzens Macht und Lebenskraft erlangten.

Für all jene, die glauben, der wesentliche Unterschied zwischen einem Europäer und einem Afrikaner bestünde in der Hautfarbe und nicht in der kulturellen Prägung, stellt sich nun die Frage, wie mit dem kulturellen Kannibalismus in Europa umzugehen ist. Soll man ihn als einen Teil der erwünschten neu gewonnen Vielfalt der multikulturellen Bereicherung begrüßen oder doch nach herkömmlichen Maßstäben beurteilen? So leicht, wie man meinen möchte, beantwortet sich diese Frage nicht – denn an Sonderrechten für Ausländer besteht heute schon kein Mangel.

Fall mit gesamteuropäischer Dimension

Mord an slowakischem Journalisten steht wohl in Zusammenhang mit seinen Korruptions-Recherchen

In der Slowakei ist der bekannte Investigativjournalist Ján Kuciak ermordet worden. Der 27-Jährige und seine Lebensgefährtin wurden erschossen in ihrem Haus in Velkej Maci im Westen des Landes gefunden, wie die Behörden mitteilten. „Zum zweiten Mal innerhalb von fünf Monaten ist in einem Land der Europäischen Union ein Journalist ermordet worden“, sagte der Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen, Christian Mihr. Die Nichtregierungsorganisation setzt sich weltweit für Pressefreiheit und gegen Zensur ein. „Die slowakischen Behörden müssen jetzt schnell aufklären, wie es zu dieser schockierenden Tat kommen konnte, obwohl Ján Kuciak schon vor Monaten bedroht wurde“, so Mihr weiter.

Kuciak war als Reporter des Nachrichtenportals Aktuality.sk auf große Recherchen zu Korruption und Steuerhinterziehung spezialisiert. Der slowakische Polizeipräsident sagte bei einer Pressekonferenz, die journalistische Tätigkeit Kuciaks sei das wahrscheinlichste Motiv für den Mord. Weitere Journalisten von Aktuality.sk würden nun unter Polizeischutz gestellt. Die Verlage Axel Springer und Rigier, denen Aktuality.sk über eine gemeinsame Tochtergesellschaft gehört, erklärten, der Verdacht liege nahe, dass der Mord im Zusammenhang mit einer laufenden Recherche stehe.

Medienberichten zufolge hatte Kuciak auch über mutmaßliche Verfehlungen von Unternehmern berichtet, die der Partei Smer von Ministerpräsident Robert Fico nahestehen sollen. Im Herbst soll er Drohungen erhalten haben und erstattete daraufhin Anzeige bei der Polizei. In Kuciaks letztem Artikel vor seinem Tod ging es um Marián Kocner, einen slowakischen Geschäftsmann mit kontroversen Verbindungen zu mehreren Politikern.

> Fünfter Journalistenmord in der EU seit 2008

Am 16. Oktober war in Malta die bekannte Investigativjournalistin Daphne Caruana Galizia ermordet worden. Drei Männer stehen wegen der Tat derzeit unter Mordanklage vor Gericht, aber die Auftraggeber der Tat sind nach wie vor völlig unklar. Reporter ohne Grenzen fordert deshalb mit einer Protestmail-Aktion an die maltesischen Behörden vollständige Aufklärung über die Hintergründe des Verbrechens.

Bestätigt sich, dass Kuciak wegen seiner journalistischen Tätigkeit ermordet wurde, dann wäre dies der fünfte Mord an Journalisten in der EU innerhalb von zehn Jahren. 2008 wurde in Kroatien der Zeitungskolumnist Ivo Pukanic durch einen Sprengsatz getötet, 2010 in Griechenland der Radiojournalist Socratis Guiolias erschossen. Anfang 2015 starben in Frankreich zwölf Menschen bei dem Terroranschlag auf die Redaktion des Satiremagazins „Charlie Hebdo“, darunter sieben Journalisten.

Auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen steht die Slowakei auf Platz 17 von 180 Ländern weltweit. Die unabhängigen Medien in der Slowakei können auch kontroverse Meinungen wiedergeben. Die meisten privaten Häuser gehören jedoch einflussreichen Unternehmern, die über unklare Besitzverhältnisse ihre Verbindungen zu Politik und Wirtschaft verschleiern. Der private Sender Markiza erreicht die höchsten Einschaltquoten, aber auch Rundfunkprogramme aus den Nachbarländern Ungarn und der Tschechischen Republik sind beliebt. Die Politik hat in den vergangenen Jahren wiederholt Einfluss auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgeübt. *rog*

Meinungsfreiheit gegen Political Correctness

Plädoyer gegen die Erosion grundgesetzlich garantierter Freiheitsrechte – Teil 1

Wenn es etwas gibt, das die Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit ernsthaft bedroht, dann ist es die sogenannte Political Correctness. Laut Duden handelt es sich dabei um die „von einer bestimmten Öffentlichkeit als richtig eingestufte Gesinnung, Haltung, die zum Ziel hat, alles zu vermeiden, was andere als diskriminierend empfinden könnten". Diese Definition bagatellisiert jedoch, was sich aus diesem anfänglich noch nachvollziehbaren und vergleichsweise harmlosen Phänomen im Laufe weniger Jahre entwickelt hat: eine von selbsternannten Denk- und Sprachhütern ausgeübte Gesinnungsdiktatur, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens beherrscht und zur gnadenlosen Ächtung eines jeden führt, der sich ihr nicht unterwirft. Der Verfassungsrechtler und liberale Politiker Ingo von Münch plädiert in seinem neuesten Buch engagiert gegen diese Erosion grundgesetzlich garantierter Freiheitsrechte.

Wir alle wissen: Alter ist kein Verdienst. Alter ist aber auch keine Schande. Deshalb darf ich darüber informieren, dass ich am 26. Dezember 1932 geboren bin – also einige Tage nach Heiligabend und einige Tage vor Hitlers Machtergreifung. Aus diesem Lebensalter ergibt sich eines, was uns Senioren von Jüngeren unterscheidet, und was man uns nicht nehmen kann: Lebenserfahrung.

Ein Teil meiner Lebenserfahrung resultiert aus der NS-Zeit, die ich als damals heranwachsender Jugendlicher noch sehr bewusst miterlebt habe, mit allen ihren Instrumenten der Unterdrückung und Bestrafung freier Meinungsäußerungen. Was gab es nicht alles an diesbezüglichen Instrumenten. „Reichsschrifttumskammer", „Schriftleitergesetz", „Sprachregelungen", „entartete Kunst", Bestrafung wegen „Wehrkraftzersetzung", schließlich auch „der deutsche Blick" – der Sprechende schaute sich um, ob jemand, der nicht mithören sollte, in der Nähe war: Schon das Weitererzählen eines Flüsterwitzes konnte zu tödlicher Gefahr werden. Was folgt daraus? Die Erfahrung aus dieser Zeit kann nur sein: Nie wieder in einem Land leben, in dem Meinungsäußerungen, gleichgültig ob sie richtig oder falsch sind, unterdrückt oder auch nur gegängelt werden, von wem auch immer. Damit sind wir direkt beim Thema „Meinungsfreiheit gegen Political Correctness".

Mit diesem Thema befasst sich das hier vorzustellende Buch. Ich bin als dessen Autor gefragt worden, ob es einen konkreten Diskurs gegeben habe, der mich zum Schreiben dieses Buches bewogen hat. Die so gestellte Frage muss ich verneinen: Es gab kein plötzliches Aha-Erlebnis; es gab keinen spontanen Entschluss; ich wurde nicht vom Saulus zum Paulus oder umgekehrt. Der Grund für mein Plädoyer gegen die Political Correctness ist vielmehr eine sich über Jahre hinweg erstreckende Beobachtung einer in allen relevanten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wahrzunehmenden und immer stärker werdenden Bevormundung durch selbsternannte Gesinnungsapostel. Persönlich berührt hat es mich, ein aus Berlin nach Niederschlesien evakuiertes und von dort schließlich in den Westen gelangtes Flüchtlingskind, wenn ein früherer Bundespräsident, nämlich Richard von Weizsäcker, die brutale Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten als „erzwungene Wanderschaft" herunterspielte (Soll man womöglich denken an das Lied: „Das Wandern ist des Müllers Lust?"). In der DDR durften Vertriebene nur „Umsiedler" genannt werden – eine von der dortigen Staatsmacht vorgeschriebene Ausdrucksweise von Political Correctness.

Wenn hier und heute von Political Correctness die Rede ist, müssen wir uns fragen: „Was ist und was bedeutet „Political Correctness"? Wörtlich übersetzt meint „Political Correctness": „politische Korrektheit" oder auch „politische Richtigkeit." So gesehen könnte der Gebrauch von „Political Correctness" eigentlich keine Probleme bereiten. Ernster wird die Sache dann, wenn die politische Korrektheit von einer politischen Seite vorgegeben, also quasi autoritativ angeordnet wird und mit einer – vorgeblich richtigen – Gesinnung verbunden wird. Die zutreffende Umschreibung im Duden lautet dementsprechend: Political Correctness ist die „von einer bestimmten Öffentlichkeit als richtig angesehene Gesinnung."



Instrument der Meinungsdiktatur: Political Correctness

Bild: pa

Die Existenz der so zu verstehenden Political Correctness ist beileibe kein theoretisches Gedankenkonstrukt oder ein wissenschaftliches Glasperlenspiel: Praktische Beispiele für die reale Existenz der „Political Correctness" gibt es zuhauf. Die auf die große Zahl der Flüchtlinge gemünzte Meinung „das Boot ist voll" wäre mit Sicherheit politisch nicht korrekt. Schon der Ausdruck „Flüchtlinge" wird kritisiert, weil er „nicht kultursensibel" genug sei – es müsse stattdessen „Geflüchtete" heißen – als politisch korrekt gilt neuerdings der Ausdruck "Schutzbefohlene" oder „Schutzsuchende". Andere Beispiele: "Stiefmutter und Stiefvater" sollen nun „Bonuseltern" heißen. In Berlin ist das Wort „Lehrer" an Schulen ersetzt durch das Wort „Lernbegleiter". Ebenfalls aus Berlin – nämlich aus seinen Erfahrungen als (früherer) Bezirksbürgermeister von Neukölln – berichtet Heinz Buschkowsky über politisch korrekte Begriffsverrenkungen, die reale Probleme unkenntlich machen, beispielsweise wenn soziale Brennpunkte umbenannt werden in „Gebiete mit erhöhtem Aufmerksamkeitsbedarf" und wenn „Schulschwänzer" als „schuldistanziert" bezeichnet werden.

Die in der Nahrungsmittelbranche früher geläufigen Ausdrücke „Mohrenkopf" und „Zigeunerschnitzel" sind inzwischen tabu. Für die Bezeichnung „Mohrenkopf" ist als politisch korrekter Ausdruck vorgeschlagen worden: „Mit Schokolade überzogenes Schaumgebäck mit Migrationshintergrund". Handelte es sich dabei vermutlich eher um einen humorvollen Vorschlag, so zeigt ein – nach Erscheinen des Buches geschehener und deshalb darin noch nicht erwähnter – Vorfall in Lübeck, dass die Sache auch ernst ausgehen kann. Was war in Lübeck geschehen? Eine Lehrerin aus Hamburg sah im Schaufenster eines Lübecker Cafés ein als „Mohrenkopf" bezeichnetes Gebäck. Die Lehrerin schrieb an den Hersteller des Gebäcks, an die bekannte Firma Niederegger, dass der Ausdruck „Mohrenkopf" überholt sei; sie schrieb weiter: „Ich denke, es lohnt sich dafür zu kämpfen, alltagsrassistische Bezeichnungen aus dem allgemeinen Sprachgebrauch zu entfernen". Was geschah? Niederegger erfüllte dieses Ansinnen: Das Gebäck „Mohrenkopf" wurde in „Othello" umbenannt, die „Mohrenkopftorte" in „Othellotorte". Auf diesbezügliche Zeitungsberichte hin reagierten Leser in Briefen auf diesen Fall mit Unverständnis. Eine Leserin namens Claudia Mohr schrieb: „Wir heißen seit Generationen mit Nachnamen Mohr und haben sogar ein Familienwappen. Müssen wir nun unseren Namen umändern lassen, weil er nicht mehr „zeitgemäß" ist, und in Zukunft vielleicht „Othello" heißen? Es ist einfach lächerlich." Ein anderer Leser meinte: „Rassismus ist im Kopf verankert und lässt sich durch eine Umbenennung von Begriffen oder Tortennamen ganz sicher nicht ändern. Warum muss man alles immer übertreiben?" Wieder ein anderer Leser fragte: „Eine rassistische Marzipantorte – ja, geht's denn noch?" und fuhr fort: „Es gibt nichts Schlimmeres als politisches Eiferertum ..."

Was soll man dazu sagen? Wir Senioren sind aufgewachsen mit einem Gebäck eben namens „Mohrenkopf" – es war rund und mit Schokolade überzogen; der „Liebesknochen" (heute „Eclair" genannt) war auch mit Schokolade überzogen – er war aber nicht rund sondern lang – ist Liebe lang?). Wir haben früher sogenannte Negerküsse gegessen und Schokoladentafeln in der Hand gehabt mit dem Bild des „Sarotti-Mohren". An diese Süßigkeiten kann ich mich gut erinnern; aber ich kann mich nicht daran erinnern, bei der Wahrnehmung jener Bezeichnung jemals an Rassismus gedacht zu haben. Ich will mir nicht selber auf die Schulter klopfen. Aber ich darf sagen: Mir liegt eine Geringschätzung von Menschen mit schwarzer Hautfarbe schon deshalb fern, weil ich viele Male in Schwarzafrika war und weil es mir als Hochschullehrer in Deutschland ein besonderes Anliegen war, Studierende und Promovierende mit schwarzer Hautfarbe besonders zu fördern, wofür diese oft dankbarer waren als Deutsche mit weißer Hautfarbe.

„Wie ein totgeschossener Hase, der auf dem Sande Schlittschuh lief", geistert seit einigen Jahren die Frage durch das Land, ob es eine deutsche „Leitkultur" gibt. Als Schöpfer dieses Begriffes gilt der in Damaskus geborene, in Göttingen lehrende Professor Bassam Tibi. Friedrich Merz (CDU) hatte sich den Begriff zu Eigen gemacht; die Kanzlerin Angela Merkel distanzierte sich vorsichtig mit der Bemerkung, Leitkultur sei „nicht ihr Sprachgebrauch." Anhänger der Political Correctness lehnen die Vorstellung von einer deutschen Leitkultur vehement ab. Claudia Roth, immerhin eine der neugewählten Vizepräsidentinnen des Deutschen Bundestages, nennt „deutsche Leitkultur" ein „Begriffsunglück". Die schärfste Kritik kam vom damaligen Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, der auf einer Demonstration am 9. November 2000 sich zu der Äußerung hinreißen ließ: „Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten?" Die Antwort auf diese anklagende Frage kann nur sein: Nein, das ist nicht deutsche Leitkultur heute. Aber was ist denn dann „deutsche Leitkultur"?

Dass es eine deutsche Kultur gibt (hier also nicht verstanden als Leitkultur), kann nicht zweifelhaft sein. Es blieb der Staatsministerin und Beauftragten der Bundesregierung für Migration,

Bevormundung durch selbsternannte Gesinnungsapostel in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen

Flüchtlinge und Integration Aydan Özuguz (SPD) vorbehalten zu erklären, dass für sie eine deutsche Kultur außerhalb der deutschen Sprache „nicht identifizierbar" sei. Diese – immerhin von einem Mitglied der deutschen Bundesregierung – geäußerte Behauptung hat zu Recht Kritik in der öffentlichen Wahrnehmung erfahren. Der Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg, Reinhard Merkel, hat in einem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 22. November 2017 unter der Überschrift „Wir können allen helfen. Wie man das Gute will, aber das Böse schafft: Die deutsche Flüchtlingspolitik ist ein Desaster" jenen Satz als „von ausnehmender Unbedarftheit (jedenfalls für eine Integrationsbeauftragte im Ministerrang)" charakterisiert. Vielleicht kann man die Behauptung einer Nichtidentifizierbarkeit, das heißt, einer Nichtexistenz deutscher Kultur einfach als ebenso abenteuerlich wie abwegig bezeichnen. Dabei ist klar, dass Kultur sich nicht für Hurra-Patriotismus eignet, sondern immer auch internationale Bezüge, internationale Verschränkungen, international agierende Künstler und ein internationales Publikum aufweist. Eine Ausstellung über die Darstellung des Körpers bei Rembrandt im Augustinermuseum ist eine Präsentation in einem deutschen Museum (in Freiburg) eines niederländischen Künstlers von Weltruf.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang schließlich auch, dass der bereits erwähnte scharfe Kritiker des Begriffs „deutsche Leitkultur", der damalige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland Paul Spiegel geäußert hat, er habe mit dem Begriff „deutsche Kultur" „überhaupt keine Probleme." Offensichtlich ist also nicht die Vorstellung von „deutscher Kultur" der Stein des Anstoßes, sondern die einer deutschen „Leitkultur", dies auch deshalb, weil nicht eindeutig ist, was deren Inhalt sein soll. Der damalige Vorsitzende der SPD und Noch-Vizekanzler Sigmar Gabriel hat im Herbst 2015 in einer Rede vor dem Übersee-Club in Hamburg sich ausdrücklich und ohne Scheu zur deutschen Leitkultur bekannt, nämlich mit dem Bekenntnis: „Ich glaube zum Beispiel, dass dieses Land eine Leitkultur hat, die ganz einfach zu beschreiben ist: „Es sind die ersten zwanzig Artikel der Verfassung (gemeint war: das Grundgesetz). Das werden wir nicht ändern wollen. Und die, die kommen, die werden nicht durch Übertritt über die deutschen Grenzen zu Verfassungspatrioten, sondern die werden lernen müssen, dass bei uns Homosexualität etwas Normales ist, dass Männer und Frauen die gleichen Rechte haben, dass der Staat und das Gesetz über der Religion steht, dass keine Religion über der anderen steht." Allgemeiner und ohne Bezug auf das Rechtsinstrument der Verfassung hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière sich im Mai des vorigen Jahres in einem Interview in der „Bild am Sonntag" geäußert: Es gehe bei „Leitkultur" nicht um Rechtsregeln: „Vielmehr geht es um das, was uns leitet, was uns wichtig ist, was Richtschnur ist. Eine solche Richtschnur, das ist das, was ich unter Leitkultur fasse."

Wer in unsere Gesellschaft mit offenen Ohren hinein hört, wird allerdings bemerken, dass der Begriff „Leitkultur" nicht zum alltäglichen Sprachgebrauch gehört. Zwei in Deutschland lebende Forscher mit Migrationshintergrund, Serap Güler und Gökoy Sofuoglu, bemerken dazu: „Die Forderung nach einer Leitkultur ist eines unserer politischen Murmeltiere. Es grüßt regelmäßig, wird parteipolitisch gefüttert, schafft es aber nicht, breite Akzeptanz zu finden." Vielleicht ist der Begriff „Leitkultur" einfach zu hochtrabend, um im Alltag – sozusagen auf der Straße – verwendet zu werden. Als ich einmal nach einer meiner Vorlesungen vor dem Rechtshaus in Hamburg auf der Straße vier türkische Jurastudentinnen traf, alle vier Hörerinnen meiner gerade stattgefundenen Vorlesung, wollte ich ihnen die Hand geben. Eine der Studentinnen erwiderte diesen Gruß, die drei anderen (vermutlich muslimischen Glaubens) verweigerten den Handschlag. Auf meinen darüber offenbar überraschten Gesichtsausdruck hin, sagte die Studentin, die mir die Hand gegeben hatte: „Meine Freundinnen geben einem fremden Mann nicht die Hand." Der (Hochschul-)Lehrer: Ist er für seine Studentinnen ein „fremder Mann"? Ich musste diese Verhaltensweise wohl oder übel akzeptieren. An „Leitkultur" dachte ich dabei nicht, sondern schlicht an Verhaltensregeln und an hierzulande übliche Gebräuche.

Die in dem Buch nicht erwähnte Begebenheit mit meinen muslimischen Studentinnen hat mit dem Kapitel Islam zu tun. Bundesinnenminister de Maizière hat in dem bereits erwähnten Interview in der „BILD am Sonntag" sich nicht nur zur Leitkultur geäußert, sondern auch unter der Überschrift „Wir sind nicht Burka" ein Verbot der Burka, also der sogenannte Vollverschleierung, gefordert. In Kenntnis der Tatsache, dass ein solches Verbot des Burka-Tragens in der Öffentlichkeit bereits in Frankreich, in Belgien und neuerdings auch in Österreich existiert, im Tessin sogar durch Volksabstimmung beschlossen, bin ich selbst gegen ein solches Verbot, dies einmal aus verfassungsrechtlichen Gründen, zum anderen aber auch, weil Verbote in einem freiheitlichen Staat nur verhängt werden sollten, wenn sie erforderlich sind. Dafür sehe ich – abgesehen insbesondere von den Besonderheiten notwendiger Identitätsfeststellung bei der Polizei und vor Gericht oder in mündlichen Prüfungen – keine Notwendigkeit.

Bekanntlich hat de Maizière nach Erscheinen des Buches auch eine Diskussion über die Einführung eines islamischen gesetzlichen Feiertages in Deutschland angestoßen. „Jeder soll nach seiner Fasson selig werden" – sagte schon richtig Friedrich der Große im Jahre 1740 – und dazu gehören auch die Feiertage der Gläubigen. Aber etwas anderes ist die Erhebung eines religiösen Feiertages, den jeder für sich begehen kann, zu einem gesetzlichen Feiertag, der Rechte und Pflichten für alle sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhaltenden Personen unabhängig von deren Religionszugehörigkeit mit sich bringt. Religiöse Feiertage als gesetzliche Feiertage können deshalb in einer multireligiösen Gesellschaft nur Ausnahmen sei. Deshalb ist übrigens auch die von mehreren Bundesländern beschlossene Einführung eines ständigen gesetzlichen Feiertages „Reformationsfest", also nicht nur wie im letzten Jahr, sondern auch in Zukunft jeweils am 31. Oktober, kritisch zu sehen; schließlich beinhaltet die Reformation neben vielen ihrer Errungenschaften auch die Spaltung der Christenheit; für die vielen in Deutschland lebenden Muslime, aber auch für die Menschen jüdischen Glaubens hat das Reformationsfest ohnehin keine religiöse Bedeutung.

Ingo von Münch

Wird fortgesetzt

***Ingo von Münch: Meinungsfreiheit gegen Political Correctness**, Duncker & Humblot, Berlin 2017, 165 Seiten, 19,90 Euro*

Dieselfahrer in Schockstarre

Bundesverwaltungsgericht erlaubt es Kommunen, ohne Regelung des Bundes Fahrverbote zu erlassen

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat mit zwei Urteilen die Sprungrevisionen der Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gegen erstinstanzliche Gerichtsentscheidungen der Verwaltungsgerichte Düsseldorf und Stuttgart zur Fortschreibung der Luftreinhaltepläne der beiden Städte überwiegend zurückgewiesen. Das heißt, dass Städte und Kommunen berechtigt sind, Verkehrsverbote für Diesel-Kraftfahrzeuge zu erlassen. Dabei haben die Bundesrichter ihnen jedoch enge Grenzen gezogen. So haben sie bei der Prüfung derartiger Verbote gerichtliche Maßgaben insbesondere zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit zu beachten.

Zur Vorgeschichte: Das Verwaltungsgericht Düsseldorf verpflichtete das Land Nordrhein-Westfalen auf Klage der Deutschen Umwelthilfe, den Luftreinhalteplan für Düsseldorf so zu ändern, dass dieser die erforderlichen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einhaltung des über ein Jahr gemittelten Grenzwertes für Stickstoffdioxid (NO) in Höhe von 40 $\mu g/m^3$ im Stadtgebiet Düsseldorf enthält. Der Beklagte sei verpflichtet, im Wege einer Änderung des Luftreinhalteplans weitere Maßnahmen zur Beschränkung der Emissionen von Dieselfahrzeugen zu prüfen. Beschränkte Fahrverbote für bestimmte Dieselfahrzeuge seien rechtlich und tatsächlich nicht ausgeschlossen.

Das Verwaltungsgericht Stuttgart wiederum verpflichtete das Land Baden-Württemberg, den Luftreinhalteplan für Stuttgart so zu ergänzen, dass dieser die erforderlichen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einhaltung des über ein Kalenderjahr gemittelten Immissionsgrenzwertes für NO in Höhe von 40 $\mu g/m^3$ und des Stundengrenzwertes für NO von 200 $\mu g/m^3$ bei maximal 18 zugelassenen Überschreitungen im Kalenderjahr in der Umweltzone Stuttgart enthält. Der Beklagte habe ein ganzjähriges Verkehrsverbot für alle Kraftfahrzeuge mit Dieselmotoren unterhalb der Schadstoffklasse Euro 6 sowie für alle Kraftfahrzeuge mit Ottomotoren unterhalb der Schadstoffklasse Euro 3 in der Umweltzone Stuttgart in Betracht zu ziehen.

Kalte Enteignung: Fahrer alter Diesel-Fahrzeuge sind die Leidtragenden bei Fahrverboten Bild: Imago

Die verwaltungsgerichtlichen Urteile hat das Bundesverwaltungsgericht vor dem Hintergrund des Unionsrechts überwiegend nicht beanstandet. Unionsrecht und Bundesrecht verpflichteten dazu, durch in Luftreinhalteplänen enthaltene geeignete Maßnahmen den Zeitraum einer Überschreitung der seit 1. Januar 2010 geltenden Grenzwerte für NO so kurz wie möglich zu halten.

Entgegen der Annahmen der Verwaltungsgerichte lasse das Bundesrecht zonen- wie streckenbezogene Verkehrsverbote speziell für Diesel-Kraftfahrzeuge jedoch nicht zu. Nach der bundesrechtlichen Verordnung zur Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge mit geringem Beitrag zur Schadstoffbelastung („Plakettenregelung“) sei der Erlass von Verkehrsverboten, die an das Emissionsverhalten von Kraftfahrzeugen anknüpfen, bei der Luftreinhalteplanung vielmehr nur nach deren Maßgaben möglich (rote, gelbe und grüne Plakette).

Mit Blick auf die unionsrechtliche Verpflichtung zur schnellstmöglichen Einhaltung der NO-Grenzwerte ergebe sich jedoch aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union, dass nationales Recht, dessen unionsrechtskonforme Auslegung nicht möglich ist, unangewendet bleiben müsse, wenn dies für die volle Wirksamkeit des Unionsrechts erforderlich sei, so das Bundesverwaltungsgericht weiter. Deshalb bliebe die „Plakettenregelung“ sowie die Straßenverkehrsordnung, soweit diese der Verpflichtung zur Grenzwerteinhaltung entgegenstehen, unangewendet, wenn ein Verkehrsverbot für Diesel-Kraftfahrzeuge sich als die einzig geeignete Maßnahme erweise, den Zeitraum einer Nichteinhaltung der NO-Grenzwerte so kurz wie möglich zu halten.

Hinsichtlich des Luftreinhalteplans Stuttgart habe das Verwaltungsgericht nach Überzeugung des Bundesverwaltungsgerichts in tatsächlicher Hinsicht festgestellt, dass lediglich ein Verkehrsverbot für alle Kraftfahrzeuge mit Dieselmotoren unterhalb der Schadstoffklasse Euro 6 sowie für alle Kraftfahrzeuge mit Ottomotoren unterhalb der Schadstoffklasse Euro 3 in der Umweltzone Stuttgart eine geeignete Luftreinhaltemaßnahme darstellt.

Bei Erlass dieser Maßnahme werde jedoch – wie bei allen in einen Luftreinhalteplan aufgenommenen Maßnahmen – sicherzustellen sein, dass der auch im Unionsrecht verankerte Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt. Insoweit sei hinsichtlich der Umweltzone Stuttgart eine phasenweise Einführung von Verkehrsverboten, die in einer ersten Stufe nur ältere Fahrzeuge etwa bis zur Abgasnorm Euro 4 betrifft, zu prüfen. Zur Herstellung der Verhältnismäßigkeit dürften Euro-5-Fahrzeuge jedenfalls nicht vor dem 1. September 2019 – mithin also vier Jahre nach Einführung der Abgasnorm Euro 6 – mit Verkehrsverboten belegt werden. Darüber hinaus bedürfe es hinreichender Ausnahmen, beispielsweise für Handwerker oder bestimmte Anwohnergruppen.

Hinsichtlich des Luftreinhalteplans Düsseldorf hat das Verwaltungsgericht festgestellt, dass Maßnahmen zur Begrenzung der von Dieselfahrzeugen ausgehenden Emissionen nicht ernsthaft in den Blick genommen worden sind. Dies wird der Beklagte nach Ansicht der Bundesrichter nachzuholen haben. Ergebe sich bei der Prüfung, dass Verkehrsverbote für Diesel-Kraftfahrzeuge als die einzig geeigneten Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einhaltung überschrittener NO-Grenzwerte darstellen, seien diese – unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit – in Betracht zu ziehen, heißt es in dem letztinstanzlichen Urteil.

Die Straßenverkehrsordnung ermögliche die Beschilderung sowohl zonaler als auch streckenbezogener Verkehrsverbote für Diesel-Kraftfahrzeuge. Der Vollzug solcher Verbote sei gegenüber einer „Plakettenregelung“ deutlich erschwert. Dies führe allerdings nicht zur Rechtswidrigkeit der Regelung, so das Bundesverwaltungsgericht in der Begründung seines Urteils, das weitreichende Folgen haben wird. *PM/J.H.*

MELDUNGEN

Reformationstag ohne Luther

Hamburg – Schon von diesem Jahr an ist der Reformationstag in Hamburg ein gesetzlicher Feiertag. Das hat ein Bündnis aus SPD, CDU und Grünen im Landesparlament beschlossen. Allerdings legen sie Wert darauf, dass dies kein Luther-Gedenktag sei, weil „antisemitische Äußerungen völlig inakzeptabel“ seien, „egal, in welchem Kontext“. Statt dessen wird in dem beschlossenen Antrag in erster Linie der norddeutsche Reformer und Luther-Vertraute Johannes Bugenhagen gewürdigt. Dieser habe sich nämlich anders als Luther für die Juden eingesetzt. Der 31. Oktober soll nach dem Willen der Initiatoren auch kein rein protestantischer Feiertag sein, sondern alle Religionsgemeinschaften ansprechen. Als Zeichen dafür wählten sie den Namen „Tag der Reformation“ statt Reformationstag. *J.H.*

Steinbach gibt auf

Berlin – Erika Steinbach, die langjährige Vorsitzende der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, gibt auf eigenen Wunsch ihr Amt auf. Ihr Nachfolger, der frühere hessische Kultus- und Justizminister Christean Wagner (CDU), dankte ihr für ihre Tätigkeit für die Stiftung, die sie im Jahre 2000 gegründet hat. Sie habe unter großem persönlichen Einsatz die Arbeit der Stiftung vorangetrieben und mit Ideenreichtum, Kreativität und Hingabe für deren Anliegen gewirkt. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, in einem Gesamtüberblick das Schicksal der mehr als 15 Millionen deutschen Deportations- und Vertreibungsopfer aus ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa mit ihrer Kultur und ihrer Siedlungsgeschichte genauso erfahrbar zu machen wie das Schicksal der vier Millionen deutschen Spätaussiedler. Dabei wird auch an Vertreibung und Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa, erinnert. *J.H.*

Rote Karte für Wanka

Bundesverfassungsgericht: Ministerin hat mit ihrer Kritik an der AfD gegen das Grundgesetz verstoßen

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka wollte der AfD die Rote Karte zeigen. Nun hat sie selbst eine kassiert, denn das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass sie mit ihrer Kritik gegen das Grundgesetz verstoßen hat. Bundesminister und andere Regierungsmitglieder müssten sich im parteipolitischen Meinungskampf zurückhalten und dürften auf diffamierende Angriffe nicht in gleicher Weise reagieren. Dieses Neutralitätsgebot gelte auch außerhalb von Wahlkampfzeiten, so der Urteilstenor. Dieses Urteil hat Signalwirkung, weil auch andere Regierungsmitglieder wie beispielsweise Außenminister Sigmar Gabriel oder Justizminister Heiko Maas regelmäßig die AfD und deren Mitglieder diffamieren, beleidigen und in die „Nazi-Ecke“ rücken.

Die AfD war Veranstalterin einer in Berlin für den 7. November 2015 angemeldeten Versammlung unter dem Motto „Rote Karte für Merkel! - Asyl braucht Grenzen!“ Zu dieser Veranstaltung veröffentlichte Wanka am 4. November 2015 auf der Homepage des von ihr geführten Ministeriums eine Pressemitteilung, in der sie sich zu der geplanten Demonstration wie folgt äußerte: „Die Rote Karte sollte der AfD und nicht der Bundeskanzlerin gezeigt werden. Björn Höcke und andere Sprecher der Partei leisten der Radikalisierung in der Gesellschaft Vorschub. Rechtsextreme, die offen Volksverhetzung betreiben wie der Pegida-Chef Bachmann, erhalten damit unerträgliche Unterstützung.“

Damit war sie nach Auffassung des Gerichts zu weit gegangen. Die negative Bewertung einer politischen Veranstaltung einer Partei durch staatliche Organe, die geeignet ist, abschreckende Wirkung zu entfalten und dadurch das Verhalten potentieller Veranstaltungsteilnehmer zu beeinflussen, greife in das Recht der betroffenen Partei auf Chancengleichheit ein. Dies gelte auch außerhalb von Wahlkampfzeiten. Dabei schließe die Befugnis der Bundesregierung zur Erläuterung ihrer Maßnahmen und Vorhaben zwar das Recht ein, sich mit darauf bezogenen kritischen Einwänden sachlich auseinanderzusetzen. Ein „Recht auf Gegenschlag“ dergestalt, dass staatliche Organe auf unsachliche oder diffamierende Angriffe in gleicher Weise reagieren dürften, bestehe jedoch nicht.

Um die verfassungsrechtlich gebotene Offenheit des Prozesses der politischen Willensbildung zu gewährleisten, sei es unerlässlich, dass die Parteien, soweit irgend möglich, gleichberechtigt am politischen Wettbewerb teilnähmen, so die Verfassungsrichter. Artikel 21 des Grundgesetzes garantiere den politischen Parteien nicht nur die Freiheit ihrer Gründung und die Möglichkeit der Mitwirkung an der politischen Willensbildung, sondern auch, dass diese Mitwirkung auf der Basis gleicher Rechte und gleicher Chancen erfolgt. Umfasst sei auch das Recht der Parteien, durch die Veranstaltung von Kundgebungen am politischen Wettbewerb teilzunehmen. Die chancengleiche Beteiligung an der politischen Willensbildung des Volkes mache es erforderlich, dass Staatsorgane im politischen Wettbewerb der Parteien Neutralität wahrten. Die Staatsorgane hätten als solche allen zu dienen und sich neutral zu verhalten. Ihre Einwirkung in den Wahlkampf zugunsten oder zulasten einer politischen Partei widerspreche dem aus Artikel 21 resultierenden Status der Parteien.

> Minister haben »kein Recht auf Gegenschlag«

Aber auch außerhalb von Wahlkampfzeiten erfordere der Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien die Beachtung des Gebots staatlicher Neutralität. Denn der Prozess der politischen Willensbildung sei nicht auf den Wahlkampf beschränkt, sondern finde fortlaufend statt. Es sei grundsätzlich nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren, wenn Staatsorgane die Ankündigung oder Durchführung einer politischen Kundgebung zum Anlass nähmen, sich unter Missachtung des Neutralitätsgebots einseitig mit der Kundgebung oder der diese veranstaltenden Partei auseinanderzusetzen. Dies sei der Fall, wenn das Handeln staatlicher Organe darauf gerichtet ist, die Durchführung politischer Demonstrationen oder das Verhalten potentieller Teilnehmer zu beeinflussen. Veranstalte eine Partei eine politische Kundgebung, nehme sie damit den ihr zugewiesenen Verfassungsauftrag wahr. Staatliche Organe seien verpflichtet, dies im Rahmen der ihnen obliegenden Neutralitätspflicht hinzunehmen. Sie seien nicht dazu berufen, Bürger zur Teilnahme oder Nichtteilnahme an von einer Partei angemeldeten Demonstrationen zu veranlassen.

Auch wenn die Bundesregierung von ihrer Befugnis zur Informations- und Öffentlichkeitsarbeit Gebrauch macht, entbindet sie dies nicht von der Beachtung des Neutralitätsgebots. Durch ihre Autorität und ihren Zugriff auf staatliche Ressourcen könne sie nachhaltig auf die politische Willensbildung des Volkes einwirken. Als Teil des politischen Prozesses einer freiheitlichen Demokratie, wie sie das Grundgesetz versteht, sei es daher zwar hinzunehmen, dass das Regierungshandeln sich in erheblichem Umfang auf die Wahlchancen der im politischen Wettbewerb stehenden Parteien auswirkt. Davon sei aber der zielgerichtete Eingriff der Bundesregierung in den Wettbewerb der politischen Parteien zu unterscheiden. Es sei der Bundesregierung von Verfassungs wegen versagt, sich mit einzelnen Parteien zu identifizieren und die ihr zur Verfügung stehenden staatlichen Mittel und Möglichkeiten zu deren Gunsten oder Lasten einzusetzen.

Nehme ein einzelnes Mitglied der Bundesregierung außerhalb seiner amtlichen Funktion am politischen Meinungskampf teil, müsse sichergestellt sein, dass ein Rückgriff auf die mit dem Regierungsamt verbundenen Mittel und Möglichkeiten, die den politischen Wettbewerbern verschlossen sind, unterbleibe. Ob die Äußerung eines Regierungsmitglieds in Ausübung des Ministeramts stattgefunden hat, sei nach den Umständen des jeweiligen Einzelfalles zu bestimmen. Eine Äußerung erfolge insbesondere dann in regierungsamtlicher Funktion, wenn der Amtsinhaber sich in Form offizieller Publikationen, Pressemitteilungen sowie auf der offiziellen Internetseite seines Geschäftsbereichs erkläre oder wenn Staatssymbole und Hoheitszeichen eingesetzt würden.

Nach diesen Maßstäben habe Wanka mit ihrer Pressemitteilung die AfD in ihrem Recht auf Chancengleichheit verletzt. Sie habe bei der Abgabe der Pressemitteilung in Wahrnehmung ihres Regierungsamtes gehandelt, indem sie die Erklärung unter Verwendung des Dienstwappens auf der Homepage des von ihr geführten Ministeriums veröffentlicht und damit ihr aufgrund des Ministeramts zustehende Ressourcen in Anspruch genommen habe, so das Bundesverfassungsgericht. *PM/J.H.*

Zeitzeugen


Bild: IMDB

Harvey Weinstein – Der New Yorker Filmproduzent geriet in die Schlagzeilen, weil er über Jahre hinweg Schauspielerinnen sexuell bedrängt und sogar vergewaltigt haben soll. Was an dem Skandal wenig Beachtung findet, ist, dass der zum Mitglied der französischen Ehrenlegion ernannte und von Königin Elisabeth zum Ritter geschlagene älteste Sohn einer gutsituierten jüdischen Familie eine von Ex-Agenten des israelischen Auslandsgeheimdienstes „Mossad“ betriebene Detektei auf seine Opfer angesetzt haben soll.

Jon Voight – Der Vater der Schauspielerin Angelina Jolie ist einer der wenigen Trump-Befürworter in Hollywood. Er wirft vielen seiner Künstlerkollegen vor, sich von den normalen Bürgern entfremdet zu haben.


Bild: Rainforest Action Network

Whoopie Goldberg – Die als Cary Elaine Johnson geborene Schauspielerin, Komödiantin und Sängerin wuchs in New York auf und stand bereits als Kind auf der Bühne. Den Namen Goldberg gab ihr ihre Mutter, weil sich diese hiervon mehr Erfolg in der Unterhaltungsbranche versprach. Ab 1979 lebte die Künstlerin für zwei Jahre in der DDR. Zuletzt engagierte sich die an einer Rechtschreibschwäche leidende US-Amerikanerin für feministische Projekte sowie für Homo- und Transsexuelle.

Robert de Niro – Der aus einer Künstlerfamilie stammende Schauspieler, Filmregisseur und Produzent ist einer der vehementesten Kritiker von US-Präsident Donald Trump. Öffentlich drohte er ihm sogar Gewalt an. Im Wahlkampf 2016 unterstützte der zweifache Oscarpreisträger Trumps Gegenkandidatin Hillary Clinton.


Bild: Gage Skidmore

Jerry Bruckheimer – Der Film- und Fernsehproduzent gehört zu den mächtigsten Figuren der amerikanischen Filmindustrie. Er steht vor allem für eine stärkere Internationalisierung der Branche. Der in armen Verhältnissen in einem kleinen Haus in Detroit aufgewachsene Sohn jüdischer Einwanderer aus Deutschland ist einer der wenigen Republikaner im Filmgeschäft und unterstützte die Wahlkampagnen von John McCain und Mitt Romney.

Sündenpfuhl und Sehnsuchtsort

Noch immer haften der Filmmetropole Hollywood diese Attribute an

Ist Hollywood ein Sündenpfuhl oder ein Sehnsuchtsort? Nicht für jeden schließt das eine das andere aus.

Noch am Ende des 19. Jahrhunderts war die kleine Landgemeinde vor allem für den Anbau von Zitrusfrüchten bekannt. Erst 1910 fand die Eingemeindung in die benachbarte Stadt Los Angeles statt. Schnell begann das einstmals verschlafene Örtchen zu prosperieren.

Ebenfalls 1910 entdeckte der aus Kentucky stammende Regisseur David Wark Griffith während einer Durchreise Hollywood und nutzte noch im selben Jahr die zunächst noch weitestgehend unangetastete Gemeinde als Kulisse für seinen Film „In Old California“, dessen Handlung in der Zeit der spanischen und mexikanischen Herrschaft über den heutigen US-Bundesstaat spielt. Griffith drehte dort für seine New Yorker Firma noch einige weitere Filme.

1911 eröffnete David Horsley, einer der Pioniere der US-amerikanischen Filmindustrie, hier ein eigenes Filmstudio. Damit war der Startschuss für einen beispiellosen Aufstieg des kleinen kalifornischen Ortes gegeben. Während zu Beginn der Filmära noch New York die bestimmende Metropole der amerikanischen Filmindustrie war, so eröffneten schon recht bald alle wichtigen Studios Dependancen in dem an der Westküste gelegenen Hollywood.

Diese Beliebtheit resultierte aus verschiedenen juristischen Vorteilen, aber auch aus den für Außenaufnahmen günstigen Tageslichtverhältnissen. Vor allem jüdische Einwanderer aus Europa zog es in den von Orangenhainen eingebetteten Stadtteil von Los Angeles. Noch heute zählen die von ihnen gegründeten Firmen wie etwa Warner Brothers, Metro-Goldwyn-Mayer, Columbia oder Paramount zu den bekanntesten Studios, auch wenn in der Branche seitdem zahlreiche Fusionen und Eigentümerwechsel stattgefunden haben.

> Nicht für jeden schließt das eine das andere aus

Die Produktion von Filmen war in diesen frühen Jahren reine Fließbandarbeit. Das Geschäft lohnte sich. Während die Filmindustrie auf dem vielsprachigen europäischen Kontinent kleinteiliger angelegt war, konnten die US-Amerikaner für einen großen nationalen Markt produzieren. Auch die Filmindustrie der Vereinigten Staaten profitierte vom Ersten Weltkrieg. Durch diesen verlor der zunächst führende französische Film an Bedeutung. Bereits in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde Hollywood zum weltweit führenden Produktionsort. Der Industriezweig errang schließlich gar den sechsten Platz unter den bedeutendsten Wirtschaftsbranchen der USA. Da Filme zu dieser Zeit noch ohne Ton abgedreht wurden, stellten Sprachbarrieren keine relevanten Hindernisse dar und die Produktionen ließen sich weltweit vermarkten.

Schwierigkeiten ergaben sich beim inländischen Vertrieb allerdings durch die Zensur. Nach der Rechtsprechung des Obersten Bundesgerichtes wurde die Vorführung von Spielfilmen zunächst als reiner Kommerz betrachtet. Dementsprechend konnten die Produzenten nicht das den US-Amerikanern ansonsten als heilig geltende Recht auf freie Meinungsäußerung für sich beanspruchen. Aus diesem Grund wurden von den lokalen Behörden nach häufig sehr unterschiedlichen Maßstäben ganze Passagen aus Filmen herausgeschnitten, etwa, weil sie als unzüchtig oder zu gewalttätig galten. Selbst das Zeigen von Alkoholkonsum wurde vereinzelt beanstandet.

Damit war der Grundstein für eine sich bis heute durch die Geschichte von Hollywood hindurch ziehende Doppelmoral gelegt. Während im größten Teil der USA ein Klima der Prüderie vorherrschte, knallten in der Filmmetropole selbst zu Zeiten der Prohibition die Sektkorken. Immer wieder kam es zu Skandalen in diesem Mikrokosmos, der sich in seiner Lebensart nicht deutlicher von dem Rest der ihn umgebenden Gesellschaft hätte unterscheiden können.

Da einzelne Kirchen und Teile der Presse die Verhältnisse in Hollywood immer wieder massiv geißelten, beauftragten die wichtigsten Filmgesellschaften 1930 den ehemaligen Postminister Will Hays damit, einen Moralkodex für die Herstellung von Filmen zu erarbeiten. Intensive Küsse, die ungebührliche Darstellung von Geistlichen, übermäßige Gewalt, vulgäre oder blasphemische Äußerungen – all dies sollte fortan nicht mehr gezeigt werden. Der Hays-Code war damit ein direkter Vorläufer der Political Correctness von heute, wenn auch mit anderen Akzenten, denn gemischtrassige Paare oder homoerotisch interpretierbare Darstellungen waren ein Tabu für die Leinwand. Vor allem sollte in Filmen stets das Gute obsiegen. Zumindest die letzte Vorgabe des bis 1967 geltenden Hays-Code hat sich bis heute erhalten. Während die Helden der alten europäischen Sagen am Ende der Geschichte zumeist tot waren, muss der Protagonist eines US-amerikanischen Spielfilms bis heute nicht mehr als ein paar Schrammen fürchten. *Dirk Pelster*

Sex and Crime gab es schon im Jahre 1921

Die angeblichen sexuellen Übergriffe des Filmproduzenten Harvey Weinstein sowie die von Schauspielern und Medien in der Folge losgetretene „MeToo“-Kampagne sind in der Geschichte Hollywoods nichts wirklich Neues. Schon 1921 wurde der damals sehr bekannte Stummfilmkünstler Roscoe Arbuckle beschuldigt, sich im Zuge einer Party an der Schauspielerin Victoria Rappe vergangen zu haben. Die 26-Jährige starb nur wenige Tage nach der Feier – angeblich an den Folgen eines sexuellen Missbrauchs. Dies behauptete zumindest ihre Freundin Maude Delmont, die Rappe zu der Party begleitet hatte. Als Arbuckle das von Delmont zunächst geforderte

> Wurde Victoria Rappe vergewaltigt?

Schweigegeld nicht zahlen wollte, zeigte sie den Schauspieler an. Der Fall wurde von dem Bezirksstaatsanwalt Matthew Bradey dankbar aufgenommen, da dieser sich durch eine öffentlichkeitswirksame Anklage mehr Aufmerksamkeit für eine von ihm angestrebte politische Karriere erhoffte.

Insgesamt dreimal musste sich ein Gericht mit dem Fall befassen. Für eine Verurteilung Arbuckles reichten die Beweise letztlich nicht aus. In dem Prozess wurde jedoch offenbar, dass Rappe seit ihrem 16. Lebensjahr bereits mehrfach illegale Abtreibungen hatte vornehmen lassen. Die letzte davon nur wenige Tage vor ihrem Tod. Zudem hatte sie ein erhebliches Alkoholproblem. *D.P.*



Der Ort, wo am vergangenen Sonntag die Oscars vergeben wurden: Blick vom Dolby Theatre auf das Hollywood-Zeichen Bild: tews

Liebe Abonnenten der *PAZ*, die *PAZ* hat eine neue Bankverbindung. Von der HSH Nordbank haben wir uns wegen des Verkaufes der Bank trennen müssen. Ab sofort verwenden Sie bitte bei Zahlungsverkehr mit der Vertriebs- oder Anzeigenabteilung der *PAZ* folgende Bankverbindung:
Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX.
Das Konto bei der Postbank Hamburg behält seine Gültigkeit. Lastschriften werden automatisch umgestellt, Dauerauftragszahler persönlich angeschrieben.

Schauspieler und Politik

Viele ziehen gerne im Hintergrund die Fäden

Fast jedermann vermag heute wenigstens einige Namen längst verstorbener Schauspieler zu benennen. Doch dies war nicht immer so. Erst seit man die darstellerischen Leistungen eines Schauspielers auf Celluloid bannen und damit auch für nachfolgende Generationen noch erlebbar machen kann, hat diese Entwicklung eingesetzt.

Neben der Verankerung der Namen und der Leistungen von Filmschauspielern im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft hat sich auch eine enorme Aufwertung des Status dieses Berufsstandes vollzogen. Zwar erfreuten sich die darstellenden Künste zu allen Zeiten einer großen Beliebtheit, jedoch zählten die Schauspieler selbst in der Regel zur untersten sozialen Schicht. Der private Verkehr mit ihnen galt lange als unschicklich. Lediglich im antiken Griechenland erfreuten sich Theaterschaffende einer gewissen Reputation.

Spätestens mit dem Aufkommen des Tonfilms war das einstige Stigma des gesellschaftlichen Parias zumindest in den europäisch geprägten Staaten dann endgültig überwunden. Staatsmänner pflegten plötzlich öffentlichen Umgang mit bekannten Schauspielern und hofften, dass auf diese Weise etwas von deren Prestige auf sie abfärben möge.

> Schwarzenegger und Reagan sind eher die Ausnahme

Während sich am Beginn dieser Entwicklung die Politik eher der Künstler bediente, nahmen Schauspieler ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend das Heft des Handelns in die Hand und versuchten, selbst politischen Einfluss auszuüben. Besonders offen waren die Grenzen zwischen Politik und Schauspielerei in den USA, wo 1981 ein ehemaliger Leinwandcowboy in das Weiße Haus einzog.

Doch Schauspieler wie Ronald Reagan oder Arnold Schwarzenegger sind eher die Ausnahme. Zum einen sind sie nach ihrer Filmkarriere direkt in politische Ämter eingerückt und zum anderen haben sie sich eher für konservative Positionen stark gemacht. Spätestens der Amtsantritt Donald Trumps hat jedoch deutlich gemacht, dass ein beachtlicher Teil prominenter Hollywood-Schauspieler sich vornehmlich dem linksliberalen Mainstream verschrieben hat und keine eigene politische Verantwortung übernehmen möchte. *D.P.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Wo sind sie geblieben?

Brandenburg hat versucht, den Verbleib der 2015 unkontrolliert Eingewanderten aufzuklären



Zeichnet für die bundesweit einmalige Aktion verantwortlich: Deutschlands dienstältester Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg

Bild: pa

In einer bundesweit einmaligen Aktion haben Brandenburger Staatsanwälte versucht, den Verbleib Tausender Personen aufzuklären, die im Jahr 2015 im Zuge der „Flüchtlingswelle" in das Land gekommen waren.

Brandenburg hatte im Laufe des Jahres 2015 rund 47 000 sogenannte Flüchtlinge aufgenommen. Auf dem Höhepunkt der Immigrationskrise waren im Herbst des Jahres auch 18 000 Personen nach Brandenburg gekommen, die bei ihrer Einreise über Bayern nur unzureichend erfasst worden waren. In einer großen Zahl der Fälle erfolgte die Einreise sogar ohne Identitätspapiere. Angestoßen von Brandenburgs Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg startete die Staatsanwaltschaft Frankfurt an der Oder bereits 2016 erste Musterverfahren und brachte im Frühjahr vergangenen Jahres ein bislang beispielloses Vorhaben in Gang. Die Behörde leitete 18 000 Ermittlungsverfahren ein, um den Verbleib der Eingereisten zu klären.

Rautenberg begründete die Ermittlungen unter anderem damit, dass naheliegе, der Asylsucherstrom sei auch durch den Islamischer Staat (IS) ausgenutzt worden. Er wolle sich nicht vorwerfen lassen, nicht alles getan zu haben, so Deutschlands dienstältester Generalstaatsanwalt zu den Aufklärungsbemühungen in Brandenburg. Stützen konnten sich die Ermittler in den Verfahren auf den Anfangsverdacht einer illegalen Einreise. Bereits eine erste Prüfung von 1000 Personen hatte ergeben, dass in 15 bis 20 Prozent der Fälle, die Betreffenden „überhaupt nicht bekannt, also offensichtlich abgetaucht sind", so der Oberstaatsanwalt Ulrich Scherding im Februar 2017 gegenüber dem Rundfunk Berlin-Brandenburg. Hochgerechnet auf die Gesamtzahl wurde vermutet, dass mehr als 3000 Personen, die im Herbst 2015 nach Deutschland gekommen sind, in die Illegalität abgetaucht sind. Gut ein Jahr später liegt nun eine Zwischenbilanz der Ermittlungsarbeit vor.

Bei 9000 Personen wurden die Verfahren wegen illegaler Einreise wieder eingestellt. Gut die Hälfte der Asylbewerber hat sich laut den Ermittlungen tatsächlich in Brandenburg registriert. Als geklärt gelten zudem die Fälle von 4500 Kindern und doppelt registrierten Personen. Ermittelt wurden zudem mehr als 1000 Personen, die mittlerweile außerhalb Brandenburgs in anderen Bundesländern gemeldet sind. Eingeleitet hat die Staatsanwaltschaft allerdings inzwischen auch rund 1000 Fahndungsverfahren, weil der Aufenthaltsort bislang nicht geklärt werden konnte. Als noch unbearbeitet gelten zudem weitere 2500 Fälle. Zumindest nach aktuellem Stand ist damit der Verbleib von etwa einem Fünftel der Eingereisten noch immer unklar.

Dieses Ermittlungsergebnis wird vermutlich in den kommenden Monaten eine Rolle spielen, wenn in Brandenburg, aber auch auf Bundesebene erneut die Debatte um die Ausweitung der sogenannten Schleierfahndung geführt wird. Gemeint sind damit verdachts- und anlassunabhängige Kontrollen durch die Polizei. Kritiker sehen im Mittel der Schleierfahndung einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte, bei dem Aufwand und Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis stehen. 2004 hatte Berlin unter dem damaligen rot-roten Senat die Möglichkeit von verdachtslosen Kontrollen abgeschafft.

> Zwischenbilanz stärkt Befürworter der Schleierfahndung

Befürworter können sich unter anderem auf Zahlen aus Hessen berufen. Dort wurden im Zeitraum von 2001 bis 2005 bei verdachts- und anlassunabhängigen Kontrollen annähernd 1,6 Millionen Fahrzeuge und 3,2 Millionen Personen überprüft. Die Polizei stellte dabei fest, dass 0,9 Prozent der überprüften Personen zur Fahndung ausgeschrieben waren.

Vor Kurzem legte die Bundespolizei Zahlen zu Überprüfungen von Fernbussen vor. Bei stichprobenartigen Kontrollen an der Grenze und im grenznahen Bereich stellte die Bundespolizei 2017 insgesamt 7457 Personen fest, die versucht haben sollen, illegal nach Deutschland einzureisen.

Der bisherige Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hatten sich für die Einführung der Schleierfahndung in allen Bundesländern ausgesprochen. Allerdings sind diese Versuche bislang gescheitert.

Die Bundesländer handhaben die Schleierfahndung immer noch sehr unterschiedlich. Berlin und Bremen verzichten ganz auf dieses Mittel. Im Land Brandenburg sind unabhängige Personenkontrollen nur in einem 30 Kilometer breiten Streifen entlang der Bundesgrenze an Oder und Neiße zugelassen.

Mehr Möglichkeiten könnte die Neufassung des brandenburgischen Polizeigesetzes eröffnen. Einen Entwurf hat Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) für die erste Hälfte dieses Jahres angekündigt. Das Vorhaben ist geeignet, für Streit zwischen den beiden Koalitionspartnern SPD und Linke zu sorgen. So hat die Linkspartei bereits signalisiert, dass sie gegen den verstärkten Einsatz von Videoüberwachung ist. Ob die Partei zu Zugeständnissen bei der Schleierfahndung bereit ist, bleibt abzuwarten. Brandenburgs CDU, aber auch der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Potsdamer Landtag, Thomas Jung, plädieren schon seit Längerem dafür, durch Mittel wie die Schleierfahndung die Sicherheit in Brandenburg zu erhöhen.

Norman Hanert

Kommunale Weltpolitik

Von Theo Maass

Kommunalpolitiker leiden mitunter darunter, dass ihre Kompetenzen an der Ortsgrenze ihrer eigenen Zuständigkeit enden. Sie selbst finden das schade, denn oftmals haben sie missionarisches Sendungsbewusstsein und glauben möglicherweise, der Fortbestand der Welt hänge von der Verwirklichung ihres Anliegens ab.

In Berlins Bezirk Steglitz-Zehlendorf maßt sich die Bezirksverordnetenversammlung an, über den Abriss einer Autobahnbrücke (Schlangenbader Straße) mitzubestimmen, obwohl Autobahnen Bundessache sind.

In Berlin haben die Bezirke das Recht, Straßennamen festzulegen. Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf scheiterte die Umbenennung der Treitschkestraße am Votum der Anwohner. Deren Befragung hatte damals der kluge Vorsitzende der örtlichen CDU-Fraktion, Torsten Hippe, durchgesetzt. Das Ergebnis fiel – trotz Drucks der veröffentlichten Meinung – ganz anders aus, als linke Weltverbesserer sich das erträumt hatten. Steglitz-Zehlendorf behielt seine Treitschkestraße.

Im Bezirk Berlin-Mitte „regiert" Stefan von Dassel von den Grünen als Bezirksbürgermeister. Im Bezirksparlament sitzen je 14 Grüne und Sozialdemokraten, zehn Linke und zusätzlich zwei Piraten 15 bürgerlichen Verordneten (sieben CDU, fünf AfD und drei FDP) gegenüber. Auf der Suche nach der ganz großen Politik haben die kommunalen Entscheidungsträger endlich ein ganz wichtiges Thema entdeckt: die schreckliche deutsche Vergangenheit in den ehemaligen Kolonien in Afrika. Die deutschen „Schutzgebiete" gingen schon 1918 verloren, und diese scheidenden Kolonialherren wurden damals von den zurückbleibenden Einwohnern eher positiv gesehen, wussten Letztere doch, dass ihre neuen Herren aus Frankreich und Großbritannien ein ganz anderes Regiment führen würden. Die belgische Schreckensherrschaft in der heutigen Demokratischen Republik Kongo wollen wir an dieser Stelle mit dem Mantel der Nächstenliebe zudecken.

In Berlin-Wedding sollen die Petersallee, der Nachtigallplatz und die Lüderitzstraße umbenannt werden. Statt die Anwohner zu befragen und „mehr Demokratie" zu wagen, wurde eine Kommission eingesetzt. Deren „Vorschläge" begutachten die Parteien. Während CDU und AfD nichts von der anstehenden Umbenennungsorgie halten, beteiligt sich die FDP an dem „Wettbewerb" um die neuen Namenspatronen. Anders als in der Treitschkestraße, in der relativ wenige Menschen wohnen, ist das „Afrikanische Viertel" ein Massenquartier, in dem (bisher) die SPD viele Wähler hatte. Ob die sich wirklich über neue politisch korrekte Straßennamen freuen, ist zweifelhaft.

MELDUNG

Island gegen Beschneidungen

Reykjavik – Island könnte das erste Land in Europa werden, in dem die Beschneidung von Jungen aus nicht medizinischen Gründen verboten wird. Dann können bei Verstößen Haftstrafen von bis zu sechs Jahren drohen. Dafür spricht sich ein breites Bündnis von Parlamentsparteien aus. Unter den Abgeordneten, die den Gesetzesentwurf angestoßen haben, sind Vertreter der regierenden Linksgrünen und der mitregierenden rechtsliberalen Fortschrittspartei. Selbst Mitglieder der oppositionellen und auf Island starken Piratenpartei sowie der ebenfalls oppositionellen Volkspartei haben den Gesetzesentwurf mit unterzeichnet. Sie argumentieren mit dem Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit. Trotz ihrer uralten Tradition verstoße die Beschneidung von Jungen gegen die UNO-Kinderrechtskonvention. Weiter heißt es, dass die Beschneidung von Jungen oft nicht von Ärzten, sondern von religiösen Führern ohne Betäubung und in einer Umgebung, die nicht steril ist, durchgeführt werde. Auch wenn Eltern das Recht hätten, ihre Kinder religiös zu erziehen, dürfe dieses Recht nicht über dem des Kindes auf Unversehrtheit stehen, heißt es weiter. Das Verbot soll solange gelten, bis die Jungen alt genug sind, um selbst die Konsequenzen eines solchen Eingriffes beurteilen zu können. Erwartungsgemäß stößt das Gesetzesvorhaben bei jüdischen und muslimischen Gemeinden in ganz Europa auf heftige Kritik. Sie berufen sich auf die Religionsfreiheit und argumentieren, dass keine Instanz es ihnen verbieten könne, ihre Religion in der überlieferten Form auszuüben. Dass gerade Island diesen Vorstoß unternimmt, ist bemerkenswert, da unter den nur rund 336 000 Einwohnern lediglich rund 1500 Moslems und 250 Juden leben. Die Genitalverstümmelung von Mädchen ist in Island wie in den meisten europäischen Ländern bereits seit 2005 verboten. *M.H.*

China warnt Taiwan und die USA

Scharfe Töne nach der Verabschiedung des »Taiwan-Reisegesetzes« durch den US-Kongress

Der US-Kongress hat einmütig das „Taiwan-Reisegesetz“ gebilligt. Es erlaubt Treffen von Vertretern der USA und Taiwans „auf allen Ebenen“, wie es in dem Gesetz heißt. Peking hat das Gesetz, das erst nach der Unterschrift von Präsident Donald Trump in Kraft tritt, scharf als Verstoß gegen die „Ein-China-Politik“ verurteilt. Zugleich droht China Taiwan offen mit Krieg.

Wie es in dem Taiwan-Reisegesetz (Taiwan Travel Act) heißt, werden mit ihm offizielle Vertreter der US-amerikanischen Regierung „auf allen Ebenen“, einschließlich für die nationale Sicherheit zuständige Vertreter auf Kabinettsebene, autorisiert, nach Taiwan zu reisen und dort ihre taiwanischen Amtskollegen zu treffen. Ebenso solle es hochrangigen Vertretern Taiwans erlaubt sein, in die USA einzureisen, „unter angemessenen respektvollen Bedingungen für die Würde dieser offiziellen Vertreter“. Sie sollen sich auch mit Repräsentanten des US-amerikanischen Außen- und Verteidigungsministeriums sowie anderer Regierungsbehörden treffen können. Das inoffizielle Vertretungsbüro Taiwans in den USA – Taiwan ist von den USA nicht offiziell diplomatisch anerkannt – wird zu „Aktivitäten ermutigt“, die Begegnungen mit Kongressabgeordneten, Vertretern des US-Bundesstaates oder einzelner US-Staaten sowie „jedweden hochrangigen offiziellen Vertretern“ Taiwans einschließen.

Das „Taiwan-Reisegesetz“ verweist eingangs auf den wichtigen „Taiwan Relations Act“ (TRA), das Gesetz über die Beziehungen der USA zu Taiwan aus dem Jahr 1979. Auf dessen Grundlage liefern die USA seither auch nach der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen mit Peking Taiwan weiterhin Waffen zur Selbstverteidigung. Das Reisegesetz bezeichnet den „Taiwan Relations Act“ als „Eckpfeiler“ der bilateralen Beziehungen und einen „Anker“ für Sicherheit und Frieden im Westpazifik. Seit dem Inkrafttreten des TRA hätten die US-amerikanisch-taiwanischen Beziehungen jedoch unter mangelnder Kommunikation auf hoher administrativer Ebene und selbst auferlegten Restriktionen gelitten.

„Die Vereinigten Staaten“, heißt es im neuen Reisegesetz, „betrachten jedes Bestreben, die Zukunft Taiwans anders als mit friedlichen Mitteln bestimmen zu wollen, einschließlich Boykotte oder Embargos, als Bedrohung des Friedens und der Sicherheit im westlichen Pazifik.“ Zugleich würdigt das Gesetz die demokratische Entwicklung Taiwans, die ein „Leuchtturm“ in Asien sei. Das US-Außenministerium wird aufgefordert, spätestens 180 Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes und „jeweils 180 Tage danach“ den außenpolitischen Ausschüssen von Senat und Repräsentantenhaus einen Bericht über Reisen von Behördenvertretern nach Taiwan vorzulegen.



Nachdem die Legislative der Vereinigten Staaten das „Taiwan-Reisegesetz“ einstimmig gebilligt hat, bedarf es jetzt nur noch der Unterzeichnung durch den Staats- und Regierungschef: US-Präsident Donald Trump vor dem US-Kongress

Bild: Imago

Wie die „Los Angeles Times“ („LAT“) schreibt, wurden seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Peking taiwanische Präsidenten nie offiziell in die USA eingeladen. Bei Flugreisen über die USA werden aber Aufenthalte bei Zwischenlandungen gestattet. Es kam dabei schon öfters zu inoffiziellen Begegnungen taiwanischer Präsidenten mit zum Beispiel Kongressabgeordneten. Peking hat jedes Mal auch schon bei solchen Zwischenstopps taiwanischer Präsidenten in den USA protestiert, so die „LAT“. Seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Taiwan im Jahre 1979 hätten nur gerade einmal sechs Besuche offizieller US-amerikanischer Vertreter auf der Inselrepublik stattgefunden.

Die Präsidentin Taiwans, Tsai Ing-wen, war seit ihrer Amtsübernahme 2016 sechs Mal bei einem Zwischenstopp auf dem Weg in andere Länder in den USA. Bei einem Zwischenaufenthalt im Juli 2016 in Los Angeles traf sie unter anderen mit dem vormaligen Präsidenten Bill Clinton und dem republikanischen Sprecher des Repräsentantenhauses, Paul D. Ryan, zusammen. Sie dankte ihm für seine Unterstützung bei Taiwans Kauf US-amerikanischer Waffen. Im Januar 2017 traf sie bei einem Zwischenstopp in Houston mit dem texanischen Senator Ted Cruz und Gouverneur Greg Albott zusammen.

Wie die Beispiele zeigen, gibt es in den USA auch im Rahmen der „Ein-China-Politik“ kein so streng gehandhabtes Besuchsverbot wie in Deutschland und der Europäischen Union. Der Kotau der europäischen Demokratien vor dem mächtigen Rotchina geht tiefer. Die frei und demokratisch gewählten obersten Repräsentanten Taiwans – Präsident, Vizepräsident, Premierminister, Außen- und Verteidigungsminister – dürfen nach Deutschland und in die EU nicht einmal zu einem inoffiziellen Treffen einreisen, auch nicht etwa zu einer Begegnung privater Natur.

Wie die „New York Times“ („NYT“) schreibt, hätten Vertreter des Weißen Hauses nicht sofort auf die Frage geantwortet, ob Präsident Trump das Reisegesetz unterzeichnen werde. „Es wäre aber ungewöhnlich für einen Präsidenten, wenn er ein Veto einlegte gegen eine Maßnahme, die vom Kongress einmütig befürwortet werde“, so die „NYT“.

Die chinesische „Global Times“, ein Sprachrohr der kommunistischen Partei, verkündete, Festlandchina werde dafür sorgen, dass sowohl Taiwan als auch die USA „einen Preis zahlen werden“ für hochrangige gegenseitige Treffen. Auch wenn „relevante Sätze“ in dem Reisegesetz nicht rechtlich bindend seien, stellten sie doch einen ernsten Verstoß gegen das „Ein-China-Prinzip“ dar. Militärisch habe sich durch die Stärke der Volksbefreiungsarmee die Situation in der Taiwanstraße „fundamental geändert“. Sie verfüge inzwischen über vorher noch nie dagewesene strategische Optionen.

Die chinesische Behörde für Taiwan-Angelegenheiten erklärte, man warne Taiwan eindringlich, sich „nicht auf Ausländer zu verlassen“. Damit zöge Taiwan „nur Feuer“ auf sich. Die kommunistische Staatszeitung „China Daily“ schrieb, wenn Tsai Ing-wen an ihrem politischen Kurs festhalte, führe dies „unausweichlich zur Anwendung des Anti-Sezessions-Gesetzes, das Peking erlaubt, militärische Gewalt bei einem Abspaltungsversuch Taiwans zu gebrauchen“. *Michael Leh*

Auf dem Weg zur Zentralasiatischen Union

In Kasachstans Hauptstadt Astana treffen sich am 16. März erstmals die Staatsoberhäupter der postsowjetischen Staaten Mittelasiens

Anlässlich des traditionellen Nauryz-Festes, dem in der Region bis heute allgemein gefeierten Neujahr nach altiranischer Tradition, werden sich kommenden Freitag erstmals die Staatsoberhäupter der postsowjetischen Staaten Zentralasiens treffen. Auf der Agenda steht eine Zusammenführung des westturkestanischen Raumes.

Schon im vergangenen Jahr kam es zu zahlreichen gegenseitigen Besuchen zwischen den Staatsführern der Region, die den Anbruch einer neuen Zeit erkennen ließen. Die Initiative für das jetzige Treffen ging von den Präsidenten Kasachstans und Usbekistans, Nursultan Nasarbajew und Schawkat Mirsijojew, aus. Mirsijojew hatte als Nachfolger des verstorbenen Langzeitpräsidenten Islam Karimow im letzten Jahr weitgehend mit dessen Politik gebrochen und dabei nicht zuletzt das Verhältnis zu den Nachbarländern erheblich verbessert, sodass jetzt an eine Lösung der über viele Jahre aufgestauten Probleme herangegangen werden kann.

Bislang sprach der charismatische Usbekenführer öffentlich nur von einem Abkommen über ein einheitliches Energiesystem und den Bau von Eisenbahnen. Doch berühren genau diese beiden Punkte viele Zentralfragen im Verhältnis der beteiligten Staaten. Gerade in der Energiefrage hatte es bisher einen oft unversöhnlich ausgetragenen Konflikt zwischen den südlichen „Bergstaaten“, welche die in den Norden fließenden Flüsse mit Hilfe großer Stausysteme kontrollieren, und den nördlichen „Steppenstaaten“, in denen sich die Öl- und Gasquellen des Gebietes befinden, gegeben. Die Nordstaaten sind darauf angewiesen, im Sommer Wasser für ihre Felder zu erhalten, während die Südstaaten dieses im Winter ablassen, um dadurch Strom für ihren dann höheren Heizungs- und allgemeinen Elektrizitätsbedarf zu erhalten.

Der auf der Hand liegende Ausgleich erwies sich dabei als erstaunlich schwierig zu verhandeln, was in der Region immer wieder – zuletzt nach dem Tod Karimows – zu Erwägungen führte, das Problem militärisch zu lösen. Dazu kam es zwar nicht, doch führte der Zwist zu einem Stillstand, der jede Entwicklung massiv hemmte. Hinzu kamen der traditionelle Gegensatz zwischen den beiden mächtigsten Staaten Turkestans, Kasachstan und Usbekistan, die sich lange um die Führung in der Region stritten, bis Usbekistan den Weg in die selbst gewählte Isolierung beschritt und Kasachstan das Feld überließ, sowie diverse Territorialkonflikte, die sich bis in jüngste Zeit immer wieder gewaltsam entluden.

Der durch all diese Faktoren blockierte Ausbau des Eisenbahnnetzes ist wiederum ein zentrales Hindernis für die chinesische Initiative der Neuen Seidenstraße, in deren Rahmen Verkehrswege zwischen dem Reich der Mitte und Europa auch durch Mittelasien errichtet werden sollen. China ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verstärkt in der Region aktiv, die es als sein historisches Hinterland betrachtet. Nun drängt die Volksrepublik ihre Nachbarn, für den Aufbau eines globalen Handelssystems ihre bisherigen Animositäten zu beenden und gemeinsam mit ihr an einem Strang zu ziehen.

Am Anfang stand eine Verständigung zwischen Kasachstan und Usbekistan

Zum für jede Veränderung fundamentalen Durchbruch im Verhältnis zwischen Kasachstan und Usbekistan kam es im September 2017 beim offiziellen Staatsbesuch Nasarbajews in Taschkent, genau ein Jahr sowie sechs Treffen und sieben offizielle Telefonate nach seinem ersten Arbeitsbesuch bei Mirsijojew. Dabei wurde nicht nur ein ganzer Stapel an Verträgen unterzeichnet, sondern auch Symbolpolitik höchster Ordnung betrieben. Gemeinsam besuchten beide Staatsführer das Kaldyrgatsch-Bij-Mausoleum, in dem der kasachische Nationalheld Töle Bij begraben liegt. Und Nasarbajew stellte eine usbekische Sprachfassung seiner Staatsdoktrin vor. 550 Jahre nach der kriegerischen Trennung beider Völker schienen ihre Gegensätze mit einem Mal emotional aufgehoben. Die Bedeutung der zuvor undenkbaren neuen Achse zwischen Astana und Taschkent fasste der Leiter des staatlichen kasachischen Rates für Außenpolitik, Jerlan Karin, in folgende Worte: „Mit der Stärkung der kasachisch-usbekischen Beziehungen besteht erstmals eine Chance für einen Neubeginn der regionalen Zusammenarbeit in Zentralasien.“

Bemerkenswert ist, wie deutlich sich selbst tadschikische Stimmen für den neuen Verbund aussprechen. Bisher hatte es bei ihnen die Sorge vor einem übermächtigen Einfluss der Turkstaaten gegeben, auf deren Gebiet die einstige iranischsprachige Bevölkerung unter die Kontrolle altaiischstämmiger Nomaden geraten und dann von diesen kulturell assimiliert worden war. Ihre Sorge war, dass den Tadschiken als den nach eigener Lesart letzten in ihrer Urheimat verbliebenen Iraniern ein ähnliches Schicksal drohen würde. Die Regierung in Duschanbe ist deshalb bestrebt, diese Befürchtung zu zerstreuen, indem sie das eigene Volkstum fördert und die nationale Kultur gegen islamische Umformungen verteidigt. Sie tut dieses nicht ohne Erfolg; die Sorge der Tadschiken vor einer Auslöschung hält sich bisher in Grenzen.

Der tadschikische Politologe Ibrahim Usmanow macht für die positive Grundhaltung seiner Landsleute vor allem die Rolle Mirsijojews verantwortlich, der weit über Usbekistan hinaus und insbesondere unter den Tadschiken populär geworden sei. Der erheblich gestiegene Handel zwischen Usbeken und Tadschiken, die Wiederherstellung aufgelassener zwischenstaatlicher Verkehrs- und Bewässerungssysteme sowie der gemeinsame Bau eines gewaltigen Wasserkraftwerks am Rogun liefern dafür eine substanzielle Grundlage.

Sein Landsmann und Fachkollege Nurali Dawlat hält eine Vereinigung auch aufgrund des weltpolitischen Drucks für unausweichlich: Die USA seien an der Entstehung einer starken politischen Einheit in Mittelasien interessiert, die sich aus dem Sog Moskaus befreien könne, und China würde dies ebenfalls begrüßen, um so einen freien Zugriff auf Energieressourcen und Absatzmärkte zu erhalten.

Eine außenpolitische Absicherung suchten Mirsijojew und Nasarbajew durch demonstrative Treffen beim US-inspirierten Arabisch-Islamisch-Amerikanischen Gipfel in Riad und beim chinesisch geführten Neue-Seidenstraße-Forum in Peking – eine Begegnung bei Staatsführer in Moskau gab es hingegen nicht, wobei ein russisches Plazet denn auch weniger vonnöten scheint. Dem Kreml ist offenkundig an einem stabilen Staatswesen an seiner Südgrenze gelegen, das als Bollwerk gegen den radikalen Islam und sonstige Varianten des Hineindrängens fremder Mächte zu funktionieren vermag.

Vertreter der mittelasiatischen Staaten sprachen angesichts des bevorstehenden Gipfels schon jetzt von einem neuen Staatenbund, „ähnlich der Europäischen Union“. Wie auch immer die Begegnung in Astana im Detail verlaufen wird, ein Zusammengehen des turanischen Raumes liegt grundsätzlich im Interesse der dort lebenden Menschen, und der Gipfel von Astana darf daher bereits vorab als historischer Meilenstein bezeichnet werden. *Thomas W. Wyrwoll*

Ein Chinese greift nach dem Stern

Der Gründer und Vorstandsvorsitzende des Geely-Konzerns hat fast zehn Prozent von Daimler erworben

Chinesische Investoren haben 2017 so viel in deutsche Unternehmen investiert wie nie zuvor. Mit umgerechnet 13,7 Milliarden Dollar überstieg die Investitionssumme noch einmal den Rekordwert aus dem vorherigen Jahr. Nun ist auch noch ein Chinese zum größten Einzelaktionär von Daimler geworden.

Der Mittfünfziger Li Shufu ist nicht nur Gründer und Vorstandsvorsitzender von Geely, einem 1986 gegründeten chinesischen Automobil- und Motorradhersteller mit rund 80000 Mitarbeitern, sondern seit Kurzem auch der größte Einzelaktionär des deutschen Autobauers Daimler. Aus dem Stand erwarb er über eine Investmentgesellschaft für etwa 7,5 Milliarden Euro 9,7 Prozent der Aktien.

Geely heißt übersetzt „Glück und Gewinn“, doch ob sein neuer Großaktionär Daimler das bringen wird, ist noch offen. Die Chinesen gelten als unbequem, und das „Handelsblatt“ schrieb sogar, in der Firmenzentrale in Stuttgart sei man ob des Aktienkaufs „kalt erwischt“ worden. Der Einstieg des chinesischen Investors müsse den Daimler-Mitarbeitern aber keine Sorge bereiten, erklärte Wilfried Porth, Arbeitsdirektor und Personalvorstand. „Der neue Investor unterstützt unsere Strategie und das Management voll und ganz. Es sind keine Jobs gefährdet“, sagte Porth der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Er zeigt sich gelassen: „Ich habe noch keinen Aktionär erlebt, der bei uns ins tägliche Geschäft eingegriffen hat.“ Der Betriebsrat hatte allerdings zuvor erklärt, man werde sich im Rahmen der Aufsichtsratstätigkeit intensiv damit auseinandersetzen, welche Auswirkungen der Einstieg von Geely „für die Sicherheit von Standorten und Arbeitsplätzen in Deutschland“ habe.

„Das Interesse gerade an deutschen Industrie- und High-Tech-Unternehmen ist ... ungebrochen. Wo sich interessante Gelegenheiten ergeben, stehen chinesische Investoren nach wie vor bereit“, sagt Yi Sun, China-Expertin der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young. In den politischen Zirkeln in Berlin beobachtet man diese Entwicklung mit Argwohn. „Es ist dringend notwendig, dass wir noch in diesem Jahr EU-weit ein schärferes gesetzliches Instrument an die Hand bekommen, um Übernahme-Fantasien sowie Technologie- und Know-how-Abfluss wirksam entgegenzutreten“, sagte Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, der Tageszeitung „Die Welt“. „Wenn Deutschland und Europa auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich und innovativ sein wollen, brauchen wir zügig die Möglichkeit, staatlich gelenkte, strategische Firmenübernahmen anderer Staaten genauer unter die Lupe nehmen und notfalls auch untersagen zu dürfen.“ Die Regierung Chinas habe das Ziel, bis zum 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik im Jahr 2049 zur weltweit führenden Industrienation aufzusteigen. Dazu gehört ein wachsendes Interesse an deutschen Entwicklungen.

Im vergangenen Jahr sorgte der Fall des Robotikunternehmens Kuka, das an chinesische Unternehmen verkauft wurde, für Aufsehen. „Es kann durchaus sein, dass bei Firmenübernahmen die Rechte an den Patenten an den chinesischen Investor gehen. Ich bin mir sicher, die Chinesen haben Kuka gekauft, weil sie die Technologie dahinter lernen wollen“, erklärte Cornelia Rudloff-Schäffer, Präsidentin des Deutschen Patent- und Markenamts. Denn auf dem Gebiet der „Tüfteleien“ habe China immer noch beträchtlichen Nachholbedarf. So sind in Deutschland derzeit mehr als 650000 Patente in Kraft. China liegt immer noch weit zurück.

„Aber das Land holt rasant auf. Jahrelang haben die Chinesen eher auf Masse statt Klasse gesetzt, nicht alles war neu und erfinderisch. Die Qualität der Patente steigt mittlerweile. Zudem investieren die Chinesen massiv in ein System zum Schutz geistigen Eigentums, sie schaffen Patentgerichte, bis zuletzt wurden 11000 Patentprüfer eingestellt“, erklärt sie. Das Ziel sei ein gut funktionierendes System, wie man es aus Europa kenne. China arbeite darüber hinaus sehr gezielt daran, seinen Einfluss in internationalen Organisationen auszubauen – ob bei der Weltbank oder beim Internationalen Währungsfonds IWF. Der Deutschlandfunk spricht im Zusammenhang mit dem Vorgehen Pekings von einem „Projekt Weltmacht“.

Peter Entinger



Im Konzeptfahrzeug „Geely McCar“ auf der internationalen Automobilausstellung in Peking: Li Shufu Bild: Imago

MELDUNGEN

China gegen Kryptowährung

Peking – Nachdem China alle heimischen Handelsplätze für Bitcoins und andere Kryptowährungen einschließlich der höchst spekulativen Initial Coin Offerings geschlossen hat, wurde diese Politik nun auch auf ausländische Anbieter erweitert: Im chinesischen Internet sind inzwischen alle einschlägigen Seiten gesperrt, und Werbung sowie Suchmöglichkeiten für solche Angebote werden blockiert. Die Regierung begründet dies mit dem Schutz ihrer Bürger vor Betrug. Tatsächlich erweisen sich viele dieser Pseudo-Währungen als Schneeballsysteme, zudem werden Kaufwillige oftmals mit gefälschten Daten betrogen. Bei den spekulationsfreudigen Chinesen hat dies oft zu erheblichen Schäden geführt. *T.W.W.*

Rüstungsexport rückläufig

Berlin – Laut Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter wurden 2016 Einzelgenehmigungen im Wert von 6,85 Milliarden Euro erteilt und damit fast 13 Prozent weniger als im Vorjahr. In den ersten vier Monaten des Jahres 2017 wurden Einzelgenehmigungen für Ausfuhren von Rüstungsgütern von etwa 2,42 Milliarden Euro erteilt. Im Vorjahreszeitraum waren es etwa 36 Prozent mehr. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.972.470.110.780 €
Vorwoche: 1.972.517.069.315 €

Verschuldung pro Kopf:
23.822 €
Vorwoche: 23.823 €

(Dienstag, 6. März 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Stigmatisierung

Von Philipp Hötensleben

Das Hamburgische Verfassungsgericht hat entschieden, dass der Ausschluss des fraktionslosen Abgeordneten Ludwig Flocken (ehemals AfD) von der Sitzung der linksdominierten Hamburgischen Bürgerschaft am 1. März 2017 rechtmäßig war.

Flocken hatte in einer Rede zum von der CDU angemeldeten Debattenthema „Türkischer Nationalismus – demokratiefeindliche Hetze – Hamburg sagt Nein“ angemerkt, man könne den türkischen Nationalisten nicht vorwerfen, aggressiv Räume für ihre Ideologie zu besetzen. Vielmehr würden sie Räume für ihre Ideologie in Besitz nehmen, die sie von den Deutschen verlassen vorgefunden hätten. Zur Erklärung sagte er: „Sie alle kennen die Bilder von Merkel nach ihrem letzten Wahlsieg, wie sie die Deutschlandfahne wegschmeißt und ihr der Ekel ins Gesicht geschrieben steht. Grüne urinieren darauf, Rote können die Nationalfarben am Hamburger Rathaus kaum ertragen. Diese Leere ist es, in die sich ein Meer von roten Halbmondfahnen zum Teil gigantischen Ausmaßes ergießt, der überbordende türkische Nationalismus.“

Die drei von Flocken hier beschriebenen Vorkommnisse entspringen nicht dessen Phantasie, sondern es hat sie tatsächlich so gegeben. Die Filme dazu kann sich jedermann im Internet ansehen – wie übrigens auch Flockens Rede.

Weil Flocken sich „mit seinen Äußerungen über die Bundeskanzlerin, die Grüne Partei, über Mitglieder dieses Hauses ... einer gröblichen Verletzung der Ordnung des Hauses“ schuldig gemacht habe, verwies Bürgerschaftspräsidentin Carola Veith (SPD) den Abgeordneten des Plenarsaales. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sie bis zu dieser Entscheidung eine halbe Stunde verstreichen ließ, also kalkuliert handelte.

Durch den Rauswurf fühlte Flocken sich in seinen Rechten als Abgeordneter verletzt und zog vor das Verfassungsgericht. Seine Ausführungen beruhten auf Tatsachen und könnten leicht verifiziert werden, so seine Argumentation. Die negative Bewertung der Bundeskanzlerin sei vom Rederecht des Abgeordneten gedeckt.

Das Verfassungsgericht räumt mit diesem Urteil der Parlamentspräsidentin einen weiten Beurteilungsspielraum ein und schließt sich deren Auffassung an, dass „bei der Gesamtschau der Rede eine schwere und wiederholte Herabwürdigung von Mitgliedern der Bürgerschaft und Dritter“ vorliege, die nicht mehr vom Rederecht des antragstellenden Abgeordneten gedeckt sei.

Das Besondere an dem Urteil ist, dass erstmals in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus eine wertende Betrachtung zum Ausschluss aus einer Parlamentsdebatte geführt hat. Bis dahin waren formale Beleidigungen sowie Tätlichkeiten Auslöser von Ordnungsmaßnahmen gewesen. Das Urteil stärkt somit das Ordnungsrecht der Parlamentspräsidentin und schränkt das Rederecht des freien Abgeordneten insoweit ein, als dass es dem Beurteilungsspielraum des jeweils amtierenden Parlamentspräsidenten unterworfen wird. De facto nutzt es der Parlamentsmehrheit und wendet sich gegen neue politische Kräfte, die mit diesem Instrument stigmatisiert werden sollen.

»Nazis im Bundestag«

Von Michael Leh

Wir haben jetzt Nazis im Deutschen Bundestag.“ Das hatte die stellvertretende deutsche Botschafterin in Uganda, Petra Kochendörfer, gegenüber dem dortigen englischsprachigen Fernsehsender „New Vision TV“ zum Ausgang der Bundestagswahl erklärt. Kochendörfer sprach auf Englisch („We have now Nazis in the German Bundestag“). Sie nannte die AfD auf Englisch („Alternative for Germany“) und Deutsch („Alternative für Deutschland“). Es handele sich bei ihr um eine rechtsgerichtete Partei, mit der erstmals seit 1945 „Nazis“ in den Bundestag einzögen, „wahrscheinlich mehr als 80“.

Der Fernsehsender „New Vision TV“ in Ugandas Hauptstadt Kampala verbreitet Nachrichten für ganz Ostafrika. Ein Video mit den Äußerungen der Vize-Botschafterin ist noch im Internet auf YouTube zu sehen.

Die AfD-Bundestagsfraktion stellte wegen der Äußerungen der Diplomatin eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung. Darin nannte sie auch den Link zu dem Video. Die AfD fragte unter anderem, ob es sich „um eine private oder dienstliche Äußerung der Regierungsvertreterin“ gehandelt habe? Ob sich „die Spitze des Geschäftsbereiches (Bundesminister)“ die Äußerung zu eigen mache? Wie nach Ansicht der Bundesregierung „We have now Nazis in the German Bundestag“ ins Deutsche zu übersetzen sei? Wie die Bundesregierung den Begriff „Nazi“ definiere? Und: „Welche konkreten Personen oder welche Gruppe hat P.K. mit der Äußerung gemeint?“

Bundesregierung will Begriff »Nazi« nicht definieren

Obwohl die Diplomatin ganz klar die AfD nicht nur gemeint, sondern sie in der Fernsehsendung auch eindeutig namentlich genannt hatte, log die Bundesregierung in ihrer Antwort ebenso dreist wie dumm: „Mit den Äußerungen waren keine konkreten Personen oder Gruppen gemeint.“ Zum Begriff „Nazi“ erklärte sie, dieser sei „eine umgangssprachliche Umschreibung, die sich einer präzisen Übersetzung schon deshalb entzieht, weil es sich um ein deutsches Idiom“ handele. Sie sehe daher „keine Veranlassung, diesen Begriff näher zu definieren“. Als ob nicht alle Welt verstünde, was mit dem Begriff „Nazi“ gemeint ist.

Dass der von Linken für die AfD längst inflationär verwendete Begriff „Nazis“ dem Ansehen Deutschlands in der Welt schadet, liegt auf der Hand. Die Frage der AfD, wie die Bundesregierung die Folgen für das Ansehen Deutschlands in Uganda bewerte, wenn eine Diplomatin erkläre, dem neuen Bundestag „gehörten Anhänger des verbrecherischen NS-Regimes an“, wurde so abgetan: „Der Bundesregierung sind keine Entwicklungen in Uganda bekannt, die auf die in Rede stehenden Äußerungen zurückgeführt werden könnten.“



Ist im Internet bei Youtube anzuschauen: Deutschlands stellvertretende Botschafterin in Uganda, Petra Kochendörfer, beklagt, dass mit der AfD erstmals seit 1945 „Nazis“ in den Bundestag einzögen

Bild: New Vision TV

Frei gedacht



Vom Umbau unserer Welt

Von Eva Herman

Wissen Sie eigentlich, dass es immer schwerer wird, einen Beitrag zu schreiben? Der willige Autor steht vor einem Riesenberg von Missständen, die genannt werden müssten, um den rasanten Verfall unserer Welt zu dokumentieren. Und immer häufiger frage ich mich dabei: Wird es wohl eines Tages eine Zeit des Rückblicks geben, eine Analyse des wachen Blicks, welche die Wahrheit offenbart, die ja derzeit kaum noch eine Chance hat, durchzudringen? Ich spreche von einer Rückschau jenseits sämtlicher manipulierter Berichte und Geschichtsschreibung, jenseits der politischen Korrektheit und mediengesteuerten Charakterwäsche. Ich frage mich auch, ob wir freie Kritiker selbst einst noch in der Lage sein werden, die herrschenden Zustände offenen Auges zu beurteilen, oder ob auch unser Blick dann verstellt sein wird, da die Gehirne beim Denken Schritt für Schritt umgestellt wurden. Die Gefahr scheint nicht gering zu sein. Nehmen wir einmal den Begriff Heimat.

Ich bin im Harz aufgewachsen. Ein wunderschönes Mittelgebirge in Deutschland, zwischen Hannover und Göttingen gelegen. Meine Eltern hatten für einige Jahre ein Restaurant für Wanderer betrieben, welches in fast 700 Metern Höhe lag und nur zu Fuß erreicht werden konnte. Tagein, tagaus strömten die Menschen dort hinauf, in Wanderkluft und Bergstiefeln. Es waren, wie ich mich erinnere, zahlreiche Handwerker darunter gewesen, die am Wochenende Muße und Ruhe in der Natur gesucht hatten. Oben angekommen, gab es Schnitzel, Erbsensuppe und Waffeln. Am frühen Abend, bevor die letzten Besucher wieder ins Tal mussten, holten wir nicht selten Gitarre und Mundharmonika heraus und sangen gemeinsam mit den Gästen ein paar Wander- und Volkslieder. Manche Leute jodelten noch fröhlich durch die Wälder, als sie schon längst wieder talabwärts stiegen. Es war auch für uns junge Menschen eine schöne Zeit, welche Herz und Gedanken nicht selten zum Schwingen gebracht hatte, die Verbindung mit der Natur war für viele wie eine wohltuende Medizin gegen den damals bereits aufkommenden Stress und die Unruhe gewesen.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Vor wenigen Wochen berichtete mein ehemaliger Haussender NDR, dass man heutzutage jene Menschen, die traditionelles Brauchtum pflegten, in die Nähe völkischen, nationalistischen Gedankengutes schiebe. Wer Volkslieder singt, wer eine Tracht trägt, wer in einem Handwerksberuf arbeitet, könne leicht zu dieser missliebigen, gesellschaftlich geächteten Gruppe gehören. Ich hatte hier schon einmal kurz darüber geschrieben. Doch anstatt empört zu reagieren, spürte ich beim Lesen im Inneren nur eine müde Trauer. Es war kein Schmerz mehr da bei der schönen Erinnerung an das Vergangene. Sondern eher Resignation, nach dem Motto: Jede Aufregung macht eh keinen Sinn mehr, sie ziehen das Ding durch. Und: Kaum jemand versteht noch die verklärte Romantik an die alte Zeit. Die Kinder von heute leben anders, sie wandern nicht mehr auf die Berge, sondern schauen sich diese im Smartphone an. Von Brauchtum und Traditionen sind sie weit entfernt, zucken nur verständnislos mit den Schultern. All das gehört schon der Vergangenheit an, wer sich heute trotzdem noch dafür interessiert, begibt sich auf gefährliches Terrain. So sind eben die Zeiten, sagen viele. Das nennt man Fortschritt. Doch wovon schreiten wir eigentlich fort?

Ist dies das klare Zeichen des endgültigen Kulturzerfalls unserer Gesellschaft, welcher ja nach einer jahrzehntelangen Gehirnwäsche eines Tages automatisch eintreten muss? Werden wir uns überhaupt noch daran erinnern (wollen), wie anders die Zeiten einst gewesen? Werden selbst die Erinnerungen daran dann strafbar sein? Was geschieht derzeit mit uns? Der Begriff Heimat, mit dem bei vielen Menschen so viel Empfindung verbunden ist, welche doch die Wurzeln der Identität darstellen – wird er auch eines Tages verboten werden? Wird damit auch die innere Stimme endgültig verstummen, die uns doch wichtigster und wertvoller Wegweiser durchs Leben sein sollte? Werden wir nur noch vom verdrehten Verstand gesteuert, anstatt nach innen zu hören? Welche Folgen wird das haben?

Dass der Begriff Heimat für uns Deutsche nun ins Zwielicht gerät, bewies kürzlich auch eine politische Debatte im Rahmen der unsäglichen Groko-Verhandlungen. So hatten Union und SPD das Bundesinnenministerium um die Bereiche Bau und Heimat zu einem sogenannten Heimatministerium unter Horst Seehofer ausbauen wollen. Doch da meldete sich die Türkische Gemeinde in Deutschland zu Wort, die ein Heimatministerium mit dem Verweis auf die deutsche Geschichte ablehnt. Weiter hieß es in diesem Zusammenhang, der Begriff Heimat beschreibe einen „von Mensch zu Mensch unterschiedlichen Erfahrungs- und Gefühlsraum, ihn auf den politischen Kontext zu übertragen“, so der Vorsitzende der Organisation, Gökay Sofuoglu, „wir halten dies nicht nur aufgrund der deutschen Vergangenheit für problematisch. Wir befürchten, dass er nicht Zusammenhalt und Zusammengehörigkeit, sondern Ausgrenzung und Spaltung fördert.“ Nötig sei „stattdessen ein inklusives Verständnis der Bundesrepublik als pluralistische Gesellschaft mit dem Grundgesetz als gemeinsamer Wertebasis für ein friedliches Zusammenleben“.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Aha. Und? Merken Sie etwas? Da ist sie wieder, die Resignation. Denn mit dieser Diskussion ist die Sache vom Tisch, da kann man eine Wette abschließen. Nix Heimatministerium. Niemand hat sich in der Öffentlichkeit darüber aufgeregt, keiner verteidigte das Recht auf Heimat, stumm schluckte man die Vorwürfe der Türkischen Gemeinde.

Haben Sie eigentlich schon von Elsa gehört? Sie dürfte derzeit die weltweit berühmteste Disney-Figur sein. Elsa ist eine blonde Eisprinzessin, die mit ihren Händen Eis zaubern kann. Eiskalt halt. Millionen von Kindern, vorrangig Mädchen, lieben Elsa, neben dem ersten Teil des Disney-Filmes gibt es in den Läden und im Internet Puppen, Bücher, DVDs, T-Shirts und weiteres teures Merchandising zu kaufen. Elsa ist die Heldin unserer Kinder, wie es einst Pippi Langstrumpf gewesen war. Doch während Pippi offenbar das erste Idol von noch recht harmloser Emanzipation und Selbstständigkeit war, geht man mit Elsa jetzt offenbar einen gehörigen Schritt weiter in Richtung politischer Korrektheit. So kündigte man letzte Woche pressewirksam an, dass der zweite Teil des Disney-Films, der bald in die Kinos kommt, eine gehörige Überraschung bereithalte. Seit Disney den zweiten Teil von „Frozen“ angekündigt hat, „gibt es Vermutungen und Forderungen, dass die Eiskönigin Elsa zur ersten lesbischen Disney-Prinzessin werden könnte“. Weiter heißt es zu dem Kinderfilm: „Elsa ist ein starkes Mädchen, das nicht auf den Prinzen wartet und so zum Vorbild für viele junge Fans wird. Die Worte „Conceal don't feel, don't let them know“ („Verbergen, nicht fühlen, lass es sie nicht wissen“) sollen nicht nur auf ihre Kräfte hinweisen, sondern auch auf ihre bisher unterdrückte Homosexualität.

Ach, ja, die Pippi-Langstrumpf-Bücher werden übrigens derzeit alle einkassiert und umgeschrieben, da ja Pippis Vater politisch unkorrekt dargestellt wurde: Der Begriff Negerkönig aus Taka-Tuka-Land ist heute nicht mehr erlaubt, da er diskriminiert sei.

Wirrer Kunstkrimi

Der Fall Gurlitt und seine Folgen – Ausstellungen fragen danach, ob der »Schwabinger Kunstfund« NS-Raubkunst ist oder nicht

Kaum ein Kunstfund hat für so viel Furore gesorgt wie die 2012 entdeckte Sammlung von Cornelius Gurlitt. Der Sohn eines Kunsthändlers in der NS-Zeit hielt jahrzehntelang bedeutende Gemälde in seiner Münchener Wohnung verborgen. In „Bestandsaufnahme Gurlitt“ haben sich zwei Ausstellungen in Bonn und Bern der oft strittigen Herkunftsfrage der Werke gewidmet.

Das Geheimnis, warum Cornelius Gurlitt seine Sammlung ausgerechnet der Stiftung Kunstmuseum Bern vermachte, nahm er 2014 mit ins Grab. Die Berner griffen zu und trafen mit der Bundesrepublik Deutschland sowie dem Freistaat Bayern Vereinbarungen über den Umgang mit dem Erbe. Zu ihnen gehören Ausstellungen im Kunstmuseum Bern und der Bundeskunsthalle Bonn.

Die Sammlung Gurlitt, die Cornelius von seinem Vater Hildebrand erbte, gilt als heikel, denn sie steht unter dem Verdacht, mit NS-Raubkunst durchsetzt zu sein. In die Schlagzeilen geriet sie als unermesslich wertvoller „Nazischatz“, den die nach Hinweisen auf Steuerhinterziehung suchende bayerische Staatsanwaltschaft in Gurlitts Schwabinger Wohnung entdeckte. Die unrechtmäßige Beschlagnahme musste die Staatsanwaltschaft aufheben. Aber Gurlitt fühlte sich veranlasst, mit dem Bund und Bayern Vereinbarungen über den Umgang mit seinem Eigentum zu treffen. Er willigte ein, dass die Provenienz, also die Herkunft der Werke untersucht und möglicherweise nachgewiesene NS-Raubkunst den rechtmäßigen Besitzern oder Rechtsnachfolgern restituiert wird. Diese Vereinbarungen erneuerte das Kunstmuseum Bern mit dem Bund und Bayern.

Was ist „NS-Raubkunst“? Der „Washingtoner Erklärung“ von 1998 zufolge handelt es sich um im Deutschen Reich und den besetzten Gebieten „NS-verfolgungsbedingt entzogene Werke“. Die bundesdeutsche Gesetzgebung forderte von den Betroffenen oder deren Erben, dass sie selbst die Initiative ergreifen mussten, um geraubtes Eigentum zurückerstattet zu bekommen. Annahmeschluss der Anträge war der 31. Dezember 1969. Aber seit dem Beitritt der Bundesrepublik zur „Washingtoner Erklärung“ steht die Restitution der NS-Raubkunst wieder auf der Tagesordnung. Nun müssen die deutschen Museen in öffentlicher Trägerschaft selbst aktiv werden und ihre Bestände auf entsprechende Werke prüfen. In Fällen von Raubkunst sollen sie mit den rechtmäßigen Besitzern eine für beide Seiten faire und gerechte Lösung anstreben. Cornelius Gurlitt war der erste Privatsammler, der sich diesen Regelungen anschloss.

Zunächst untersuchte die Arbeitsgruppe „Schwabinger Kunstfund“ die Werke, abgelöst von der beim Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste angesiedelten Projektgruppe „Provenienzrecherche Gurlitt“. Die Forscher wiesen in dem 1566 Positionen umfassenden Kunstbesitz bislang sechs Fälle von Raubkunst nach. Zwei davon zeigt die Bundeskunsthalle: Thomas Coutures Gemälde „Porträt einer jungen Frau“ (1850–1855) gehörte dem Politiker Georges Mandel, den die französische Miliz wohl im Auftrag der deutschen Besatzer 1944 ermordete. Adolph von Menzels Bleistiftzeichnung „Inneres einer gotischen Kirche“ (1875) erwarb Gurlitt 1938 von Elsa Helene Cohen, die als Jüdin Geld für ihre Ausreise aus Deutschland brauchte.



Ungeklärte Herkunft: Auch Albrecht Dürers Druckgrafik „Der Reuter“ (Ritter, Tod und Teufel) befand sich im Gurlitt-Nachlass

In Bonn sind 250 weitere Kunstwerke zu sehen. Unter vielen steht: „Provenienz in Abklärung“, meistens auch „aktuell kein Raubkunstverdacht“. Sie bieten einen Querschnitt durch den von Hildebrand Gurlitt zusammengetragenen Kunstbesitz. Neben den Nachlässen seines Großvaters und seiner Schwester, die künstlerisch tätig waren, handelt es sich um das Sortiment eines Händlers. Es reicht von christlicher Kunst wie dem Gemälde „Das Christuskind mit dem Johannesknaben“ aus der Werkstatt Lucas Cranachs des Jüngeren, Mythologischem wie Albrecht Dürers Kupferstich „Herkules am Scheideweg“ (um 1498) über Stillleben, Marinestücke, japanische Farbholzschnitte und französischen Impressionismus bis hin zu Blättern Ernst Barlachs und Max Beckmanns.

Überdies steht der berufliche Werdegang des 1895 in Dresden geborenen Hildebrand Gurlitt im Blickpunkt. Er hegte eine Vorliebe für den Expressionismus. Als Museumsdirektor in Zwickau förderte er moderne Künstler, was ihn 1930 die Anstellung kostete. Auch als Leiter des Hamburger Kunstvereins scheiterte er mit seinem avantgardistischen Ausstellungsprogramm und trat 1933 zurück. Zwei Jahre später gründete er einen Kunsthandel. Da er eine jüdische Großmutter hatte, überschrieb er das Geschäft sicherheitshalber seiner Frau.

Gurlitt bot sich 1938 dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda als Verwerter der in den deutschen Museen beschlagnahmten „Entartete Kunst“ an. Seit 1941 war er als Kunsthändler im besetzten Frankreich tätig und stieg zum wichtigsten Einkäufer für das von Hitler in Linz geplante „Führermuseum“ auf. Ab 1948 leitete er den Düsseldorfer Kunstverein. Hildebrand Gurlitt starb 1956 an den Folgen eines Verkehrsunfalls.



Claude Monets „Waterloo Bridge“ bekam Gurlitt geschenkt

Das Projekt „Provenienzrecherche Gurlitt“ endet am 31. Dezember. Doch für Hunderte „verdächtiger“ Werke sind bereits Forschungsaufträge vergeben. Erst Ende des Jahres 2020 steht endgültig fest, was Bern bekommt und was der Bund als NS-Raubkunst mit dem Versprechen der Rückerstattung an Anspruchsberechtigte behält. Sicheres Berner Erbe sind die Nachlässe von Heinrich Louis und Cornelia Gurlitt sowie die „Entartete Kunst“. Die Beschlagnahmung, der Verkauf und Besitz „Entarteter Kunst“ gilt nämlich bis heute formaljuristisch als „sauber“, weil der Staat Eigentümer der Kunstwerke war und diese daher auch verkaufen konnte.

Die überwiegend aus Arbeiten auf Papier bestehende Sammlung „Entarteter Kunst“ ist der qualitätvollste Teil des Erbes. Das Kunstmuseum Bern stellte bis 4. März 150 dieser Werke aus. Etwa Ernst Ludwig Kirchners Holzschnitt „Akt mit schwarzem Hut“ (1912), den das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda aus der Württembergischen Staatsgalerie Stuttgart beschlagnahmte. Franz Marcs Aquarell „Pferde in Landschaft“ (1911) waren in Halle an der Saale beheimatet. Die von George Grosz aquarellierten „Berliner Typen“ (o.J.) wurden aus dem Stadtmuseum Ulm „entfernt“. Bislang unbekannt ist, wie das von Otto Dix gemalte „Selbstporträt, rauchend“ (o.J.) in den Besitz Gurlitts gelangte. Die Provenienz ist in Abklärung, aktuell besteht kein Raubkunstverdacht. *Veit-Mario Thiede*

Die Ausstellung „Bestandsaufnahme Gurlitt. Der NS-Kunstraub und die Folgen“ ist nur noch bis zum 11. März in der Bundeskunsthalle Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 4, zu sehen. Geöffnet: Dienstag, Mittwoch 10 bis 21 Uhr, Donnerstag bis Sonntag 10 bis 19 Uhr, Eintritt: 6 Euro, Telefon (0228) 9171243, Internet: www.bundeskunsthalle.de. Der Katalog aus dem Hirmer Verlag kostet 29,90 Euro.

In Cinderellas Schatten

Ein Filmjuwel aus den USA – »Florida Project« im Lande Disneys

Das Hollywood-Kino zeigt uns stets nur die Hochglanzseiten der USA. Laut dieser Filmpropaganda scheinen alle den Aufstieg vom Tellerwäscher zum Millionär längst geschafft zu haben. Dabei gibt es noch unzählige Tellerwäscher, für die der amerikanische Traum nur ein lebenslanger Traum bleibt. Diese täglich anwachsende Masse sozial Abgehängter hat Donald Trump mit ins Amt gewählt. Doch diese Tatsache blendet Hollywood meist aus.

Mit „The Florida Project“ startet am 15. März ein bemerkenswerter Film in den Kinos, der die Schattenseiten der US-Kultur auf geniale Weise vorstellt. Er spielt quasi im Schatten von Cinderellas im Vergnügungspark von Disney World gelegenem Märchenschloss in Orlando/Florida. Und das Schöne: Der Kontrast zwischen Arm und Reich, zwischen Märchen und Realität kommt ohne moralische Anklage aus.

Das liegt auch daran, dass der Film von Regisseur und Autor Sean Baker konsequent aus der Perspektive von Kindern gedreht ist, für die auch ein entbehrungsreiches Leben aus voller Abenteuern besteht. Zentrum des Geschehens ist ein billiges, rosa angemaltes Motel, in dem die sechsjährige Moonee mit ihrer jungen Mutter lebt. Solche schäbigen Absteigen sind die Heimat von immer mehr US-Amerikanern, die sich eine normale Mietwohnung nicht mehr leisten können.

Auch Moonees alleinerziehende Mutter Halley zählt zu diesen „heimlichen Obdachlosen“ und muss jederzeit damit rechnen, mit ihrer Tochter auf der Straße zu landen, wenn sie das Motelzimmer nicht mehr bezahlen kann. Wie sie zu Geld kommt, erfährt man indirekt aus Kinderblick.



Voller Lebensfreude: Moonee und ihre Mutter Bild: Prokino

Wenn die Mutter ihr Kind im Bad alleinlässt und dort plötzlich ein fremder Mann auftaucht, so hatte sie offenbar durch Prostitution gerade etwas hinzuverdient.

Für die rotzfreche Moonee und ihre Freunde ist die Motelanlage ein einziger Abenteuerspielplatz. Väterlicher Halt ist dabei Willem Dafoe als Hotelmanager Bobby. Als einziger Schauspielstar in diesem Film ist er aber auch eine Stütze für die Schar an Laiendarstellern, denen er sich so völlig uneitel unterordnet, was ihm eine Oscar-Nominierung als bestem Nebendarsteller eingebracht hat.

Wahrer Star dieses Films ist aber die junge Brooklynn Prince, die als enthemmte Moonee gänzlich spontan redet und spielt. Regisseur Baker lässt die auf Augenhöhe des Mädchens angebrachte Kamera einfach mitlaufen und nimmt sich mit langen Einstellungen viel Zeit, um die Sehnsüchte des Kindes zu verfolgen. Am Ende reißt es zu Cinderellas Schloss nach Disney World aus. In diesem wunderbaren Filmjuwel aus den USA erfüllt sich wenigstens auf diese Weise ein amerikanischer Traum. *Harald Tews*

Dorn im Auge

Ein Vorbild und Feindbild: Frank Wedekind

Kurz nachdem der Dramatiker Frank Wedekind am 9. März 1918 im Alter von 53 Jahren nach einer erfolglosen Blinddarmoperation gestorben war, erschien ein hymnischer Nachruf in den „Augsburger Neuesten Nachrichten“: „Bevor ich nicht gesehen habe, wie man ihn begräbt, kann ich seinen Tod nicht fassen. Er gehört mit Tolstoi und Strindberg zu den großen Erziehern des neuen Europa. Sein größtes Werk war seine Persönlichkeit.“

Der das schrieb, empfand sich als Geistesverwandter von Wedekind. Es war der damals erst 20-jährige Bertolt Brecht, dessen Werk später ebenfalls durch dessen Persönlichkeit überhöht wurde. Tatsächlich war Wedekind ein Vorbild für eine neue Dramatikergeneration, die sich vom damals auf den Bühnen herrschenden Naturalismus absetzen wollte. Wedekind gelang dies durch provokante Stücke wie „Frühlings Erwachen“ über die Pubertätsnöten von Schülern oder seine beiden „Lulu“-Dramen „Erdgeist“ und „Die Büchse der Pandora“ über die sexuelle Doppelmoral im Wilhelminismus.

Der Dramatiker starb vor 100 Jahren

Für den Kaiser war der sittenlose Freigeist, der mit seinen sexuell freimütigen Werken ständig gegen die Zensur verstieß, ohnehin ein Dorn im Auge. Als der Autor in der Satirezeitschrift „Simplicissimus“ mit dem Gedicht „Im heiligen Land“ über die Palästinareise von Wilhelm II. im Jahr 1898 gelästert hatte, verbrachte er zur Strafe die Jahrhundertwende wegen Majestätsbeleidigung auf der Festung Königstein. Kaum entlassen schuf er mit „Der Marquis von Keith“ ein Drama über einen Hochstapler, der in der damals als dekadent empfundenen bürgerlichen Gesellschaft die Moral auf den Kopf stellt.

Diese Dramen machten den aus Hannover stammenden Wedekind, den sein aus den USA heimgewanderter Vater nach Benjamin Franklin benannt hatte und dessen Großvater mütterlicherseits der Streichholzerfinder Friedrich Kammerer war, zum populärsten Dramatiker der Vorkriegszeit. Der Komponist Alban Berg schuf aus Wedekinds Figur der Prostituierten Lulu seine bekannte, unvollendete Oper „Lulu“. Noch heute finden sich diese Dramen im Repertoire vieler Theater. Legendär wurde 1988 eine „Lulu“-Aufführung im Hamburger Schauspielhaus, als Regisseur Peter Zadek die Schauspielerin Susanne Lothar fast die ganze Zeit splitterfasernackt auf der Bühne agieren ließ (siehe *PAZ* vom 19. Juli 2014). Wedekind wird uns wohl noch lange beschäftigen. *H. Tews*

MELDUNGEN

Ford bekommt Lenz-Preis

Hamburg – Der US-Autor Richard Ford erhält den mit 50 000 Euro dotierten Siegfried-Lenz-Preis. Der 74-jährige Autor des Romans „Unabhängigkeitstag“ ist nach dem Israeli Amos Oz und dem Briten Julian Barnes der dritte Preisträger. Der alle zwei Jahre vergebene Preis, der an den ostpreußischen Autor Lenz erinnern soll, wird am 28. September im Hamburger Rathaus verliehen. *tws*

Bach und Luther im Berliner Dom

Berlin – Mit „Luther, Bach – und die Juden“ startet am 8. März eine Ausstellung des Bachhauses Eisenach im Kaiserflur des Berliner Doms. Die bis 1. Mai laufende Schau geht der Frage nach, inwiefern sich Luthers antisemitische Schriften auf Bachs Passionsmusiken ausgewirkt haben. *tws*

Marcks denkt bei Kollwitz

Köln – Mit „Der Bildhauer denkt! Von der Zeichnung zur Plastik“ sind bis 3. Juni im Käthe-Kollwitz-Museum Werke des Berliners Gerhard Marcks (1889–1981) zu sehen. www.kollwitz.de *tws*

Jubelnde »Heimkehr« ins Reich

Adolf Hitlers Einmarsch wurde in Österreich als Tag der Befreiung gefeiert

Eine merkwürdige Diskussion wabert durch das Internet. Merkwürdig, weil sie vornehmlich in Foren geführt wird, die vor allem jüngere Menschen nutzen, auf „Youtube" oder „Facebook". Die heftig diskutierte Frage lautet: „Sind Österreicher Deutsche?" Es ist die Neuauflage einer alten Frage. Und wie so vieles, ist sie belastet durch die jüngere Vergangenheit. Vor 80 Jahren, am 13. März 1938, vollzog die nationalsozialistische Regierung in Wien den Anschluss an das Deutsche Reich. Damals jubelte die Mehrheit des Volkes.

Als Adolf Hitler am Tag zuvor die Grenze bei seiner Geburtsstadt Braunau überschritten hatte, läuteten die Glocken. Vom Balkon des Rathauses in Linz erklärte er, es sei sein Auftrag, seine Heimat dem Reich wiederzugeben. Bereits 1924/25 hatte er in „Mein Kampf" geschrieben: „Deutschösterreich muß wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande." Er selbst hatte 1925 seine österreichische Staatsbürgerschaft abgelegt und war erst 1932 mit 43 Jahren Reichsbürger geworden.

Vom Balkon der Hofburg verkündete Hitler am 15. März 1938 „den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich". 250000 Menschen jubelten ihm begeistert bis hysterisch zu. Die Größe des Jubelchores ist nicht belegt und wurde seit Ende des Krieges häufig bestritten, gilt aber überwiegend als genau geschätzt. Und so fand Hitler auch viel Zustimmung, als er Österreich die „älteste Ostmark des Deutschen Volkes" und „jüngstes Bollwerk der Deutschen Nation" nannte. Bei der Parade auf der Ringstraße marschierten neben Soldaten der 8. Armee auch Einheiten der SA und der SS. Panzer rollten und Jagdflugzeuge wurden der feiernden Menge vorgeführt.

Die Menschen jubelten, als habe es die Vorgeschichte von Druck und Gewalt nicht gegeben. Noch 1937 hatte Hitler auch eine militärische Aktion gegen Österreich ins Kalkül gezogen. Gleichzeitig hoffte er auf eine Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Österreich. Der Druck auf Wien wuchs. Im Februar 1938 besuchte der österreichische „Bundeskanzler und Frontführer" Kurt Schuschnigg Hitler auf dem Berghof bei Berchtesgaden. Hitler wusste, zu welchen Zugeständnissen die



Auf dem Balkon der Wiener Hofburg: Adolf Hitler verkündet „den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich" Bild: pa

österreichische Regierung bereit sein würde, um die Eigenstaatlichkeit des Landes zu sichern. Er stellte seine Forderungen ultimativ. An der Mittagstafel speisten auch die Generäle, die den angedrohten Einmarsch in Österreich kommandieren sollten. Dermaßen unter Druck gesetzt, willigte Schuschnigg in Hitlers Forderungen ein. Dazu gehörte die Aufhebung des Parteiverbots für Nationalsozialisten in Österreich und deren Aufnahme in die Regierung. Arthur Seyß-Inquart wurde als Innenminister eingesetzt. Schuschnigg glaubte, damit die Eigenstaatlichkeit Österreichs erkauft zu haben, musste aber bald feststellen, dass er nur das Ende seiner Regierung beschleunigt hatte. Dazu trug auch die Erklärung der Briten bei, dass die Ansprüche des Deutschen Reiches an Österreich prinzipiell berechtigt seien.

Kurt Schuschnigg beschwor seine Landsleute im Radio: „Bis in den Tod! Rot-Weiß-Rot! Österreich!" Er plante eine Volksabstimmung über „ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, ein christliches und einiges Österreich". Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sollten geschlossen zur Abstimmung marschieren, die Wahlzettel offen ihren Vorgesetzten übergeben. Auf den Wahlzetteln sollte nur „Ja" stehen. Zur Auszählung war ausschließlich die „Vaterländische Front" vorgesehen. Das Kabinett war zuvor nicht befragt worden. Damit verstieß die Volksabstimmung, wie die nationalsozialistischen Mitglieder feststellten, gegen die Verfassung. Hitler befahl die Mobilmachung. Am 11. März übermittelte Hermann Göring Hitlers Forderungen: Rücktritt Schuschniggs, Einsetzung von Seiß-Inquart als Bundeskanzler. Nationalsozialisten besetzten gewaltsam das Kanzleramt. Mit den Worten „Gott schütze Österreich" trat Schuschnigg zurück. Das Bundesheer wurde angewiesen, keinen Widerstadt gegen einen Einmarsch der Wehrmacht zu leisten.

Als am 12. März 1938 reichsdeutsche Soldaten und Polizisten, insgesamt 65000 Mann, die Grenze überschritten, da begrüßten sie Hakenkreuzfahnen an den öffentlichen Gebäuden. Überall bereitete die Bevölkerung einen begeisterten Empfang. Hitler wurde in einer Proklamation als Befreier gefeiert, der den notleidenden Brüdern zur Hilfe gekommen sei. Das entsprach durchaus der allgemeinen Stimmung.

Als offizieller Tag des Anschlusses galt der 13. März 1938. An jenem Tag unterzeichneten Hitler und Seiß-Inquart in Linz das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich". Damit war die Alpenrepublik Teil des Deutschen Reiches. Als österreichische Landesregierung blieb die Bundesregierung unter Seiß-Inquart weiter im Amt. Mit der Feierlaune war es für viele allerdings bald vorbei. Innerhalb weniger Tage wurden 70000 Kritiker des Regimes inhaftiert, unter ihnen auch Schuschnigg.

Jetzt war es Hitler, der eine Volksbefragung inszenierte. Am 10. April wurde den Menschen im alten Reichsgebiet und in Österreich diese Frage vorgelegt: „Bist Du mit der am 13. März 1938 vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?" Die Vorbereitung der Abstimmung wurde von einer gewaltigen Propaganda begleitet. Viele Wähler machten ihr Kreuz vor den Augen der Wahlhelfer, um nicht in den Verdacht der Gegnerschaft zu geraten. Und so konnte als Ergebnis der Abstimmung gemeldet werden: Wahlbeteiligung in Österreich 99,71 Prozent, Zustimmung 99,73 Prozent; Wahlbeteiligung im Altreich 99,59 Prozent, Zustimmung 99,08 Prozent. Unter Historikern wird darüber gestritten, ob das Ergebnis bei einer vollkommen freien Wahl anders ausgesehen hätte. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass das Ergebnis nicht wesentlich von den genannten Zahlen abgewichen wäre. In jedem Fall aber hätte es eine deutliche Mehrheit für den Anschluss gegeben.

Nur heimlich wurde Kritik an der Regierung Seiß-Inquart geübt mit diesem Spottvers: „Scheiß in Quart, scheiß in Quint, beschissen sind wir vorn und hint".

Klaus J. Groth

Von ihrer ersten Reise kehrte sie nie zurück

Als letzte Meldung bestätigte die »Admiral Karpfanger« vor 80 Jahren den Empfang eines Funkspruchs

Die Reederei HAPAG erwarb Ende der 30er Jahre den Großsegler „L'Avenir" (Die Zukunft), damit der seemännische Nachwuchs wieder auf einem Segelschulschiff ausgebildet werden konnte. Nach gründlicher Überholung bei der Hamburger Werft Blohm & Voss und Einbau einer modernen Funkanlage wurde die „Admiral Karpfanger" im September 1937 auf große Fahrt geschickt. Der neue Name erinnerte an einen erfolgreichen Flottenführer, der im 17. Jahrhundert die Hamburger Kauffahrteischiffe gegen Piratenangriffe schützte.

Das Schiff sollte auf seiner ersten Fahrt von Hamburg unter Ballast nach Australien segeln, um von dort mit einer Ladung Weizen zurückzukehren. Schon auf dem Hinweg musste die „Admiral Karpfanger" mit widrigen Winden kämpfen, und die beiden Dieselmotoren arbeiteten sehr unzuverlässig, sodass regelmäßig die Kühlanlage für den Proviant ausfiel oder das elektrische Licht nicht funktionierte. Auch die Positionsmeldungen an die Reederei konnten dadurch nicht zuverlässig gefunkt werden. Nach Umrundung des Kaps der Guten Hoffnung und der Durchquerung des Indischen Ozeans erreichte der Segler Anfang Januar 1938 sein Ziel Australien und wurde im Hafen von Port Germein mit



Als „L'Avenir" vor der Umbenennung durch die HAPAG: Das bei der Rickmers Reismühlen, Rhederei und Schiffbau Aktiengesellschaft 1908 vom Stapel gelaufene spätere Segelschulschiff „Admiral Karpfanger"

Bild: Allan C. Green

3500 Tonnen Weizen beladen. Während der Liegezeit wurden die Motoren repariert, aber es kam weiterhin zu Störungen.

Am 8. Februar 1938 begann die „Admiral Karpfanger" die Heimreise. Ihr Kapitän hatte sich entschieden, die Route um Tasmanien und Kap Horn herum zu nehmen, um die zu dieser Jahreszeit günstigen Winde auszunutzen. Bei der Ankunft in Hamburg wäre das Schiff dann einmal rund um die Welt gesegelt. Am 11. und am 21. Februar kam es zu einem schwachen Funkkontakt, außerdem wurden noch Telegramme für die Schiffsleitung quittiert. Am 1. März wurde als Positionsmeldung „200 Seemeilen südlich von Neuseeland" gefunkt und dass an Bord alles in Ordnung sei. Am 12. März erfolgte dann die letzte Bestätigung eines Telegramms. Die am 16. März fällige Positionsmeldung blieb aus und seitdem schwieg die Sendestation.

Da die Probleme mit den Motoren bekannt waren, bestand die Hoffnung, dass das Schiff auch ohne weiteren Funkkontakt im Frühsommer wieder sicher in den Heimathafen einlief, aber die „Admiral Karpfanger" blieb weiterhin verschollen. Am 1. Juli sendet die HAPAG eine Anfrage an alle Schiffe und auch an die Lufthansa, überall nach der „Admiral Karpfanger" Ausschau zu halten. Hatte sich die Besatzung vielleicht retten können und harrte auf einer einsamen Insel aus? Eine große Suchaktion begann in der Region von Kap Horn. Dort wurden tatsächlich einige kleine Wrackteile gefunden, die dem Schiff zugeordnet werden konnten.

Am 21. September 1938 erklärte Lloyds das Schiff als verschollen. Bei der Seeamtsverhandlung Anfang 1939 wurde als Ursache für den Untergang eine Kollision mit einem Eisberg oder ein schwerer Sturm vermutet. 60 Seeleute, darunter 44 junge Kadetten, fanden den Seemannstod. Als Untergangstag wurde der 12. März 1938 festgelegt. Seitdem ist die „Admiral Karpfanger" mit unbekanntem Schicksal von den Weltmeeren verschwunden.

Britta Heitmann

Mehr Todesopfer als der Erste Weltkrieg

Vor 100 Jahren brach die Spanische Grippe aus – Die Zahl der an ihr Verstorbenen wird auf 25 bis 100 Millionen geschätzt

Zwischen 1918 und 1920 wütete die größte Seuche der Geschichte. Die Schätzungen der Opferzahl schwanken sehr, weil die Pandemie selbst entlegene Regionen wie die Samoainseln in der Südsee und den Norden Kanadas erreichte und viele der betroffenen Länder keine Statistiken dazu geführt haben.

In den Städten kam das öffentliche Leben zum Erliegen. Schulen und Schauspielhäuser schlossen. Versammlungen wurden untersagt. Die Vereinigten Staaten von Amerika machten das Tragen von Gesichtsmasken zur Pflicht. Husten und Niesen im Freien bedrohten die US-Behörden mit Strafe. 80 Prozent der US-amerikanischen Verluste im Ersten Weltkrieg gingen auf die Pandemie zurück. Auf der anderen Seite der Front grassierte die Seuche ebenfalls. Dort hieß sie allerdings nicht „three-day fever“ (Drei-Tage-Fieber) wie bei den US-Amerikanern oder „flandrische Grippe“ wie bei den Briten oder „la grippe“ und „bronchite purulente“ (eitrige Bronchitis) wie bei den Franzosen, sondern „Blitzkatarrh“ und „Flandern-Fieber“. Im damals neutralen Spanien lautete die Bezeichnung „gripe“. Der Begriff „Spanische Grippe“ hat sich mittlerweile durchgesetzt. Dabei war das iberische Königreich gar nicht der Ausgangspunkt. Die Namensgebung rührt vermutlich daher, dass wegen der Neutralität des Landes die Zensur vergleichsweise liberal war und spanische Behörden als erste und einzige umfangreiche Berichte zur Epidemie veröffentlicht haben, während die kriegführenden Staaten zumindest über die Verluste unter ihren Kombattanten lieber schwiegen. Ein weiterer Grund mag sein, dass der damalige spanische König zu den berühmtesten Befallenen der Krankheit zählte.

Der Ausbruch war meist kurz und heftig. Fieberschübe kündigten das Unheil an. Schüttelfrost, starke Schmerzen an Kopf und Gliedern sowie Reizhusten folgten, oft begleitet von Blutungen der Nase oder der Lunge. Etliche Patienten starben binnen Stunden. Oft verfärbte sich die Haut bläulich bis schwarz, ein Zeichen von Mangel an Sauerstoff. Deshalb sprach man auf US-amerikanischer Seite auch vom „purple death“ (violetten, lilanen Tod). Wer überlebte, kränkelte mitunter lebenslang an den Folgen.

Ein derart akutes Krankheitsbild zählt bei heute bekannten Formen der Grippe zu den seltenen Ausnahmen. Besonders ungewöhnlich war die vermehrte Anfälligkeit von Personen zwischen 20 und 40 Jahren, also Menschen in den besten Jahren, wie man so schön sagt. In dieser Altersgruppe, die eigentlich für ihre Widerstandsfähigkeit bekannt ist, starben anteilig fast doppelt so viele Patienten wie bei denen über 60. Wilfried Witte von der Charité in Berlin formulierte es wie folgt: „Rätselhaft an der Spanischen Grippe ist bis heute, dass sie unverhältnismäßig viele junge und gut ernährte Menschen traf.“ Für gewöhnlich ereile die Krankheit vor allem ältere Leute und Kinder.

Eine weitere Auffälligkeit der Krankheit war, dass kein Seuchenherd zu ermitteln war. So zeigten europäische und amerikanische Zählungen für den November 1918 in Berlin, Paris, London und Neu York denselben Anstieg von Todesfällen, obwohl diese Städte bis zu Tausende von Kilometern auseinander liegen.

Drei Wellen im Frühjahr und im Herbst 1918 sowie im ersten Quartal des Jahres 1919 überrollten jeweils innerhalb weniger Wochen den Erdkreis bis in die fernsten Winkel. Dabei ließ der Stand der damaligen Verkehrstechnik eine derart rasche Ausbreitung nicht zu. Es gab noch keine Fluglinien. Bei einer Ansteckung von Mensch zu Mensch hätten die Übertragungen erheblich länger dauern müssen.



Die USA waren möglicherweise der Ausgangspunkt der Pandemie und ihre Soldaten jene, welche die Krankheitserreger in die Welt hinaustrugen: Notfallkrankenhaus für an der Spanischen Grippe Erkrankte im Camp Funston der Militärbasis Fort Riley in Kansas

Bild: pa

Es ist nicht einmal sicher, dass es eine Grippe war. Zunächst hielt man den Pfeifferschen Influenza-Bazillus für den Auslöser. Dann schoben Amerikaner dem Kriegsgegner Deutschland die Schuld am Massensterben in die Schuhe. US-amerikanische Medien verbreiteten das Gerücht, die Deutschen hätten verseuchte Lebensmittel in Umlauf gesetzt.

Viren als Erreger der Influenza waren damals noch unbekannt. Erst die Erfindung des Elektronenmikroskops rund eineinhalb Jahrzehnte später durch den Heidelberger Elektroingenieur Ernst Ruska ermöglichte deren Entdeckung. Die Forschung brauchte jedoch noch bis 1950, bis die winzigen Erreger auf Gewebekulturen im Labor planmäßig untersucht werden konnten. Dabei entsannen sich die Mediziner des großen Einbruchs von 1918 und nahmen die Spur des rätselhaften Unheilbringers wieder auf.

Unter dem Decknahmen „Unternehmen George“ ließen Ärzte mutmaßliche Opfer der Seuche ausgraben, die man seinerzeit im dauerhaft gefrorenen Boden im Umkreis der Arktis bestattet hatte. Dabei hofften sie, noch erhaltene Viren zu finden. Aber es ließen sich nur Bruchstücke dingfest machen. Aus Rekonstruktionen leitete die Medizin die Vermutung her, das Virus sei ein Abkömmling der Gruppe A/H1N1 gewesen.

Doch damit war wenig gewonnen, weil Viren sich oft und schnell verändern. Vor allem blieb die Frage offen, wie der Erreger fast gleichzeitig in allen Erdteilen auftreten konnte. Laut dem australischen Medizin-Nobelpreisträger Frank Macfarlane Burnet ist die Krankheit in den USA ausgebrochen und dann von GI in die Welt hinausgetragen worden. Eine etwas gewagtere These vertrat der 2001 verstorbene britische Astrophysiker Fred Hoyle. Ihm zufolge ist ein außerirdischer Keim die Ursache der Spanischen Grippe gewesen. Ein Komet hätte ihn aus der Tiefe des Weltraums eingeschleppt. Bei Raumkälte von Null Kelvin, sprich -273 Grad Celsius, seien Viren imstande, auf den wandernden Himmelskörpern unbegrenzt zu überdauern, so Hoyle. In der Nähe der Sonne taue die Strahlung äußere Schichten von Kometen auf und trage Teile der Oberfläche ab. Dadurch entstehe der berühmte Schweif, der mitunter zu beobachten ist. Bei ihrer jährlichen Bahn um die Sonne durchquere die Erde nun gelegentlich solche Wolken, die ein Komet hinterlassen habe und Krankheitserreger im Sternenstaub könnten dabei allseitig in die Lufthülle einsickern, während sich die Erde um sich selbst drehe.

Zur Untermauerung seiner Theorie verwies Hoyle auf vorangegangene Ausbrüche von Seuchen, die mit Sichtungen von Kometen zusammengefallen sein. Das erkläre auch, warum die geschweiften Vagabunden des Weltraums bei den Menschen seit je her im Ruch stünden, Künder von Unheil und Pest zu sein.

Volker Wittmann/PAZ

Die Zäsur war schon 1871, nicht erst 1933 oder 1939

Die Reichsgründung und nicht der Nationalsozialismus ließ im Angelsächsischen den Wunsch aufkommen, die Deutschen zu vernichten

Trotz anderslautender Beteuerungen aus Großbritannien und den USA wurden dort vom Ende des 19. bis hin zur Mitte des 20. Jahrhunderts wiederholt Vernichtungsfantasien entwickelt, die das deutsche Volk betrafen. Diese entsprangen in der Regel nicht den Köpfen von Außenseitern, sondern dem Denken durchaus einflussreicher Persönlichkeiten.

Solange Deutschland territorial zersplittert und wirtschaftlich nicht sonderlich stark war, wurde es von den europäischen Mächten eher mit Herablassung betrachtet. Das änderte sich nach der Reichseinigung 1871. Nun kamen Stimmen auf, die der deutschen Nation Verderben und Tod wünschten. So verkündete Papst Pius IX. am 18. Januar 1874 vor Tausenden Pilgern aus aller Welt, er hoffe, der deutschen „Selbsterhöhung“ werde „eine Erniedrigung folgen, wie noch kein Volk sie hat kosten müssen“.

> Der wirtschaftliche Siegeszug des geeinten Deutschland drohte die globale Vorherrschaft Großbritanniens zu gefährden

Wenig später stießen dann die Briten in das gleiche Horn, wobei deren Motive aber anders lagen als beim Papst, dessen Zorn vor allem aus dem antikatholischen Kurs des preußischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck während des sogenannten Kulturkampfes resultierte. Im Empire reagierte man eher auf den wirtschaftlichen Siegeszug Deutschlands, der die globale Vorherrschaft Großbritanniens zu gefährden drohte. Die Folge waren ebenfalls Vernichtungsfantasien, wie sie insbesondere in der Londoner Wochenzeitung „The Saturday Review“ verbreitet wurden. Beispielsweise veröffentlichte das Blatt am 1. Februar 1896 einen Artikel aus der Feder des Oxforder Gelehrten Peter Chalmers Mitchell, in dem stand: „Wäre morgen jeder Deutsche beseitigt, es gäbe kein englisches Geschäft, das nicht sofort wüchse ... Machet euch fertig zum Kampf mit Deutschland, denn Germania est delenda (Deutschland muss zerstört werden).“ Das ist auch das Credo des Vansittartismus, der die britische Außenpolitik während der 1930er Jahre prägte und auf den langjährigen Unterstaatssekretär im Londoner Außenministerium Robert Gilbert Vansittart zurückgeht.

Letzterer verlor zwar schließlich infolge der Verständigungspolitik Neville Chamberlains, der sogenannten Appeasement-Politik, an Einfluss, dafür schwappten seine Ideen um 1937 nach Amerika über, wo sie nicht zuletzt das Denken des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt beeinflussten, der ohnehin schon seit Längerem Hass gegenüber der „grässlichen“ deutschen Nation empfand. Ausdruck der Adaption und Weiterentwicklung des Vansittartismus in den USA war das gut 100 Seiten lange Traktat des jüdischen Unternehmers Theodore Newman Kaufman mit dem Titel „Germany must perish!“ (Deutschland muss zugrunde gehen!), das im Februar 1941 erschien. In dessen Schlusskapitel „Death to Germany“ (Tod für Deutschland) hieß es zynisch: „Deutschland hat den Krieg verloren. Es fleht um Frieden. Das Gebot der Stunde für die Sieger ist, dass es für alle Zeiten von der Bildfläche verschwinden muss. Deshalb ist es für alle betroffenen Staatsmänner zwingend, die Massensterilisation als das einzige Mittel zu wählen, um die Deutschen nachhaltig auszurotten ... Durch Sterilisation verliert der Deutsche seine Möglichkeit sich fortzupflanzen, dadurch verkümmert der deutsche Wille, sodass die deutsche Macht zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt.“

Kaufmans Buch wurde am 24. März 1941 im New Yorker „Time Magazine“ vorgestellt und später unter anderem noch in der von dem deutschen Emigranten Klaus Mann herausgegebenen Zeitschrift „Decision“ sowie dem „Canadian Jewish Chronicle“ rezensiert. Es inspirierte möglicherweise auch den US-Finanzminister Henry Morgenthau. Der jüdische Roosevelt-Vertraute forderte am 2. September 1944 die umfassende Demilitarisierung, Zerstückelung und Entindustrialisierung Deutschlands, nicht zuletzt um den Verbündeten Großbritannien von seinem stärksten wirtschaftlichen Konkurrenten in Europa zu befreien. Die anvisierte Verwandlung des hochentwickelten Deutschen Reiches „in ein Land mit vorwiegend agrarischem und ländlichem Charakter“ hätte gleichfalls gravierende Auswirkungen auf dessen Bevölkerung gehabt: Morgenthau ging davon aus, dass die Zahl der Deutschen so um über 50 Millionen schrumpfen würde – wohin all die Menschen verschwinden sollten, verschwieg der Finanzexperte dabei tunlichst. Allerdings scheiterte sein Plan, nachdem er durch eine gezielte Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangt war. Denn er löste derartig heftige negative Reaktionen in den USA aus, dass Roosevelt – der auch für eine harte Gangart gegenüber Deutschland plädierte – sich davon distanzieren musste, um seine dritte Wiederwahl im November 1944 nicht zu gefährden.

Dahingegen sorgten zwei andere Zukunftsvisionen für keine Proteste und gelangten – das zeigen die gegenwärtigen Verhältnisse in der Bundesrepublik sehr deutlich – auf mehr oder weniger leisen Sohlen zur Realisierung. Die erstere entwickelte der jüdische Anwalt Louis Nizer, der ebenfalls zum engeren Zirkel um Roosevelt gehörte, in dem 1944 erschienenen Buch „What to do with Germany?“ (Was macht man mit Deutschland?). Darin ist von einem allumfassenden Umerziehungsprogramm und der föderalen Zersplitterung des Staates sowie der „Vernichtung des gesamten Erziehungssystems in Deutschland“ die Rede.

Der andere Vorschlag stammte von dem renommierten US-Anthropologen und Rassenhygieniker Earnest Albert Hooton. Er findet sich in dem Aufsatz „Breed war strain out of Germans“ (Züchtet den Kriegstrieb aus den Deutschen heraus), der am 4. Januar 1943 im New Yorker Magazin „PM Daily“ abgedruckt wurde. Um Deutschland zukünftig kleinzuhalten, sollten die Angehörigen der Wehrmacht mindestens zwei Jahrzehnte im alliierten Ausland Sklavenarbeit leisten, was die Geburtenzahl deutlich reduzieren dürfte. Des weiteren schlug der Harvard-Professor vor, „die Einwanderung von Nicht-Deutschen, insbesondere von Männern, zu fördern“.

> Die deutschfeindlichen Ideen des britischen Diplomaten Robert Gilbert Vansittart schwappten um 1937 nach Amerika über

Das zielte genau in die gleiche Richtung, wie die zum Ende des Zweiten Weltkriegs immer noch virulenten Forderungen des japanisch-österreichischen „Pan-Europäers“ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, welche dieser 1925 in dem Buch „Praktischer Idealismus“ vorgebracht hatte: Es sei an der Zeit, dass die verschiedenen Völker auf unserem Kontinent – und damit auch in Deutschland – in einer einheitlichen „eurasisch-negroiden Zukunftsrasse“ aufgehen.

Wolfgang Kaufmann

Moment der Woche


Foto: pa

Beängstigend weltfremd und dem Wohl des eigenen Landes anscheinend völlig gleichgültig gegenüber zeigte sich SPD-Spitzenpolitiker Karl Lauterbach. Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter verkündete er im Streit um den syrischen Asylsucher, der mit zwei Ehefrauen und mehreren tausend Euro staatlicher Unterstützung im Monat beschäftigungslos in Bad Segeberg lebt, dass Deutschland den Asylsucherstrom aus der „Portokasse“ bezahlen würde. Zudem würde niemand aus wirtschaftlichen Gründen kommen, nur aus Angst ums nackte Leben. Daher seien die Zuwanderer alle traumatisiert. Man könne schon deswegen nicht erwarten, dass sie Arbeit aufnehmen. *FH*

Asylflut wird aus der »Portokasse« gezahlt

Die Tauben fliegen nicht mehr

Von Kegelbrüdern bis Petrijüngern – Deutschlands klassische Vereine sterben aus

Der Nachwuchs fehlt“ – den Satz hat wohl jeder in den letzten Jahren oft gehört. Betroffen sind nicht nur etliche Berufsgruppen, sondern auch zahllose Vereine. Und davon gibt es bekanntlich überaus viele in Deutschland. Rund 600000 sollen es sein – mit schwindender Tendenz. Betroffen sind nicht nur die Vertriebenenorganisationen sondern der gesamte Bereich des klassischen Vereinswesens. Ob Schützen-, Kegel-, Angel-, Segel- oder Wandervereine, Unterhaltungsclubs, Fanfarenzüge, Kirchenchöre und sogar Sportvereine, fast alle wissen ein Lied davon zu singen. Hört man auf die Stimmen der Verantwortlichen, so fällt der Anfang dieser Entwicklung sogar schon in die Zeit des beginnenden Wirtschaftswunders.

Eine wenig schmeichelhafte Erklärung lieferte Wolfgang Nonne, Vorsitzender des Kaninchenzuchtvereins Ichtershausen (Ilmkreis), in der „Thüringer Allgemeinen“: „Die Jugendlichen werden vom Arbeitsaufwand abgeschreckt.“ Was das betrifft, so liegen die Brieftaubenhalter an der Spitze. Sie wundern sich daher nicht, dass ihr liebevoll gepflegtes Hobby schon in der zweiten oder dritten Generation schrumpft und sogar in ehemaligen Hochburgen bereits ausgestorben ist. Wenn überhaupt, wird die Brieftaubenzucht in der eigenen Familie „vererbt“. Denn möglichst zweimal am Tag, morgens und abends, sollen die Tauben zum Trainieren eine Stunde frei gelassen werden, während ihr „Herrchen“ – denn die Taubenzucht war und ist Männersache – gleichzeitig den Stall sauber macht. Außerdem ist die Taubenhaltung eine kostspielige Angelegenheit. Ernährt werden die „Rennpferde des kleinen Mannes“ wie Sportler mit eiweißreicher Kost. Das verschlingt erhebliche Summen. Junge Anfänger können das kaum finanzieren. In den Sommermonaten ist zudem jedes Wochenende der Taubenzüchter verplant. Nicht verwunderlich, dass sich junge Leute kaum dafür begeistern können.

Brieftauben müssen zweimal täglich trainiert werden

Hinsichtlich der klassischen Hobbys wie das Briefmarkensammeln, die Aquaristik oder die bei den Herren der Schöpfung höchst beliebte Modelleisenbahn, ergibt sich ein ähnliches Bild. Mit Briefmarken kommen Teenager von vornherein kaum noch in Kontakt, da sie ihre Post per Handy erledigen. Eher skurril finden Jungs das Vergnügen ihrer Väter oder Großväter, im Keller die Modelleisenbahn in Gang zu setzen und ihr beim Fahren im Kreis gespannt zuzuschauen. Zur Modelleisenbahn im Hamburger Museum „Miniaturwunderland“ pilgert die ganze Familie zwar mit großer Vorfreude, doch „Selbermachen“ ist nicht mehr. Fokussiert man weiter auf die verbreitete Sammelleidenschaft für altes Spielzeug und seltenes Porzellan, so ist zu konstatieren, dass dieses kostspielige Hobby weiterhin floriert, wenngleich hauptsächlich fortgeführt von Menschen der mittleren und der älteren Generation. Sie bilden das Publikum der Spielzeug- und Sammlerbörsen an den verschiedenen Veranstaltungsorten im Kreislauf des Jahres. Auf diesem Sektor sind es die Aussteller, welche vom Nachwuchsmangel betroffen sind. Der Handel lohnt kaum noch, da sowohl antike Silberwaren und Porzellan als auch die seltenen alten Puppen und Teddybären großenteils massiv an Wert verloren haben. Aber das könne sich durchaus wieder ändern, hofft zumindest Ulla Meineke (77) aus Elmshorn nördlich von Hamburg. „Wir Händler sind miteinander alt geworden. Wir helfen uns gegenseitig, wo es nötig ist, zum Beispiel beim Aufbauen des Ausstellungstisches.“ Meineke handelt seit mehr als 30 Jahren mit antiken Puppen und Spielzeug, allerdings längst nur noch zum Zeitvertreib.

Alte Puppen, antikes Porzellan haben stark an Wert verloren

Einerseits ist das Phänomen in seiner Gesamtheit offenkundig der demografischen Entwicklung geschuldet, die sich besonders in den ländlichen Gemeinden so folgenschwer bemerkbar macht. Gleichzeitig, und das ist die Crux an der Sache, hat sich ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel vollzogen. Schon in den 1950er und 60er Jahren galt es als ausgemacht, dass der damals bei den Vereinen einsetzende Mitgliederschwund auf das Fernsehen zurückzuführen sei. Immer mehr Menschen saßen abends nach getaner Arbeit lieber auf der heimischen Couch und starrten auf die Mattscheibe, anstatt im Klubzimmer Skat zu dreschen oder gemeinsam zu singen. Das eineinhalb Jahrhunderte blühende Vereinsleben begann zu veröden. Heute würde niemand bezweifeln wollen, dass das Internet mit seiner Parallelwelt junge und alte Nutzer ablenkt und dann auch oft davon abhält, sich in Bewegung zu setzen.

Das gilt erfreulicherweise aber nicht für alle Bereiche des Vereinsgeschehens. Dort, wo Einsatz gefragt ist, um anderen zu helfen, finden sich trotz TV und Internet in vielen Bereichen – eine Ausnahme ist leider die Freiwillige Feuerwehr – genug Menschen. Ungefähr die Hälfte des freiwilligen Engagements wird von Vereinen organisiert. Hilfsvereine widmen sich der Verteilung von Spenden, wobei in erster Linie die Tafeln zu nennen sind. Im Personalbereich sind diese bestens aufgestellt, da ein wesentlicher Teil ihrer Aufgaben verlässlich von vorwiegend älteren, ehrenamtlichen Mitarbeitern ausgeführt wird.

Ältere Menschen bilden meist auch den harten Kern von Bürgerinitiativen und Vereinen, die sich dem Natur- und Umweltschutz verschrieben haben. Andere Vereine sind im Bildungsbereich entstanden, etwa als Träger von Kindergärten oder zur Förderung kultureller Einrichtungen. Über ihren Fortbestand brauchen sich die Verantwortlichen all dieser Vereine und Verbände im Allgemeinen keine Sorgen zu machen.

Dagmar Jestrzemski

Höllenfeuer für den Pornostar?

Alkoholexzesse, Schmuddelfilme, Prostititution und Drogensucht – der sittenstrenge Islam hat auch eine ganz andere Seite

Mittlerweile weiß wohl jeder Moslem, wer Kalif Ibrahim alias Abu Bakr al-Baghdadi ist, nämlich Haupt der Terrormiliz Islamischer Staat und selbsternannter „Führer aller Gläubigen“. Genauso große Popularität genießt unter den Anhängern der Lehren Mohammeds eine Frau namens Mia Khalifa. Die „Hidschab-Pornos“ der gebürtigen Libanesin, in denen sie das tut, was Akteure in Pornofilmen gemeinhin zu tun pflegen, nur eben mit islamisch korrekter Kopfbedeckung, kennen mittlerweile auch die meisten Männer zwischen Marokko und Pakistan. Das ist ein, aber beileibe nicht der einzige Beleg für die grassierende Doppelmoral in der muslimischen Welt.

Obwohl die Vorgaben im Koran, also der wortwörtlichen Offenbarung Allahs an die Adresse des Propheten Mohammed und seiner Jünger, vollkommen eindeutig sind (siehe Kasten), gehören Pornographie, aber auch Prostitution, Drogen und Alkohol ebenso zum Alltagsleben vieler Muslime wie der Ruf des Muezzin zur Gebetszeit – getreu dem arabischen Sprichwort: „Das Verbotene ist das am meisten Verlangte.“ Da können die Mullahs in Teheran noch so oft ankündigen, ihren Machtbereich von der „westlichen Unzucht“ reinigen zu wollen oder die Regierenden in Islamabad Hunderttausende „anstößige“ Websites sperren lassen. 60 Prozent aller Internetnutzer in Pakistan schauen sich auch Pornofilme an. Und in der theokratischen Republik Iran, die von schiitischen Geistlichen regiert wird, schafften es Tunichtgute sogar, das Programm des regionalen Fernsehsenders in der stockkonservativen Provinz Hamadan mit einem dreiminütigen Schmuddelstreifen zur besten Sendezeit zu unterbrechen. Was aber wohl nicht jeden Zuschauer verstört haben wird, denn das Drehen von Privatpornos in vertrauter häuslicher Umgebung hat sich gerade im Iran in letzter Zeit sehr verbreitet – genauso wie die Prostitution übrigens.

„Dekadenz“ gibt es also nicht nur im Westen, sondern offensichtlich auch im angeblich sehr viel „sittenstrengeren“ Morgenland. Dort floriert mittlerweile sogar eine regelrechte „Reparatur-Industrie“, die sich der Rekonstruktion lädierter Jungfernhäutchen widmet, wenn die nahende Hochzeit dies ratsam erscheinen lässt. Manche Mediziner werden hier schon für weniger als 100 Euro tätig, wie Hamidresa Schirmohammadi vom Verband für Forschung und Entwicklung moderner sexueller Medizin in Karadschi nordwestlich von Teheran zu berichten weiß.

Um der Prostitution in ihren Landen ein weniger unmoralisches Gesicht zu verleihen, erfanden die Schiiten unlängst die „Kurzzeitehe“, welche so lange währt, wie der Geschlechtsakt zwischen Dirne und Freier samt Drumherum. Damit haben sich inzwischen sogar die grimmig dreinblickenden Mullahs arrangiert – wenn die Protagonisten entsprechende Gebühren zugunsten des Fiskus entrichten.

Iraner konsumieren 60 Millionen Liter Alkohol pro Jahr

Ebenso machtlos wie im Falle der sexuellen Ausschweifungen von Muslimen sind die Regierenden und Geistlichen von Rabat bis Islamabad, was den verbotenen Alkoholgenuss betrifft. So musste Rusbeh Karduni vom Sozial- und Arbeitsministerium in Teheran 2016 eingestehen, dass die Iraner 60 Millionen Liter Alkohol pro Jahr konsumieren, obwohl für dieses Delikt saftige Geldstrafen oder gar Peitschenhiebe drohen.

Dabei erscheint der Alkoholgenuss fast noch als lässliche Sünde, wenn man bedenkt, wie viele Moslems auf harte Drogen zurück-greifen: Nach Erkenntnissen des European Union Institute for Security Studies (EUISS) vom November 2017 werden derzeit schon knapp zwei Drittel aller Patienten in den Rehabilitationskliniken Saudi-Arabiens wegen Amphetamin-Sucht behandelt. Im Iran wiederum, der inzwischen als die absolute Drogenhochburg in der muslimischen Welt gilt, müssen sich pro Jahr etwa 75000 Menschen wegen ihrer Rauschgift-Abhängigkeit in Behandlung begeben, wobei man offiziell sogar von 1,25 Millionen Therapiebedürftigen ausgeht. Außerdem gibt es laut UN-Weltdrogenbericht um die 3000 Drogentote pro Jahr alleine im Iran.

Ein Grund für die mangelnden Erfolge bei der Bekämpfung des Drogenmissbrauchs in der muslimischen Welt ist die enge Verbindung zwischen Rauschgifthandel und Terrorismus: Fast alle islamischen Terrormilizen – insbesondere al-Kaida, der Islamische Staat, die Taliban und die schiitische Hisbollah im Libanon – verhökern Drogen und finanzieren auf diese Weise einen erheblichen Teil ihrer Aktivitäten. Schließlich liegen wichtige Anbaugebiete für Cannabis und Schlafmohn in den Operationsräumen der Dschihadisten, sodass sie quasi an der Quelle sitzen. Insofern sind Erfolge im Kampf gegen den islamischen Terror zugleich auch Erfolge im Kampf gegen die weltweite Drogenszene, was häufig übersehen wird.

Bezeichnenderweise erregen sich die Drogendealer in den Terrororganisationen heftig über die Aktivitäten von Personen wie der eingangs erwähnten Porno-Darstellerin Mia Khalifa. So drohte der Islamische Staat dem Sex-Sternchen, das sich inzwischen wohl im „Ruhestand“ befindet, im Internet mit der Enthauptung und nachfolgendem ewigen Höllenfeuer. Dabei dürfte sich die Wut der Gefolgsleute von Kalif Ibrahim auf Mia Khalifa noch verstärkt haben, als diese auf die Anfeindungen der radikalen Moslems konterte: Sie wolle zukünftig ohnehin „etwas mehr Bräune tanken“ und das Kopfabschneiden mache ihr auch keine sonderliche Angst – „solange es nicht meine Brüste trifft, denn die waren teuer.“ *Wolfgang Kaufmann*


Moslem mit Erotik-Blatt: Laut Koran sind Pornographie und Prostitution verboten Bild: Imago

»Werdet ihr wohl aufhören?!«

Pornographie und Prostitution sind laut Koran verboten. So befahl Allah dem Propheten Mohammed unter anderem: „Sprich zu den gläubigen Männern, sie sollen ihre Blicke zu Boden senken und ihre Scham bewahren. Das ist reiner für sie … Und sprich zu den gläubigen Frauen, sie sollen ihre Blicke zu Boden senken und ihre Keuschheit wahren und ihren Schmuck (eine übliche Umschreibung für die weiblichen Reize) nicht zur Schau tragen“ (Sure 24, Vers 30 und 31 des Koran). Menschen des anderen Geschlechts lüstern anzustarren, gilt unter Muslimen deshalb bereits als schwere Sünde beziehungsweise „Unzucht durch das Auge“ (Zina Al-Ayn).

Ebenso geächtet wird der Konsum von Alkohol und Drogen, also Berauschendem (Khamara): Substanzen, die den Verstand benebeln, seien ein „Werk des Satans“, weil sie „Feindschaft und Hass“ zwischen den Gläubigen säen und „vom Gedenken an Gott und vom Gebet abbringen“ (Sure 5, Vers 90 und 91 des Koran). Dem folgt der unmissverständliche Appell: „Werdet ihr wohl nun aufhören?!“

Das Ostpreußenblatt



Nr. 10 – 9. März 2018

MELDUNGEN

Frühling in der Stadt

Königsberg – „In der Stadt K... wird wieder Frühling“ lautet der Titel einer neuen Ausstellung im Museum Friedländer Tor, die am 6. März um 17 Uhr ihre Tore öffnet. Gezeigt werden Arbeiten der russischen Künstlerin Ljudmila Tambozewa, die sich auf eine beinahe zärtliche, helle, leuchtende Weise mit der Architektur Königsbergs und der Landschaft in der Stadt auseinandersetzen. Die 1972 in Tschetschenien geborene Künstlerin ist auch im Ausland bekannt. Sie hat ihre Arbeiten bereits in Westdeutschland, in den Niederlanden, Polen und in Estland ausgestellt. Der Ravensburger Architekt Dietrich Zlomke hat ihr Talent als einer der Ersten entdeckt. Das Museum Friedländer Tor zeigt bereits zum zweiten Mal eine Ausstellung von Tambozewa. Weil ihre Werke 2009 große Resonanz gefunden haben, entschloss sich die Museumsleitung, ihr eine weitere Ausstellung zu ermöglichen. *MRK*



Landrat abgewählt

Rastenburg – Der Rastenburger Landrat Ryszard Niedziolka ist von seinem Amt abberufen worden. Das hatten zwölf Kreistagsabgeordnete mit einer geheimen Abstimmung erwirkt. An der Sitzung hat auch der Vize-Landrat Michal Krasinski teilgenommen. Fünf Abgeordnete und Niedziolka selbst hatten nicht teilgenommen. Es war der vierte Versuch, den Landrat abzuberufen. Vor allem Rastenburgs Bürgermeister Krzysztof Hecman (PSL-Bauernpartei) war der Landrat ein Dorn im Auge. Früher hatte er Niedziolka unterstützt, doch als dieser seine eigene Politik machte, attackierte der Bürgermeister ihn hefftig, unter anderem wegen der Führung des Kreiskrankenhauses und des Verfehlens eines Zuschusses für die Schwimmbadrenovierung. Den Antrag auf die Abberufung des Landrates hatten die Abgeordneten der PSL eingereicht. Sie sind politisch mit dem Bürgermeister und gleichzeitigem Chef der Kreis-PSL verbunden. Für das Abberufen des Landrates waren zwölf Stimmen erforderlich. Die Gruppe der Opposition gegen den Landrat zählte bisher elf Stimmen. Hauptsächlich deswegen scheiterten die bisherigen Versuche, den Landrat zu wechseln. *PAZ*

Investor soll »Fränkische Villa« retten

Weil bislang Geld für die Sanierung fehlte: Tilsiter Sehenswürdigkeit droht der Verfall

In Tilsit, der zweitgrößten Stadt im Königsberger Gebiet, stehen noch viele Vorkriegsgebäude, um deren Erhalt und Sanierung sich die Stadt bemüht. Die Fränkische Villa droht allerdings zu verfallen, weil ihr Eigentümer, die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK), jahrelang nicht den Denkmalschutzauflagen nachgekommen ist.



Kunstwerk der Architektur und Sehenswürdigkeit im Zentrum Tilsits: Die Fränkische Villa an der Kreuzung Lindenstraße und Königsberger Straße mit ihrer schönen Fassade

Foto: J.T.

Die Stadt Tilsit sticht unter den Städten im Königsberger Gebiet durch bemerkenswert schöne Gebäude hervor, die den Zweiten Weltkrieg überstanden haben. Als ein Kunstwerk der Architektur gilt die sogenannte Fränkische Villa. Neben der berühmten Luisenbrükke stellt sie die Visitenkarte der Stadt dar.

Die Fränkische Villa ist ein zweistöckiges Haus im Zentrum der Stadt, an der Kreuzung Lindenstraße und Königsberger Straße gelegen, das aufgrund der Schönheit seiner Fassade auffällt. Sie ist in dem damals populären Stil des Historismus gestaltet. Im Erdgeschoss der Villa wurden horizontale Blökke aus rustikalem Stein verwendet. Die Fenster im ersten Stock sind mit geschnitzten Pilastern mit Intarsien verziert. Die Dachfenster zeichnen sich durch die besondere Eleganz der Stuckdekoration aus.

Das Gebäude wurde 1887/1888 als Privathaus für den Geschäftsmann Franz Frank gebaut. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs hatte er die Räume des Hauses vermietet, unter anderem an Mitglieder der evangelisch-lutherischen Gemeinde. Das Haus wurde deshalb inoffiziell auch „das Pastorenhaus“ genannt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wechselte die Verwendung der Villa mehrfach. Befand sich dort zunächst das Militärregistrierungs- und Einstellungsamt, wurde später das Waisenhaus „Iskorka“ dort untergebracht. Seit einigen Jahren untersteht die Villa der Russisch-Orthodoxen Kirche, und 2010 wurde diese endgültig auch Eigentümerin des Gebäudes. Vertreter der regionalen Behörden und der Königsberger Diözese berichteten, dass sie auf diese Weise das Kulturerbe vor den Ansprüchen anderer Glaubensrichtungen bewahren wollten. Als Nutzungsmöglichkeit schlug die Diözese vor, hier Sonntagsunterricht in orthodoxem Glauben abzuhalten.

Zwei Jahre später legte allerdings die Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen die Diözese beim Schiedsgericht ein. Sie forderte, die Eigentumsübertragung des Gebäudes an die ROK für ungültig zu erklären wegen Verstößen gegen das Gesetz der Russischen Föderation „über Objekte des Kulturerbes“ und „über die Gewissensfreiheit religiöser Vereinigungen“.

Die Staatsanwaltschaft befand, dass die Fränkische Villa aufgrund des Bautyps und ihrer funktionalen Bestimmung ein Wohnhaus sei. In diesem Fall gäbe es keinen Grund, dieses Gebäude als ein Objekt der religiösen Bestimmung zu

Staatsanwaltschaft versäumte die Frist

betrachten. Die Staatsanwaltschaft sah auch keinen anderen Kultstatus für gegeben an. Die einzige Verbindung des Gebäudes mit religiösen Themen habe darin bestanden, dass die Zimmer für lange Zeit und lediglich für Wohnzwecke an Mitglieder der evangelisch-lutherischen Gemeinde vermietet waren.

Der Fall kam dann jedoch nicht vor Gericht. Zunächst entdeckte das Königsberger Schiedsgericht einen Formfehler bei der Klageforderung, und zudem sei diese falsch zugestellt worden. Das Gericht gab der Staatsanwaltschaft einen Monat Zeit, um den Fehler zu beseitigen, doch die reagierte nicht. Infolgedessen wurde der Fall nicht weiter behandelt.

In der Zwischenzeit ist die Fränkische Villa immer baufälliger geworden. Von der Fassade bröckeln die Ornamente ab. 2016 wurde auf der offiziellen Internetseite des Stadtkreises Tilsit bekannt gegeben, dass die Diözese der ROK eine Möglichkeit gefunden habe, das Gebäude zu sanieren. Doch sichtbare Veränderungen erfolgten nicht.

Im Dezember 2017 sagte der Leiter der Tilsiter Stadtverwaltung Nikolaj Woischtschew, dass „aufgrund einer Verletzung der übernommenen Verpflichtung zum Gebäudeerhalt kleine und teils große dekorative Fassadenelemente verloren gegangen seien. Inzwischen sei es der Leitung der Stadtverwaltung, zusammen mit der örtlichen religiösen Organisation der orthodoxen Pfarrei der Kirche der Drei Heiligen gelungen, einen Investor zu gewinnen, der Interesse an der Wiederherstellung dieser einzigartigen Einrichtung zeige.

Wer dieser geheimnisvolle Investor ist und wann die Fränkische Villa wieder zum Leben erwacht, ist noch unklar.

Jurij Tschernyschew

Kunstförderung im Handy-Zeitalter

Museen von Allenstein und Heilsberg beteiligten sich am »Selfie-Day«-Projekt

Im Rahmen des weltweit organisierten Selfie Days, einer Kampagne zur Kunstförderung, konnten sich Besucher des Museums für Ermland-Masuren in Allenstein Ende Januar in historische Kostüme hüllen und Fotos davon machen. Initiatorin des internationalen Selfie Days ist die dänische Designerin Olivia Muus. Während eines Besuchs der National Gallery in Kopenhagen posierte sie vor einem Kunstwerk und fotografierte sich selbst. Es wurde zur Inspiration für das Selfies Museum, dank dem die Idee der Förderung von Kunst durch soziale Netzwerke geschaffen wurde.

Der Selfie Day wird seit mehreren Jahren in Museen auf der ganzen Welt organisiert. Das Allensteiner Museum hat sich zum zweiten Mal daran beteiligt. An diesem Tag war der Eintritt in die Burg von Allenstein frei. Sowohl organisierte Gruppen als auch Einzelbesucher konnten an der Veranstaltung teilnehmen.

Die Grundidee der Aktion war, mit dem Mobiltelefon ein Selbstporträt im Museum aufzunehmen. Leitmotiv war in Allenstein das „Porträt einer Frau“ von Alina Szapocznikow. Es war auf Werbeplakaten für die Aktion zu sehen. Das Museum stellte speziell ausgewählte Requisiten und historische Kostüme zur Verfügung, die den Besuchern halfen, in die Rolle von auf den Kunstwerken dargestellten Personen zu schlüpfen. Die Fotos wurden ins Internet hochgeladen. Die Teilnehmer imitierten Kunstwerke, stellten sich in lustigen Posen neben Skulpturen und Gemälden auf oder verewigten einfach einen Museumsbesuch. Als Hintergrund dienten die gotischen und barocken Räume im Erdgeschoss. Die Aktion wurde in den Ausstellungen zu „Nicolaus Copernicus – ein Bewohner der Allensteiner

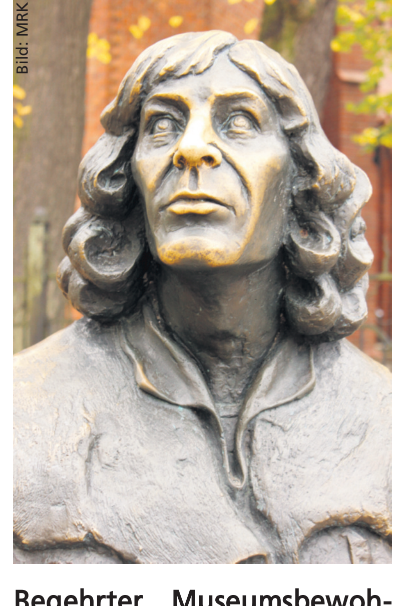


Bild: MRK

Begehrter Museumsbewohner: Nicolaus Copernicus

Burg“, „Allensteiner Museale in Polen und auf der ganzen Welt“ sowie „lutherische Epitaphe und Gedenkporträts“ durchgeführt.

Die Museumsmitarbeiter waren sich einig, dass bereits in den Morgenstunden Massen an Besuchern die Ausstellungshallen aufgesucht hatten. Schüler von Grund- und weiterführenden Schulen waren in Gruppen gekommen. Unter den Teilnehmern des Selfie-Days befanden auch ältere Menschen und Eltern mit Kindern. Für die Kleinen scheint solch ein Tag besonders attraktiv zu sein. Mädchen in schönen historischen Kleidern schätzten sich besonders glücklich. Die Porträts waren bei jungen Leuten beliebt. In einem der Räume war eine besondere Umgebung vorbereitet worden – ein Holzschreibtisch, eine Gänsefeder, Papierrollen, ein stabiler Stuhl, ein Hemd darüber und eine Perücke auf dem Schreibtisch. Dies waren Requisiten, mit denen sie sich in einen Nicolaus Copernicus verwandeln konnten.

Solche Aktionen erlauben einen anderen Blick auf kulturelle Institutionen. Normalerweise gilt das Museum bei Jugendlichen als ein bisschen „langweilig“, doch an diesem Tag war es ganz anders. Und genau darum geht es beim Selfie Day: eine neue, attraktive Art der Wahrnehmung von Kunst zu erfahren.

Die Aktion fand an diesem Tag auch im Schloss in Heilsberg statt, wo 13 Ausstellungen zur Verfügung standen. Es war möglich, sich mit einer mittelalterlichen Skulptur oder vor zeitgenössischer Malerei zu fotografieren. Zu diesem Zweck war auch der Eintritt in das Museum frei. Die Bilder konnten neben einer speziell eingerichteten Seite auch bei Facebook veröffentlicht werden. Die beste Arbeit wurde von einer speziellen Jurie ausgewählt, und auf die Gewinner warteten Preise.

Leszek Chaburski



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist schon manchmal erstaunlich wenn ein Mensch, der auf eine sehr lange Lebensspanne zurückblicken kann, durch eine kleine Frage in eine Zeit zurück versetzt wird, die er vergessen glaubte. So erging es mir jetzt, als ich ein Schreiben bekam, dessen Absender den Namen GOERDELER trägt. Ein Stück Königsberger Stadtgeschichte ist mit diesem Namen verbunden, denn es handelt sich um den ehemaligen Zweiten Bürgermeister von Königsberg, Dr. **Carl Friedrich Goerdeler**, der sich in die Geschichte der Stadt einschrieb, als er nach dem Ersten Weltkrieg und den folgenden wirren Jahren mit einer beispielhaften Neuordnung der Stadtverwaltung zur Stabilisierung des städtischen Lebens maßgeblich beitrug. Nun meldet sich sein Enkel **Wolfgang Goerdeler** aus Potsdam, der die Lebensstationen seines Großvaters nachvollziehen möchte, wie auch die seines Großonkels **Fritz Goerdeler**, Bruder von Carl Friedrich, der ebenfalls in Königsberg als Stadtkämmerer in der Verwaltung tätig war. Wolfgang Goerdeler sucht Unterlagen über die Tätigkeit der Brüder, da fast alle amtlichen Dokumente durch Kriegseinwirkung verloren gingen. Er ist an allen Belegen über deren Funktionen in ihrer Königsberger Zeit zwischen den Weltkriegen interessiert, aber auch an ihrem menschlichen Schicksal, das für die Brüder Goerdeler nach dem Hitler-Attentat 1944 in Berlin-Plötzensee endete. Sie wurden beide kurz vor Kriegsende dort als Widerständler hingerichtet.

Es wird schwer sein, das Anliegen, das Wolfgang Goerdeler an uns stellt, zu erfüllen, denn es dürften kaum Unterlagen über die Tätigkeit seines Großvaters in Königsberg zwischen 1920 und 1930 in Form von Dokumenten, Briefen, Bildern und Zeitungsbelegen vorhanden sein, die sich im privaten Besitz und Archiven befinden. Vielleicht hat Carl Friedrich Goerdeler als späterer Oberbürgermeister von Leipzig mit alten Königsberger Freunden im Briefwechsel gestanden, oder es finden sich noch Belege über sein Königsberger Wirken in Form von öffentlichen Mitteilungen oder Anordnungen. Leider bringt auch der wohl emsigste Chronist jener Zeit, Dr. **Ludwig Goldstein**, in seinem Buch „Heimatgebunden" nur wenige Angaben über Dr. Carl Fr. Goerdeler, zu denen ein Besuch bei **Agnes Miegel** anlässlich ihres 50. Geburtstages gehört, als er und Oberbürgermeister **Lomeyer** ihr mit einem großen Strauß Marschall-Niel-Rosen gratulierten. Mehr Informationen dürfte es wahrscheinlich über Fritz Goerdeler geben, der bis 1944 in Königsberg als Stadtkämmerer tätig war und der dem von seinem Bruder geführten Goerdelerkreis angehörte, einem Zusammenschluss der Widerständler, zu denen auch Prinz **Wilhelm von Preußen** und der damals noch amtierende Oberbürgermeist Lomeyer gehörten. Über die Funktion seines Großvaters als Kopf dieser Widerstandsbewegung dürfte Wolfgang Goerdeler Unterlagen besitzen, am wichtigsten sind ihm Zeugnisse über die Tätigkeit seines Großvaters als Bürgermeister von Königsberg. (Wolfgang Goerdeler, Zum Großen Herzberg 6 in 14476 Potsdam, E-Mail: goerdeler@t-online.de)

Diesem Anliegen muss ich noch etwas hinzufügen, denn ich fühle mich als Zeitzeugin gefordert. Was mich beim Lesen seines Schreibens bewegte, sind die Bilder aus jener Zeit, die plötzlich da waren, denn obgleich ich erst drei Jahre alt war, als die sogenannten „Matrosenunruhen" auch Königsberg erfassten, habe ich sie gut in Erinnerung, es dürften wohl meine ersten bewussten Eindrücke überhaupt gewesen sein. Die Horden zogen nämlich auch durch unsere stille Augustastraße, an deren Ende der Exerzierplatz Herzogsacker mit seinen Kasernen lag. Ich saß auf dem Fensterbrett im ersten Stock unseres Hauses und blickte auf die Straße, ehe meine Mutter mich mit festem Griff herunterholte und mich in das fensterlose Kabinett unserer Wohnung beförderte. Ein Bild steht mir aber heute noch vor Augen: Es zogen auch Frauen mit und eine sehr junge, kräftige mit rotem Tuch um den Hals, laut unverständliche Parolen skandierend, blickte zu mir hoch und ballte die Faust. Ich wusste ja nicht, dass auf dem Dach unseres vierstöckigen Hauses ein Maschinengewehr aufgefahren war. Es war ein schönes Gesicht mit großen, hellen Augen, aber der spürbare Hass machte es zur erschreckenden Fratze. Vielleicht war es der Grund, dass sich dieser Vorgang bei einer Dreijährigen so eingeprägt hat, dass es nach fast 100 Jahren als wohl erste bewusste Erinnerung wieder abgerufen werden kann.



Bild: Geede

In welcher ostpreußischen Stadt gab es diese Speicheranlage?

Die nächste Frage erreichte uns über mehrere Ecken, denn sie konnte bisher nicht beantwortet werden – nun ist sie bei unserer Ostpreußischen Familie gelandet, und ich glaube schon, dass jemand aus unserem Leserkreis sie lösen wird. Es handelt sich um das Foto eines Speichers an einem größeren Gewässer, das Frau **Gisela-Marianne Wagner** im Rahmen ihrer Familienforschung entdeckt hatte und das sie nicht einordnen kann. Es ist undatiert und lediglich mit einigen handschriftlichen Kreuzen versehen, aus denen sich kein brauchbarer Hinweis ergibt. Frau Wagner meint, dass es sich um Memel handeln könnte, das Gewässer dürfte dann die Dange sein. In ihrer mütterlichen Linie gab es auch einen direkten Bezug zu Memel, denn ihre Vorfahren waren als Färber und Chemische Reiniger in verschiedenen Städten Ostpreußens tätig, so in Königsberg, Tilsit, Allenstein und eben Memel. Der abgebildete Speicher könnte ihrer Meinung nach Lagerräume für die betreffenden Materialien enthalten haben. Mit diesen Angaben wandte sie sich an versierte Memel-Kenner, aber leider mussten die auch passen wie andere bereits Gefragte. Die Redaktion „Memeler Dampfboot" teilte ihr nach eingehender Prüfung mit, dass es sich bei dem fraglichen Speicherfoto garantiert nicht um ein Gebäude aus dem alten Memel handelt, das hätten zuverlässige Zeitzeugen bestätigt. Nun sind wir also dran. Die Gebäude sind so markant, dass sich mit Sicherheit einige Leser an diese Hafenpartie erinnern. Vor allem könnten die Dächer der Gebäude mit ihren turmähnlichen Aufbauten als Fixpunkte dienen. Hoffen wir also mit Frau Wagner, dass sie bald eine glaubhafte Antwort auf ihre Frage erhält. (Gisela-M. Wagner, Heldorfer Mark 39 in 40489 Düsseldorf, Telefon/Fax: 0203/741007, E-Mail: wagnergm@web.de)

Und noch immer Glückwünsche zu meinem 102ten Geburtstag, denn manche Leserinnen und Leser erreicht unsere Zeitung erst später – und außerdem gehts mit der Post ja auch nicht so schnell, wie Frau **Christa Jedamski** aus Eschborn feststellen muss. Da freut sie sich immer, wenn unsere Zeitung in ihrem Briefkasten liegt und sie durch die Ostpreußische Familie wieder in die nie vergessene Heimat abtauchen kann. „Ich bin immer froh, etwas über das alte Königsberg zu lesen, da kann ich meine als Kind erlebten Eindrücke bruchstückartig wieder zusammensetzen", schreibt Frau Christa, und so entsteht manchmal ein buntes Puzzle wie das von ihrem letzten Besuch im Königsberger Tiergarten, bevor die Bomben fielen. „Es war eine Fahrt mit der Linie 7 mit einer hübschen jungen Schaffnerin in ihrer blauen Uniform und dem schräg sitzenden Käppi. Da fing ein Fahrgast an zu summen. Es war ein Soldat, der in seinem Arm ein junges lachendes Mädchen hielt. Sie trug einen blauen Florentiner über ihren korkenzieherartig gedrehten blonden Locken. Im Schaukelrythmus des Wagens wippte ihr Kleidersaum und ließ ihre gut gewachsenen Beine sehen, die in Seidenstrümpfen mit dunkler Naht steckten. Es waren aber keine Strümpfe, wenn man näher hinschaute, sondern nackte Beine, und die Naht war mit einem Augenbrauenstift nachgezogen. Die Beiden sangen dann gemeinsam das Lied von der netten kleinen Schaffnerin, das damals sehr beliebt war. Und alle Fahrgäste sangen fröhlich mit. Ich sehe dieses Bild immer noch mit geschlossenen Augen vor mir, es ist für mich der letzte Gruß aus dem unzerstörten Königsberg."

Diese und andere Erinnerungen wird sie Herrn **Jörn Pekrul** vermitteln, unserem „Königsberger Wanderer", mit dem sie Gedanken- und Erfahrungsaustausch betreibt, denn Beide bewegen sich auf einer Linie, wenn auch auf zwei verschiedenen zeitlich bedingten Ebenen: Für Frau Jedamski ist das alte Königsberg, das die in Mohrungen Geborene von Besuchen aus ihrer Kindheit kennt – für Herrn Pekrul ist es das heutige Kaliningrad, das für ihn wie ein Magnet wirkt und das er unermüdlich und erfolgreich nach deutschen Spuren durchforscht. Jeder versucht dem Anderen, „seine" Stadt transparenter zu machen. Da kann es schon manchmal Missverständnisse geben, „doch bevor wir uns verhedderm, kriegen wir die Kurve" schreibt Frau Jedamski. Worüber sie sehr betrübt ist, dass es von politischer Seite immer noch kein ehrendes Wort und Erinnern an die vielen verschleppten Frauen und Mädchen nach Russland gibt. Wenn ich an meine Mutter und meine Tante denke und was sie in jener schweren Zeit alles erleiden mussten – für beide waren es Extremtraumatisierungen, die sie nicht lange ausgehalten haben. Es ist ja niemand mehr von dort zurückgekommen. Und ich? Ich lebe in der Einsamkeit der Erinnerung und deshalb klammere ich mich an jeden Lichtblick, den mir das Leben noch bietet!"

Für solch einen könnte ihr unsere Familie verhelfen, denn sie hat noch Fragen offen, von denen sie zwei an uns weitergibt. Die eine: Wie hieß das große Spielwarengeschäft in Königsberg und in welcher Straße lag es? Die andere: Kann jemand über die Orthopädische Klinik in Frauenburg Auskunft geben, vor allem etwas über den dort wirkenden Dr. **Watermann** und sein Schicksal aussagen? Ihm verdankt Frau Jedamski sehr viel, denn es war ihr behandelnder Arzt, als sie dort Ende der 30ger Jahre lag. (Christa Jedamski, Eckener-Str.3 in 65760 Eschborn, Telefon: 06196/44642.)

Frau **Sabine Neuber** aus Ascheberg sucht ein plattdeutsches Ulk-Lied, das so beginnt: Eck bön emoal enne Stadt gewäse, heidideldum... (Frau Sabine Neuber, Plöner Chaussee 54 in 24326 Ascheberg, Telefon: 04526/1397.)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Star ohne Allüren

Fußballspieler Miroslav Klose wurde Ehrenbürger seiner Geburtsstadt Opppeln

Was lange währt, wird endlich gut. Miroslav Klose, der seit 1985 als Spätaussiedler in Deutschland lebt und im Jahre 2014 mit der deutschen Fußballnationalmannschaft den Weltmeistertitel holte, wurde zum Ehrenbürger seiner oberschlesischen Geburtsstadt Oppeln ernannt.

Die Idee, Klose zum Ehrenbürger zu machen, hatte im Jahre 2014 Beata Kubica von den polnischen Grünen in Oppeln. Für ihre im Internet geäußerte Bewunderung für den deutschen Fußballspieler erntete die damalige Stadträtin eine Lawine an Beleidigungen und Hassparolen. Denn in Polen, wo man schnell mal alle Aussiedler als Polen vereinnahmt, kam es nicht gut an, dass sich Klose nie vereinnahmen ließ. Im Jahre 2015 stellte Stadtrat Marcin Gambiec von der deutschen Minderheit den offiziellen Antrag im Oppelner Stadtrat zur Verleihung einer Ehrenbürgerschaft an den Sohn der Stadt. „Am 28. Mai 2015 stimmten von 25 nur zehn Stadträte für Kloses Ehrenbürgerschaft", erinnert sich Gambiec auf seiner Facebook-Seite. Doch später besannen sich die Ratsherren noch – teils etwas widerwillig. Und weil man sich in Oppeln soviel Zeit ließ, nahm sich später auch Klose viel Zeit. „Nach dem Ende meiner Karriere musste ich erst meinen neuen Weg finden. Ich habe mich für die Trainerlaufbahn entschieden und das kostete Zeit", begründete Klose sein Zögern während der Zeremonie im Rathaus.

Vor vier Jahren war Klose zuletzt in Oppeln, wo er seine Tante besuchte, doch seine Zwillingssöhne Noah und Luan seien auch schon einmal ohne ihn in der väterlichen Heimatstadt gewesen, so Klose bei der Zeremonie. „Ich möchte, dass meine Kinder meine Geburtstadt kennen", sagte Klose, der als neunjähriger Spätaussiedler mit seinen Eltern und der älteren Schwester nach Deutschland kam.

Diese Zeit war nicht einfach für Klose, dessen Deutschkenntnisse sich damals auf zwei Worte beschränkten: „ja" und „danke". Er hatte jedoch durch sein Fußballtalent Kumpels auf dem Schulhof gefunden und lernte rasch die deutsche Sprache, die ihm sein deutscher Vater Josef aus dem kleinen westoberschlesischen Ort Slawentzitz nicht beibringen konnte.

Dieser war seit seinem 16. Lebensjahr aktiver Fußballer und stand im Sturm. 1978 wechselte er nach Frankreich zu AJ Auxerre. Kloses polnische Mutter Elzbieta stammt aus Freistadt in Westgalizien und war erfolgreiche Handballspielerin in der polnischen Nationalmannschaft. Von ihr hätte der Sohn seinen Ehrgeiz und seinen Biss geerbt, sagte Vater Klose mit Augenzwinkern zu Journalisten, die 2004 beim Spiel "Alte gegen Neue Slawentzitzer" vergeblich auf ein Interview mit Elzbieta gewartet hatten.

Vom Vater Josef erbte Klose wohl sein bescheidenes Auftreten ohne Starallüren, denn nach der Ehrenbürgerverleihung besuchte er zusammen mit seiner Ehefrau Sylwia den Ort Chronstau, wo die erste nach ihm benannte Fußballschule der deutschen Minderheit entstand. Dort warteten 500 oberschlesische Kinder auf ihren Star. Geduldig signierte er Autogrammkarten, Bälle oder Trikots und posierte für Fotos mit jeder der 34 Gruppen von 13 „Miro-Fußballschulen" sowie Spielern des 1. FC Chronstau. *Chris W. Wagner*



ZUM 99. GEBURTSTAG

Gawehn, Albert, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 8. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Berghoff, Elisabeth, geb. **Kuschinski**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. März
Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hülse, Fritz, aus Arissau, Kreis Fischhausen, am 15. März
Krüger, Walter, aus Neidenburg, am 10. März
Maring, Willi, früher **Majewski**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März
Meyer-Brandstädter, Edith, geb. **Brandstädter**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. März
Nadrowski, Marie, geb. **Frassa**, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Paulus, Anna, geb. **Czeslik**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. März
Sedelke, Margarete, geb. **Mrowka**, aus Groß Retzen, Kreis Treuburg, am 9. März
Weidelich, Elisabeth, geb. **Mankau**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. März
Wlost, Otto, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 11. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bott, Ursula, geb. **Horn**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. März
Breistähl, Christa, geb. **Motzkuhn**, aus Buttken, Kreis Treuburg, am 15. März
Gaudl, Anneliese, geb. **Kling**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 13. März
Kaldun, Erna, geb. **Nummert**, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 2. März
Kohn, Werner, aus Königsberg, am 9. März
Schultz, Elfriede, geb. **Denda**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bernhard, Rosemarie, geb. **Hermes**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 5. März
Gutthat, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. März
Huuck, Erwin, aus Geidau, Kreis Fischhausen, am 6. März
Kapteina, Heinz-Erich, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 12. März
Köhler, Anita, geb. **Bogdahn**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 13. März
Mattke, Helmut, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. März
Saß, Margarete, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. März
Schmitz, Frieda, geb. **Schwarz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 13. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bode, Hertha, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 15. März
Böhnke, Ernst, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen
Damaske, Leopold, aus Gallgraben, Kreis Fischhausen, am 15. März
Günther, Lieselotte, geb. **Turowski**, aus Lyck, am 11. März
Hapke, Willibald, aus Schönwäldchen, Kreis Osterode, am 12. März
Holuba, Renate, geb. **Kirschnick**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. März
Knackstädt, Ruth, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 15. März
Kremser, Luise, aus Nautzau, Kreis Fischhausen, am 2. März
Merkel, Hildegard, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. März
Mollnau, Elli, geb. **Menger**, aus Neidenburg, am 12. März
Nothdurft, Hildegard, geb. **Prepens**, aus Lötzen, am 10. März
Schäfer, Irmgard, geb. **Neike**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. März
Vogl, Helga, geb. **Jankowski**, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 15. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Benger, Grete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 11. März
Donder, Hans, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 11. März
Erwin, Gerda, geb. **Lenz**, aus Grimmendorf, Kreis Neidenburg, am 11. März
Falk, Ruth, geb. **Christochowitz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, und aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. März
Hoffmann, Hannelore, geb. **Warnat**, aus Lack, am 14. März
Hofmann, Erika, geb. **Ballnus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 12. März
Jankowsky, Kurt, aus Rudau, Kreis Fischhausen, am 8. März
Keßler, Christel, geb. **Pelletier**, aus Fischhausen, am 7. März
Lojewski, Siegfried, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 15. März
Meyer, Marie-Luise, geb. **Tabel**, aus Sanglienen, Kreis Fischhausen, am 2. März
Pietruck, Horst, aus Treuburg, am 15. März
Pogoda, Werner, aus Lyck, am 10. März
Rieser, Gerhard, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 11. März
Schulz, Liesbeth, geb. **Breßlein**, aus Leegen, Kreis Ebenrode, am 10. März
Schulz, Margarete, geb. **Freiwald**, aus Lyck, am 14. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bernst, Elfriede, geb. **Hildebrandt**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 9. März
Dombrowski, Herbert, aus Lyck, Bahnhofstraße 1, am 13. März
Gunia, Irene, geb. **Hanke**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 12. März
Haupt, Luzie, geb. **Laschat**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 9. März
Hennig, Siegfried, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 11. März
Holzwirth, Käthe, geb. **Hennig**, aus Plinken, Kreis Fischhausen, am 5. März
Joppien, Ingrid, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 11. März
Kristandt, Helmut, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 9. März
Lutz, Elsa, geb. **Reißmann**, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 9. März
Mattke, Richard, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 12. März
Reitz, Marta, geb. **Arbeiter**, aus Haselau, Gemeinde Jürkendorf, Kreis Heiligenbeil, am 20. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bierkandt, Ruth, geb. **Wehowski**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 14. März
Borrosch, Ilse, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 11. März
Budzinski, Harry, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 15. März
Buttgereit, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. März
Eichentopf. Magda, geb. **Grunert**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 15. März
Hänsel, Lieselotte, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 11. März
Lork, Erich, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 14. März
Schumann, Helmut, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 12. März
Sczech, Kurt, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 14. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrecht, Edith, geb. **Stobbe**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 14. März
Brüll, Ursula, geb. **Roeckner**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 14. März
Czeranski, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. März
Czinczoll, Waltraut, aus Grünwalde, Ortsteil Freihafen, Kreis Heiligenbeil, am 13. März
Dünow, Erika, geb. **Stange**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 13. März
Henke, Erna, geb. **Tschenscher**, aus Quehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 11. März
Hennies, Ursel, geb. **Czymoch**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 15. März
Howe, Henriette, geb. **Rimbach**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 12. März
Jelonnek, Gerhard, aus Königsberg, am 13. März
Orzessek, Willi, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. März
Perle, Fritz, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 10, März
Piwek, Maria, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 15. März
Schlüter, Anni, geb. **Michalski**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 9. März
Sondermann, Erika, geb. **Wichmann**, aus Grünwalde, Ortsteil Freihafen, Kreis Heiligenbeil, am 20. März
Strung; Herta, geb. **Katzmarzik**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 12. März
Tiede, Helga, geb. **Kröhnert**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 11. März
Waldhof, Gerhard, aus Lyck, am 13. März
Weidlich, Dr. Johannes, aus Ortelsburg, am 14. März
Zbikowski, Heinz, aus **Kyschienen**, Kreis Neidenburg, am 13. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Buechel-Masuhr, Erika, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 15. März
Franke, Annelore, geb. **Hering**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Grünheid, Renate, geb. **Reich**, aus Wehlau, am 11. März
Grau, Horst, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 15. März
Harnisch, Gerhard, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 12. März
Jerwin, Hans-Jürgen, aus Ortelsburg, und aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 9. März
Joswig, Kurt, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 12. März
Lumma, Reinhold, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. März
Mielenz, Marie-Luise, geb. **Reiß**, aus Ebenrode, am 9. März
Nowitzki, Walter, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 14. März
Peper, Gertrud, geb. **Cerwinski**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Pietrass, Dr. Bernhard, aus Upalten, Kreis Lötzen, am 15. März
Radzio, Lothar, aus Lyck, am 14. März
Schleicher, Helga, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 9. März
van Rüschen, Ilse, geb. **Kanekowski**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 10. März
Zabel, Inge, geb. **Trinogga**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 9. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Fischer, Reinhart, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 11. März
Kapteina, Hans-Dieter, aus Ortelsburg, am 11. März
Keller, Edelgard, geb. **Jeschonneck**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. März
Naujoks, Christa, Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 11. März
Reimer, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. März
Rippert, Rita, geb. **Warich**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 12. März
Weidemann, Gerd, aus Knäblacken, Kreis Wehlau, am 10. März



Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

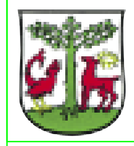
TERMINE DER LO

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenvorsitzenden in Helmstedt
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

In die Heimat

Im Auftrag für die Kreisgemeinschaft Braunsberg veranstaltet Westermann Bustouristik vom Dienstag, 19. Juni, bis Freitag, 29. Juni, eine „Sommerreise in die Heimat". Das Programm:

Dienstag, 19. Juni: Abfahrt um 5 Uhr vom Edeka-Parkplatz in Bornheim. Zustiegsmöglichkeiten in Bornheim, Köln, Dortmund, Hannover, Uhrsleben. Ziel der Fahrt ist Posen. Zu den interessantesten Baudenkmälern der Messe-Stadt gehören: das Nationalmuseum und die Raczynski-Bibliothek. Das Prunkstück am Altstädter Ring ist das Rathaus. Abendessen und Übernachtung im Hotel Rzymski.

Mittwoch, 20. Juni: Kurze Besichtigung von Posen, kleine Rundfahrt mit dem Bus zur Dominsel, der älteste Stadtteil mit dem gotischem Dom und der Stiftskirche St. Marien. Danach Weiterfahrt nach Bromberg, Stadtbesichtigung und Fortsetzung der Reise nach Graudenz. Stadtbesichtigung und Weiterfahrt nach Allenstein. Hier besuchen Sie die deutsche Minderheit im Kopernikus-Haus bei Kaffee und Kuchen. Übernachtung im Hotel Warminski.

Donnerstag, 21. Juni: Besuch des Klosters Springborn. Weiterfahrt nach Eichmedien zur Porzellanfabrik Palac Manefaktura, Führung und Freizeit. Fahrt nach Lötzen. Die Stadt liegt auf einem Landstreifen zwischen den durch einen Kanal verbundenen Löwentinsee und Mauersee. Um 15 Uhr Schifffahrt für drei Stunden nach Nikolaiken. Kurze Freizeit. Weiterfahrt zum Hotel Mazurski Dwork. Abendessen und Übernachtung im Hotel.

Freitag, 22. Juni: Heute besuchen Sie das Museumsdorf Liebenberg. Weiterfahrt zum Philipponen-Kloster in Eckartsdorf. Hier leben noch altrussische Gläubige. Noch heute befinden sich hier eine russisch-orthodoxe Kirche und ein Friedhof. Freizeit. Fahrt zur nächsten Station nach Kruttinnen. Hier erwartet Sie ein Mittagessen in einem Restaurant. Auf dem Fluss Kruttinna („Amazonas Masurens") erleben Sie eine herrliche Stakenboot-Fahrt durch ein einmaliges Naturschutzgebiet. Weiterfahrt nach Galindia Mazurski Eden. Besuch der Freizeit-Anlage am See. Rückfahrt zum Hotel. Abendessen und Übernachten im Hotel Mazurski Dworek.

Sonnabend, 23.Juni: Das erste Ziel ist der berühmte Wallfahrtsort Heiligelinde. Hier hören wir die von Josua Mosengel geschaffene Barockorgel. Sehenswert ist auch eine aus Metall gegossene Linde mit einer Muttergottesskulptur von 1728. Nach einiger Zeit zur freien Verfügung, Abfahrt nach Braunsberg und Besuch der Katharinenkirche, die der heiligen Katharina von Alexandrien geweiht ist. Weiterfahrt nach Frauenburg. Abendessen und Übernachtung im Hotel Kopernik in Frauenburg.

Sonntag, 24. Juni: Tag zur freien Verfügung in Frauenburg oder Braunsberg. In Frauenburg besteht die Möglichkeit, die Dauerausstellung im Kopernikusturm mit dem Foucault'schen Pendel zu besuchen oder die Stufen bis zur Aussichtsplattform zu erklimmen, um den Blick über Land und Haff zu genießen. Erkunden Sie den Domhügel und den Wasserturm oder bummeln Sie durch die malerischen Gassen des Städtchens. In Braunsberg zum Beispiel empfehlenswert: Busfahrt in die Stadt, Besuch der Kreuzkirche, Spaziergang entlang der Passarge, Besuch des neuen Museums der „Freunde Braunsbergs" im Hoseanum. Hier sind viele Exponate aus der Geschichte der Stadt liebevoll zusammengetragen. Abendessen und Übernachtung im Hotel Kopernik in Frauenburg.

Montag, 25. Juni: Besuch der Kathedrale mit dem Grab von Copernicus. Es gibt ein Orgelkonzert. Besuch der Gedenktafel für die 450 000 Flüchtlingsopfer, die im Winter 1945 auf ihrer Flucht über das Frische Haff ums Leben kamen. Schiffsfahrt von Frauenberg nach Kalberg. Freizeit in Kalberg. Rückfahrt am späten Nachmittag. Abendessen und Übernachtung im Hotel Kopernik.

Dienstag, 26. Juni: Kurze Fahrt zur Schiffsanlegestelle und Schifffahrt über zwei Ebenen auf dem Oberlandkanal. Anschließend Fahrt nach Stutthof zum Museum. Rundgang. Von dort Weiterfahrt nach Danzig. Besichtigung und Orgelkonzert auf der großen Rokkoko-Orgel. Abendessen und Übernachtung im Hotel Dom Muzyka.

Mittwoch, 27. Juni: Besichtigung der ehemaligen Hansestadt Danzig. Der Gang durch die Stadt führt durch die Langgasse vom Grünen Tor zum Goldenen Tor. Das wichtigste Bauwerk der Altstadt ist das Rechtstädtische Rathaus. Unweit davon befindet sich

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

der Artushof mit dem Neptunbrunnen. Die Marienkirche ist die größte Backsteinkirche Europas. Ein bekanntes Wahrzeichen der Stadt ist das 1442 bis 1444 erbaute Krantor. Der Rest des Tages steht für eigene Erkundungen zu Ihrer freien Verfügung. Abendessen und Übernachtung im Hotel.

Donnerstag, 28. Juni: Verladen des Gepäcks und Rückfahrt durch die Kaschubische Schweiz. Besuch der Töpferei Netzel. Weiterfahrt nach Stettin. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Panorama“.

Freitag, 29. Juni: Nach dem Frühstück im Hotel treten wir die Rückreise an. Ausstiege wie auf der Hinfahrt.

Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20 Personen. Programmänderungen bleiben vorbehalten. Weitere Informationen: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Telefon 01726814664, E-Mail: manuela.begett@t-online.de



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Jahresfahrt

Unsere Jahresfahrt in die Heimat kann wegen der Fußballweltmeisterschaft heuer erst vom 19. bis 28. Juli stattfinden, weil die Quartiere vorher ausgebucht sind. Unser Mitglied Gerhard Scheer hat wieder eine interessante Route zusammengestellt und wird auch wieder von Frau Heinacher gesammelte Hilfsgüter mitnehmen, die dort noch dringend benötigt werden.

Gerhard Kuebart

Unser Reiseplan

1. Tag: Fahrt ab Wuppertal über die A2 in den Raum Posen mit Zustiegen zum Beispiel in Hannover oder Berlin-Schönefeld.

2. Tag: Fahrt nach Warschau, Stadtrundfahrt, Altstadt Schloss Besichtigung, Abend zur freien Verfügung (Programgestaltung vor Ort). Eine Übernachtung.

3. Tag: Ab Warschau über Lomza, Johannisburg und Arys nach Lyck. Besuch der Deutschen Minderheit am Wasserturm, weitere Gestaltung offen. Eine Übernachtung.

4. Tag: Mit einem kurzen Aufenthalt in Treuburg fahren Sie durch das Suwalciner-Gebiet, zum Drei-Länder-Eck (PL/RUS/LT). Es geht über die litauische Grenze. Sie erreichen das Hotel Viktoria am Wystiter See. Nach dem Zimmerverteilen können Sie die Idylle des größten Sees im Königsberger Gebiet mit der Möglichkeit zum Baden genießen. Eine Übernachtung.

5. Tag: Fahrt entlang der litauisch-russischen Grenze nach Kybartei. Eventuell bei Interesse Fahrt



Verborgen im Wald. Das Forshaus wird auch Ziel der Rundfahrt durch den Kreis Ebenrode sein Bild: Petra Greßus

nach Kurdis Naumestis (Museum). Die russische Grenze überquerend erreichen Sie am Nachmittag das ehemalige Preußische Hauptgestüt Trakehnen, wo Sie im Gasthaus „Alte Apotheke“ wohnen werden. Zwei Übernachtungen.

6. Tag: Fahrt nach Ebenrode / Stallupönen. Stadtbesichtigung (mit Museumsbesuch). Von dort startet unsere Rundfahrt durch den ehemaligen Kreis – unter anderem Kassuben, Birkenmühle, Tollmingkehmen, Forsthaus Warnen durch die Rominter Heide, Schlossberg und Gumbinnen. Besuch der Salzburger Kirche, neue Russisch-Orthodoxe Kirche, Fresko in der ehemaligen Friedrichschule und vieles mehr. Abends nach Trakehnen zurück. (Möglichkeit mit Taxen in die Heimatorte zu fahren).

7. Tag: Über Insterburg mit Fotostopp in Georgenburg und der ehemaligen R1 folgend erreichen wir Königsberg zur Stadtrundfahrt. Besichtigt werden der Dom, der Hauptbahnhof, das Königstor, das neue WM-Stadion und vieles mehr. Eine Übernachtung.

8. Tag: Fahrt über Heiligenbeil (Besuch des Soldatenfriedhofes). Wir erreichen Frauenburg,(Dom und Haff). Die Gestaltung ist noch offen. Alternative: Elbing, Altstadt und Oberlandkanal.

9. Tag: Über Elbing und Marienburg der R 1 folgend nach Dlugie zum Hotel Wodnik am See, letzte Übernachtung.

10. Tag: Nach dem letzten gemeinsamen Frühstück heißt es Abschied nehmen. Heimreise zu Ihrem Ausstiegsort.

Gefahren wird in einem modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC, Kaffeeküche und Getränkeservice. Vorgesehen sind neun Hotelübernachtungen, davon zwei im Gasthaus „Alte Apotheke“ in Trakehnen und in ausgesuchten Privatquartieren, immer mit Halbpension, Doppelzimmer, Dusche und WC. Anmeldung und Auskünfte: Telefon (0202) 500077. Wir bitten um rege Teilnahme.

GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Heimattreffen

Zum 51. Gesamtdeutschen Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen am 24. März in das an der B191 gelegene Landhotel in Spornitz, nahe Parchim, laden wir alle Landsleute und daran interessierte Teilnehmer herzlich ein.

Die Veranstaltung findet von 10 bis 17 Uhr statt Es wird Wissenswertes über Ostpreußen zu hören sein. Ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die Heimat sind vorgesehen und werden die Vergangenheit zur Gegenwart werden lassen, sodass der Landsmann und auch der Nichtostpreuße hiervon beeindruckt sein werden und gerne zu Nachfolgetreffen kommen werden.

Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenounkt Ludwigslust erreicht werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden.

Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze. Eine Übernachtung sollte rechtzeitig mit Frau Thiedt unter der Telefon (038726) 880 vereinbart werden. Auskunft erteilt Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinkman-Straße 14b, 19370 Parchim, Telefon und Fax: (03871) 226238, E-Mail: friedelhahn@arcor.de.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Buchvorstellung

Mit dem Ortsatlas des Kirchspiels Gawaiten/Herzogsrode ist es den Autoren Annelies und Gerhard Trucewitz gelungen, die Dokumentation aller Dörfer des Kirchspiels Gawaiten (ab 1938 Herzogsrode) fertigzustellen. Mitgearbeitet haben die Mitglieder der Kreisgemeinschaft G. Armhold, H.-P. Phielipeit und H. Zander. Gewidmet wurde der Ortsatlas Herrn Heinz Baranski, der sich schon in den 1980er Jahren als Chronist seines heimatlichen Kirchspiels Gawaiten einen Namen machte.

Aus dem Inhalt: Die Zeittafeln der einzelnen Dörfer, sowie eine Kirchen- und Kirchspielchronik geben umfangreich Kenntnis über die Geschichte des ganzen Kirchspiels von der Besiedlung bis in die heutige Zeit. Die Ortsdokumentationen umfassen den Ortsplan (nach Messtischblatt gezeichnet) mit Einwohnerlegende (Stand 1944), die Infrastruktur, das Schulwesen, zum Großteil noch nicht veröffentlichte Zeitzeugenberichte, Erinnerungen und soweit vorhanden, Fotoseiten zu allen Orten. Ergänzt wird dieser Teil des Buches durch einen alphabetischen Namensindex und eine tabellarische Aufstellung der russischen Ortsbezeichnungen für die Dorfgemeinden des Kirchspiels Gawaiten mit den heutigen Einwohnerzahlen aus der allrussischen Volkszählung 2010 [Oblast Kaliningrad].

Das Kapitel über den Ersten und Zweiten Weltkrieg mit seinen Auswirkungen im Bereich des Kirchspiels Gawaiten wird zusätzlich mit Zeitzeugenberichten und Luftbildaufnahmen der deutschen Luftwaffe von 1944 dokumentiert. Den Abschluss der Fotodokumentation bilden die Farbfotoseiten zum Thema „Spurensuche.“

Dokumentierte Gemeinden: Dakehnen/Daken, Egglenischken/Preußischnassau, Eszergallen/Tiefenort, Gawaiten/Herzogsrode, Gelluszuhnen/Gellenau, Grischkehmen/Grischken, Groblischken /Ringfelde, Gr. Gudellen/Großguden, Gulbenischken/Gulbensee, Jurgaitschen/Kleinau, Kaszemeken/Kaschen, Kl. Gudellen/Kleinguden, Kurnehnen/Kurnen, Linkischken/Rabeneck, Loyken/Loken, Maleyken/Maleiken, Meschehnen/Wehrfeld, Murgischken /Bastental, Pelludszen/Pellau, Plawischken/Plauendorf, Schaltinnen/Quellental, Schardeningken/Schardingen (mit Pabbeln), Schlaugen, Skarupnen/Hartental, Stonupönen/Kaltenbach, Stukatschen/Freienfeld, Stumbern/Auersfeld, Szeeben/Scheeben, Wannaginnen/Wangenheim, Zodschen/Zoden.

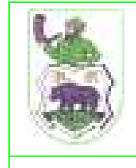
Der Ortsatlas (ISBN 978-3-9815253-7-3) erscheint im DIN-A4-Format. Der Einband ist broschiert. Die 394 Seiten sind reich bebildert. Der Preis beträgt 34,90 Euro plus Versand. Zu beziehen ist er bei: Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade, Telefon (04141) 7977537 (nur mittwochs) oder (04142) 3552, E-Mail: verkauf@goldap.de.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de



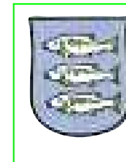
INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Lesung

Krefeld – Freitag, 16. März, 18.30 Uhr, Altes Rathaus, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld: Eine literarische Reise zwischen Ostpreußen und dem Niederrhein. Der Journalist Eberhard Jung liest Text seiner Urgroßtante, der ostpreußischen Dichterin, Frieda Jung. Hans Wilbers trägt unter dem Motto „Vertällekes von Köeb“ Kurzweiliges in Uerdinger Mundart vor. Weitere Informationen, Telefon (02151) 48991.

E-Mail: info@insterburger.de. Eine Voranmeldung ist aus Platzgründen erwünscht.

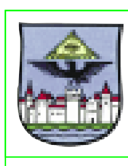


LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellung

Sonnabend, 24. März: Eröffnung der Ausstellung „Carl Knauf – ein unvergessener Maler der Künstlerkolonie Nidden“. Dr. Bernd Schimpke, Hamburg, der Sammler von Knauf-Gemälden und Leihgeber der Werke dieser Ausstellung, ist anwesend. Er stellt seine Bücher „Nidden – Landschaft der Sehnsucht“ und „Künstlerkolonie Nidden – Eine Landschaft voll Licht und Farbe“ vor. Das Zustandekommen dieser Ausstellung ist der Zusammenarbeit mit Dr. Jörn Barfod vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, zu verdanken. Die Ausstellung wird bis Ende Juli gezeigt.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachbarschafts-Treffen

Eitorf – Das Nachbarschaftstreffen der drei Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit findet am 26. Mai im Hotel Schützenhof, Windecker Straße 2, 53783 Eitorf, statt. Ausrichterin ist diesmal die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit.

Eitorf ist ein übersichtliches Städtchen im Westen Deutschlands, im Rhein-Sieg-Kreis, nicht weit entfernt von Bonn und Köln. Von Siegburg aus einige Kilometer die Sieg flussaufwärts malerisch zwischen Westerwald und Bergischem Land gelegen, gehört der Ort jedoch nicht zum Siegerland, sondern ist eindeutig dem Rheinland zuzuordnen, was sich unter anderem im Brauchtum (Karneval) und in der Mundart widerspiegelt.

Es mag jetzt Ihr Interesse geweckt sein, die reizvolle Region abseits des großen Fremdenverkehrs und doch unweit des Rheins kennenzulernen. Planen Sie also die Teilnahme am Nachbarschaftstreffen ein und buchen Sie ein paar Urlaubstage vor oder/und nach dem 26. Mai im Hotel Schützenhof. Das Haus verfügt über Saunen und ein Schwimmbecken. Es ist unter Telefon (02243) 8870 oder per E-Mail zu erreichen: info@hotelschuetzenhof.de. Das Hotel hält für uns ein Zimmerkontingent unter dem Stichwort „Ostpreußen“ bis zum 31. März vor (Doppelzimmer: 94 Euro, Einzelzimmer 64 Euro).

Eitorf ist mit der Bahn unschwer zu erreichen: Von Köln aus besteht zweimal stündlich eine Verbindung auf der Strecke nach Siegen. Vom Bahnhof sind es gut zwei Kilometer bis zum Hotel mit dem Taxi oder dem Bus (Nr. 571), immer zehn Minuten nach der vollen Stunde (außer Sonnabends und Sonntag).

Das Treffen beginnt um 10 Uhr (Einlass 9 Uhr) und endet um 17 Uhr. Unentgeltliche Parkplätze stehen am Hotel zur Verfügung. Zum Mittagessen werden vier preisgünstige Gerichte angeboten. Am Nachmittag gibt es Kaffee und Kuchen. Es erwartet Sie ein ansprechendes Programm. Eintritt wird nicht erhoben, für eine Spende wären die Veranstalter dankbar. Für die vor dem Veranstaltungstag (26. Mai) anreisenden Teilnehmer wird im Hotel ein Raum reserviert, wo wir am Freitag, den 25. Mai um zirka 19 Uhr das Abendessen gemeinsam einnehmen können, um anschließend noch schöne Stunden miteinander zu verbringen.

Anzeige

Und meine Seele spannte weit
ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande,
als flöge sie nach Haus.
Joseph von Eichendorff

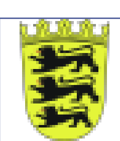
Elfriede Zander
geb. Schulz

* 28. April 1934 in Insterburg
† 25. Februar 2018 in Lüdenscheid

In Liebe und Dankbarkeit
haben wir Abschied genommen.:
Deine Kinder, Enkel, Urenkel und Angehörige

58513 Lüdenscheid, Am Waldberg 3

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Zusendungen für Ausgabe 12

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 12/2018 (Erstverkaufstag: 23. März) bis spätestens Donnerstag, 15. März an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Landesgruppe – Sonnabend, 10. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Schlossstraße 92, Stuttgart: Ostdeutscher Ostermarkt mit kulinarischen Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, schlesischer Mohn- und Streußelkuchen oder Ostpreußischer Raderkuchen. Daneben präsentieren die verschiedenen Aussteller Literatur ihrer Heimatlandschaften, musikalische Raritäten und handwerkliche Kunst. Die Ausstellung „Banater Orgeln und Orgelbauer“ im Haus der Heimat sowie die Bibliothek im vierten Stock sind von 11 bis 15 Uhr geöffnet. Eine kleine Cafeteria rundet das Angebot ab und bietet Möglichkeit zum Gespräch. Weitere Informationen: DJO-Deutsche Jugend in Europa, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart, Hartmut Liebscher, Telefon (0711) 625138, Fax (0711) 625168, E-Mail: hartmut@djobw.de.

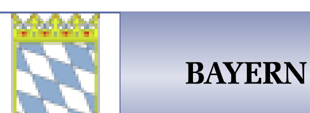
Landesgruppe/Stuttgart/Mannheim – Vom 26. Juli bis 8. August ist eine Fahrt in das Memelland geplant. Wir fliegen am 26. von Frankfurt nach Wilna und anschließend geht es mit dem Bus nach Memel in das Hotel Amberton. Vom 27. bis 29. Juli findet dort das Meeresfest statt und wir unternehmen bis zum 1. August diverse Rundfahrten durch das Memelland. Am 2. August geht es für vier Nächte nach Birstonas bei Druskininkai, dem litauischen Kurort, in das Vier-Sterne-Hotel „Vytautas Spa“. Von hier aus starten wir nach Kaunas mit Besichtigung der Bierbrauerei Volfas Engelmann, des barocken Klosters Pazaislis und der Festungsanlage „IX Fortas“. Ein weiterer Ausflug führt in den Dzukija Nationalpark, in das Städtchen Merkine mit dem historischen Burghügel, der eine atemberaubende Aussicht bietet, in den sowjetischen Park „Grutas“ in Druskininkai, zur Heiligen Dreifaltigkeitskirche und auf den Burghügel in Liskiava. Am 6. August geht es von Birstonas über Trakai nach Wilna in das Hotel „Radisson Blu Lietuva“. Am 7. besichtigen wir die Altstadt von Wilna. Rückflug ist am 8. August. Der Reisepreis beträgt pro Person im Doppelzimmer 1350 Euro und 1735 Euro im Einzelzimmer. Im Preis enthalten: Direktflug von Frankfurt nach Wilna und zurück mit der Lufthansa, sieben Übernachtungen mit Frühstück in Memel, vier Übernachtungen/Halbpension in Birstonas, zwei Übernachtungen/Halbpension in Wilna. Alle Rundfahrten wie beschrieben. Wegen der Flugbuchung bei Lufthansa ist eine schnelle Anmeldung erforderlich: Uwe Jurgsties, 68542 Heddesheim, Kirschblütenstraße 13, Telefon (06203) 43229, oder per E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Ludwigsburg – Dienstag, 20. März, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.

Reutlingen – Der Vorstand lädt herzlich zur Jahreshauptversammlung am Sonnabend, 10. März um 14 Uhr, ein. Die Veranstaltung findet im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a in Reutlingen statt. Folgende Punkte stehen auf dem Programm: Begrüßung durch die Erste Vorsitzende, Gedenken an die verstorbenen Mitglieder, Ilse Hungers Jahresrückblick 2017/2018, Berichte der Kassenwartin Marianne Praß, der Kassenprüferin Elisabeth Hirzel und der Frauengruppenleiterin Erika Manzau-Schmidt.

Es folgt die Aussprache. Danach werden langjährige Mitglieder geehrt. Nach der Pause gibt Peter Jermann in Bild und Ton einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Wir bitten wegen der Essensvorbestellung um kurze Anmeldung bei Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541.

Ilse Hunger



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 23. März, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Heimatliches Essen (Bratkartoffeln mit Sülze). Anschließend liest Marie Luise Rossius aus Werken von Drober, Menges und Lanz.

– Wichtige Termine 2018 –

Sonnabend, 14. April, 19.30 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloss Ellingen: **Kulturtagung.**

Freitag, 27. April, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Gemeinsames Essen (Heimatliche Käseplatte). Dann **bunter Heimatabend** mit Beiträgen über und aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg und dem Sudetenland.

Freitag, 25. Mai, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: „Angekommen? Auf den Spuren der Pommern in Bayern“ – **Filmabend.** Vorher heimatliches Essen (Pommersche Kartoffelsupp).

Sonnabend, 23. Juni: Tagesausflug **nach Oberschleißheim und München.** Besuch der Sammlung „Es war ein Land ...“ im Schloss Schleißheim. Anmeldung bei Landsmann Bethke, Telefon (09831) 80961.

Freitag, 28. Juli, 19 Uhr, Gastwirtschaft „Röschelskeller“, Gunzenhausen: **Sommerabend der Landsmanschaften.**

Donnerstag, 20, bis Sonntag, 23. September: Landeskulturfahrt nach Danzig. Flug München-Danzig. Stationen: Hela, Marienburg, Elbing, Frauenburg, Cadinen. Anmeldung bei Landsmann Bethke, Telefon (09831) 80961.

Freitag, 28. September, Gasthof Krone, Gunzenhausen: „Historische Reise nach Ost- Westpreußen und Pommern“ – **Lichtbildvortrag.** Vorher heimatliches Essen (Pommersche Kohlrouladen).

Sonnabend, 27. Oktober, 9.30 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloss Ellingen: **Kulturtagung.**

Freitag, 23. November, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: **„Der Tierfilmer Heinz Sielmann“ – Filmabend.** Vorher gemeinsames Essen (Curry-Wurst).

Sonntag, 16. Dezember, 15.30 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: **Vorweihnachtlicher Nachmittag** mit Kaffee, Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.

Ansbach – Sonnabend, 17. März, 15 Uhr, Orangerie: „Was uns die Eltern von Heimat und Familie erzählten“ – Erinnerungen von Christel Tagsold, Oswin Palfner, Astrid Kübrich und Heide Bauer. – Sonnabend, 24. März: Landeskulturtag im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen.

Bamberg – Mittwoch, 21. März, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Ostpreußen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Landshut – Dienstag, 20. März, 14 Uhr, Gasthaus Zur Insel: Kassenprüfung und Jahreshauptversammlung.



BERLIN

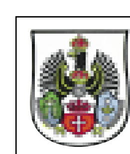
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



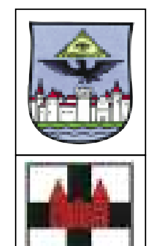
Rastenburg – Sonntag, 11. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



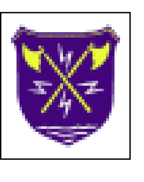
Frauengruppe – Mittwoch, 14. März, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: gemeinsames Treffen, Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 23. März, 14 Uhr. Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 24. März, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Kaliningrad statt Königsberg?

Ein Plädoyer für die Verwandlung der historischen deutschen Städtenamen

Auch bei der Berichterstattung über den – inzwischen abgesagten – Auftritt einer deutschen Bundesligamannschaft in Königsberg (Seite 19) war es immer wieder hören: „Am 22. März findet das Testspiel in Russland statt – Schalke eröffnet das WM-Stadion in Kaliningrad“. So oder ähnlich lauten noch in diesen Tagen die Überschriften in den Medien.

Die russische Hauptstadt hatte seit ihrer Gründung nie eine angestammte deutsche Volksgruppe,

Niemand sagt Praha statt Prag

und dennoch wird sie in unseren Medien nicht Moskwa genannt, sondern Moskau. Doch die 1255 vom Deutschen Orden gegründete und bis 1945 deutsch besiedelte Hauptstadt Ostpreußens, Königsberg, wird dagegen fast immer mit ihrem Kunstnamen Kaliningrad bezeichnet. Ist dies dem Anliegen der Medien geschuldet, politisch korrekt zu sein? Immerhin war Michail Iwanowitsch Kalinin von 1923 bis 1946 als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR formelles Staatsoberhaupt der Sowjetunion. Er war ein willfähriger Gefolgsmann Stalins und zweifellos wie dieser ein Massenmörder.



1255 gegründet und bis 1945 deutsch: Königsberg, Hier eine historische Stadtansicht Bild: archiv

Nun, wenn ich fordere, statt Kalinigrad den ehrwürdigen deutschen Städtenamen Königsberg zu verwenden, mag man mir vorwerfen, ich sei ewiggestrig. Vielleicht auch, dass die deutschen geografischen Bezeichnungen Vergangenheit seien, „ehemalig“ sozusagen. Doch das sind sie nicht. Sie sind nicht ehemalig, sondern erhalten geblieben, als Teil unserer deutschen Sprache, unserer Kultur und unserer Geschichte. Übrigens einer Sprache, Kultur und Geschichte, die alle Deutschen angeht, nicht nur die Vertriebenen.

Wenn wir „Warschau“ statt „Warszawa“ und „Prag“ statt „Praha“ sagen dürfen, dann doch wohl auch „Königsberg“ statt „Kaliningrad“, „Tilsit“ statt „Sowjetsk“ oder auch „Danzig“ statt „Gdansk“. Übrigens bestanden Ortsnamen im deutschen Sprachgebiet und in den Nachbarländern schon Jahrhunderte nebeneinander, je nach der Sprache, in der sie verwendet wurden. So können auch die Polen Dresden nach wie vor „Drezno“ nennen, ohne dass wir ihnen dies vorhalten. Ein Beispiel in der westlichen Nachbarschaft: Lüttich wird von seinen (wallonischen) Einwohnern „Liège“ und von den Flamen „Luik“ genannt. Auch Königsberg wurde und wird von unseren Nachbarn unterschiedlich genannt: von den Polen „Królewiec“ und von den Litauern „Karaliautschi“. Die Russen nannten es früher „Kenigsberg“, erst die Sowjetunion verordnete den Namen „Kaliningrad“. Selbst die Russen nennen Kaliningrad deshalb umgangssprachlich häufig „Kenig“.

Wir Ostpreußen reisen oft und gerne in unsere frühere Heimat, ob sie heute in Litauen, Polen oder in Russland liegt. Niemand dort hat etwas dagegen, wenn wir die deutschen Namen anstelle der heutigen verwenden. Die jetzigen Bewohner dieser Gebiete wundern sich eher, wenn wir die heutigen Städtenamen verwenden und – bei meist mangelhaften Fremdsprachenkenntnissen – häufig falsch aussprechen.

Deshalb plädiere ich für die Verwendung der historischen Namen deutscher Städte im Königsberger Gebiet, doch auch im Baltikum, in Polen und in Tschechien. Ich fordere mehr Selbstbewusstsein in dieser Frage und vor allem auch ... Rücksichtnahme auf uns, die Vertriebenen.

Wilhelm Kreuer, Landesvorsitz Nordrhein-Westfalen



BRANDENBURG

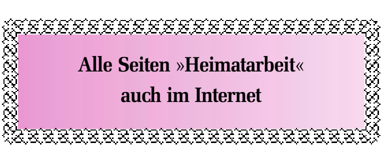
Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Landesgruppe – Einladung zur Rundreise „Die Burgen des Deutschen Ordens“ im Zusammenwirken mit der Urania Potsdam. Sie führt vom 17. bis 23. August durch Westpreußen und den heute polnischen Teil Ostpreußens auf den Spuren des Deutschen Ordens, entlang der von ihm gebauten Burgen und Schlösser und der von ihm inspirierten Bischofsburgen. Der Reiseverlauf: Nach der ersten von drei Übernachtungen in Thorn erreichen wir nach einem kleinen Spaziergang durch Kulm die Ordensschlösser Schwetz, Marienwerder und Rehden. Am dritten Tag besuchen wir die Marienburg, das Zisterzienserkloster in Pelplin und die Ordensburg in Mewe. Wir wechseln zum Hotel nach Allenstein (drei Übernachtungen) und sehen uns das Renaissanceschloss Gollub, die Burg in Neidenburg und die Gedenkorte um Hohenstein zur Schlacht von Tannenberg sowie das ethnografische Freilichtmuseum an.

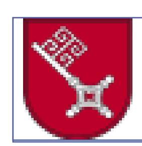
Die Bischofsburgen von Rößel und Heilsberg verdeutlichen eindrucksvoll den Einfluss der Deutsch-Ordens-Architektur auf kirchliche Residenzen, der Wallfahrtsort „Heilige Linde“ steht bis heute für die tiefe Religiosität der in der Region vormals und heute lebenden Menschen. Rastenburg, Rhein und Burg Allenstein zeigen das Erbe des Deutschen Ordens, bevor wir den siebten Tag nach einer Besichtigung der Erzkathedrale in Gnesen – mit der zweiflügeligen Bronzetür im Südportal (zirka 1160–1180), auf welcher das Martyrium des Heiligen Adalbert in Preußen mit 18 Reliefs dargestellt ist – wieder nach Potsdam heimkehren.

Im April oder Mai wird die Urania einen für jedermann zugänglichen Einführungsvortrag veranstalten (Der Termin wird hier bekanntgegeben). Die Teilnahme an der Exkursion ist offen für alle. Sie sind herzlich eingeladen. Die Kosten betragen mit Frühbucherrabatt (bis 17. April) 959 Euro (Einzelzimmerzuschlag: 120 Euro). Nähere Informationen unter Urania Potsdam, Telefon (0331) 291741.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



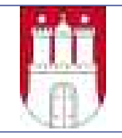
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



BREMEN

Bremen – Am Montag, 19. März, findet ab 15 Uhr im Großen Salon des Hotels zur Post, Bahnhofsplatz, unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt. Hierzu laden wir herzlich ein. – Gäste sind willkommen. Neben den Berichten und der Abstimmung über die Entlastung steht auch die Neuwahl des Vorstandes an. Anträge zur Mitgliederversammlung sind bis zum 15. März an unsere Geschäftsstelle, Parkstraße 4, 28209 Bremen zu richten!

Im Anschluss sehen wir die Reportage „Bei Amalia – Eine Deutsche aus Kasachstan betreut die Kirche in Mühlhausen, Kreis Preußisch Eylau, in Ostpreußen“, vorgetragen per Media-Player von Jonny Reimers, Bremen.

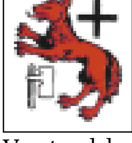


HAMBURG

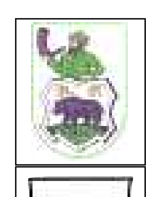
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Donnerstag, 22. März, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Delegiertenversammlung der Landesgruppe.

KREISGRUPPEN

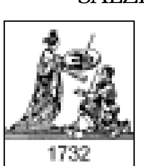


Heiligenbeil – Zum Frühlingsfest am 6. April im AWO-Seniorentreff in Hamburg-Horn lädt der Vorstand herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen möchten wir in geselliger Runde einige fröhliche Stunden miteinander verbringen. Das Fest beginnt um 14 Uhr. Der AWO-Seniorentreff befindet sich im Stadtteilhaus „Horner Freiheit“, Am Gojenbohm 46, 22111 Hamburg. Zu erreichen ist es mit der U2 Richtung Mümmelmannsberg oder mit U4 Richtung Billstedt. Sie fahren bis zur Station Horner Rennbahn. Hier den Ausgang Gojenboom benutzen. Sie stehen dann direkt vor dem Stadtteilhaus. Gäste sind herzlich willkommen, darum bringen sie gerne Freunde und Verwandte mit. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Anmeldungen bei Landsmann K. Wien, Tekefon 30067092, oder bei Sabine Radojkovic, Telefon 2503306. Ihr Kommen müssten Sie uns bis zum 4. April mitteilen.

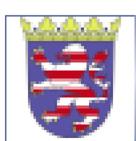


Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 17. März, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Die Landesgruppe Hamburg (Schleswig-Holstein/Nordniedersachsen) trifft sich zu diesen Vorträgen: „Begebenheiten und Merkwürdigkeiten aus dem Ostpreußen des 19. Jahrhunderts“. Referent ist Rudolf Forstreuter. Den Reisebericht „Patagonien – Tierra del Fuego“ hält dann Eckhard Schlemminger, Hamburg. Mitglieder des Vereins und Gäste sind herzlich willkommen.

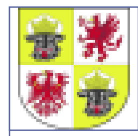


HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar – Montag, 12. März, um 12 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Grützwurstessen mit Referat von Karla Weyland zum Thema „Was Essen zum Genuss macht“. Sie erläutert ostpreußische Spezialitäten und informiert über Gebräuche beim Essen und Trinken. Das Treffen beginnt mit einem Grützwurstessen, das es gegen Vorbestellung gibt. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 13. März, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Um „heitere Geschichten aus der Heimat“ geht es beim Treffen der Frauengruppe. Gäste sind herzlich willkommen. Sonnabend, 17. März, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: „Ostpreußische Mandelfreuden – Marzipan selbst gemacht“. Ein Bilder-Vortrag von Helga Kukwa, die mit ihrer Familie die weltberühmte Spezialität schon seit vielen Jahren in den eigenen vier Wänden herstellt. Natürlich nur für den privaten Gebrauch. Nach eigenen Rezepten entstehen in Handarbeit liebevoll geformte und knusprig geflämmte Köstlichkeiten für Herz und Gaumen. Helga Kukwa erzählt, wie ihr Marzipangebäck nach Königsberger Art zubereitet wird und welche Zutaten verwendet werden. Vor dem Vortrag: Beisammensein bei Kaffee und Kuchen von der Konditorei Gehlhaar.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 10. März, 10 bis 17 Uhr, Volkshaus Anklam, Baustraße 48-49: Großes Frühlingstreffen der Ostpreußen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391.

Osnabrück – Freitag, 16. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die Frühjahrstagung der Landesgruppe (Landes-Delegierten-, Kultur- und Frauentagung) findet statt am Sonnabend, 17. März, ab 10 Uhr, im Haus Union, Schenkendorfstraße 13, 46047 Oberhausen. Die Jahreshauptversammlung endet etwa um 12.30 Uhr. Danach findet das Mittagessen statt. Der Tagungsbeitrag von 15 Euro beinhaltet das Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen. Das Nachmittagsprogramm bietet gleich drei Höhepunkte:

Erstens: Professor Udo Arnold, Bad Münstereifel, spricht zum Thema „Vom Ordensland zum Preußentum. Preußen als erstes protestantisches Fürstentum“.

Zweitens: Der Vortrag „Preußens Einwanderer in der Literatur am Beispiel der Erzählung ‚Der Geburtstag‘ von Agnes Miegel“ von Dr. Bärbel Beutner, Münster:.

Drittens: Paul Sobotta, Wesel, stellt die „Preußische Tafelrunde“ vor. Alle Mitglieder der Landsmannschaft, aber auch Freunde Ostpreußens sowie interessierte Gäste sind herzlich eingeladen.

Bonn – Sonnabend, 17. März, 10 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße 13, 46047 Oberhausen: Landes-Delegierten- und Kulturtagung (Frühjahrstagung). – Dienstag, 27. März, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises.

Dortmund – Montag, 19. März, 14.30 Uhr, Landgrafenstraße 1–3 (Eingang Märkische Straße): Monatliche Zusammenkunft in der Heimatstube.

Düsseldorf – Freitag, 9. März, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtischtreffen, Donnerstag, 15. März, 18 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Offenes Singen mit Marion Cals.

Köln – Zum nächsten Treffen der Ostpreußengruppe fahren wir am Mittwoch, 14. März, wieder in das „Café zum Königsforst“ mit der KVB-Linie 9 bis zur Endhaltestelle Königsforst. Das herrliche Ambiente dieses Lokals und die gemütliche Atmosphäre, die uns die pommersche Runde entgegenbrachte, spricht dafür, dass wir im Jahre 2018 die Zusammenkünfte dort gemeinsam gestalten werden. An dieser Stelle möchten wir der Pommerngruppe unseren herzlichsten Dank aussprechen.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

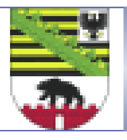
Witten – Montag, 19. März, 15 Uhr, Versammlungsraum, Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Offenes Singen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Die Landesgruppe lädt alle interessierten Ostpreußen und Freunde Ostpreußens zum Regionaltreffen am Sonnabend, 9. Juni, nach Leipzig ein. Das diesjährige Motto „Spurensuche“ verspricht interessante Vorträge und kulturelle Beiträge. Unterstützt wird die Veranstaltung von der Kreisgemeinschaft Wehlau und Labiau sowie vom „Kreis Samland Verein.“ Sie ist offen für alle „Ostpreußischen Kreisgemeinschaften“. Veranstaltungsort ist der Saal des Kleingartenvereins „Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig. Einlass ist ab 9 Uhr, Beginn um 10 Uhr. Weitere Informationen: Landsmann Eberhard Grashoff, Robinienweg 6, 04158 Leipzig. Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de. *Alexander Schulz, Landesvorsitzender*



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 23. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte VS Gardelegen: Treffen zum Thema „Erinnerungen an 25 Jahre LOV.



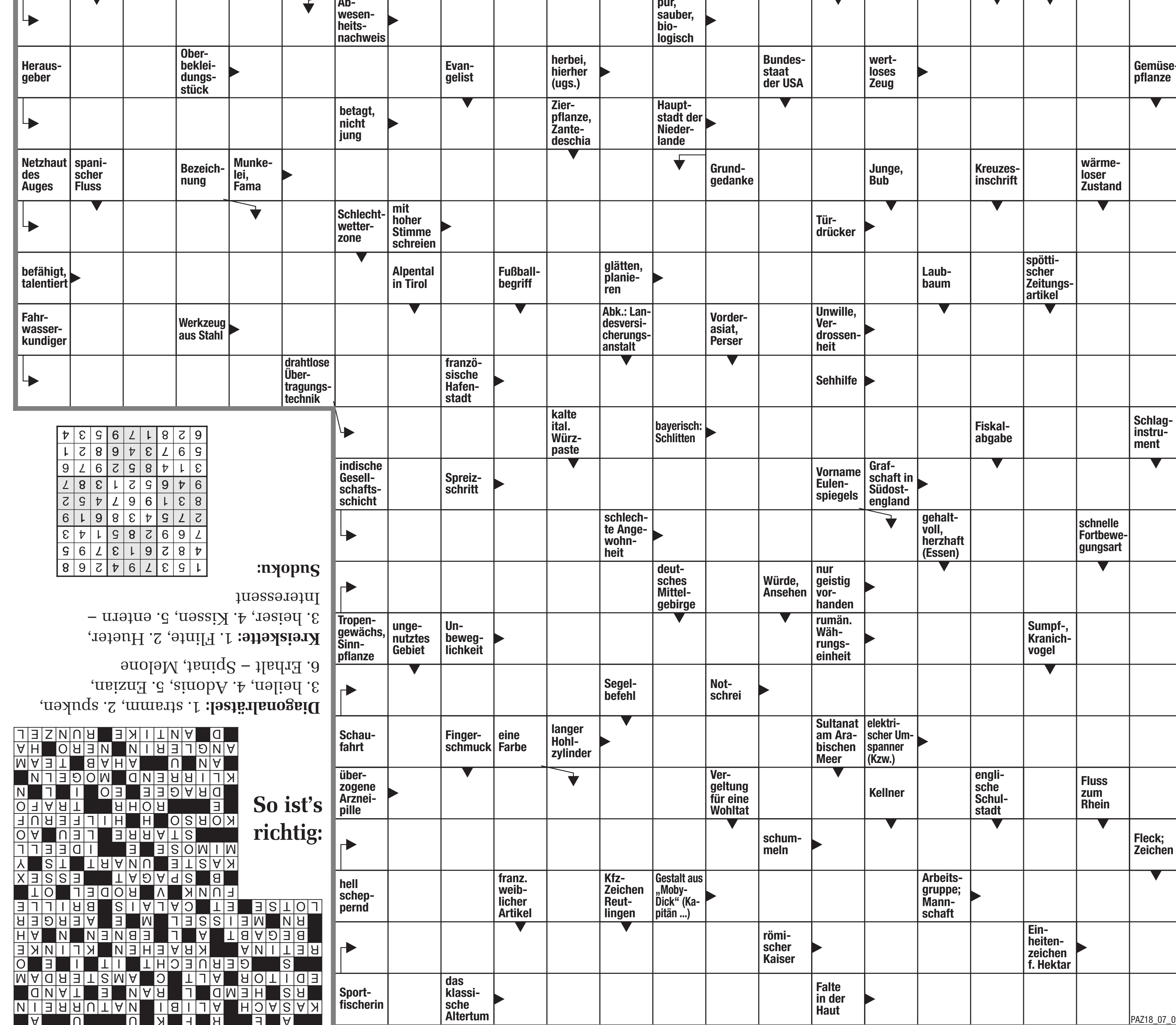
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 13. März, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Der Kreisvertreter von Rastenburg, Hubertus Hilgendorff aus Flehm, spricht über aktuelle Themen zu Ostpreußen und zum Ostpreußischen Landesmuseum. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Mittwoch, 14. März, 15 Uhr AWO-Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22: Kaffeetafel und Jahreshauptversammlung.

Neumünster – Mittwoch, 14. März, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Jahreshauptversammlung. Nach dem Jahresrückblick beginnt der gemütliche Teil. Gäste sind willkommen.



Sudoku

1			7		4			8
4		2	6		3	7		5
				8				
	7	5				6	1	
			9		7			
	4	6				3	8	
				5				
5		7	3		6	8		1
6			1		9			4

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

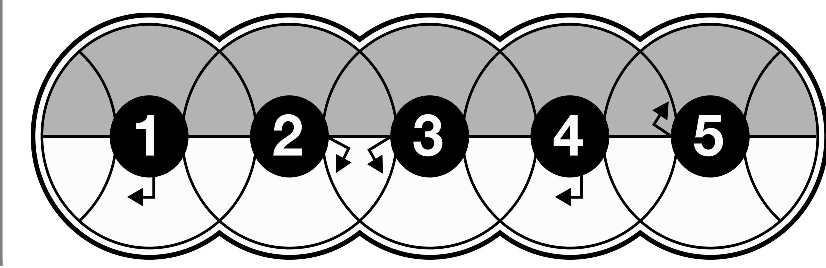
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gartenerzeugnisse.

1 straff, gespannt
2 als Gespenst umgehen
3 gesund machen
4 schöner Jüngling der griech. Sage
5 Gebirgs-, Heilpflanze
6 Entgegennahme, Empfang

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für einen potenziellen Käufer.

1 Schrotgewehr, **2** Bewahrer, Wächter, **3** rau und fast tonlos (Stimme), **4** Sitzpolster, **5** ein Schiff auf See erstürmen



Mit ostpreußischem Fußballkönnen

Das Königsberger Fußballstadion wird wohl Schalke 04 einweihen – Fussball-Historiker geraten schon vorab ins Schwärmen

Eigentlich sollten die Bundesligaprofis von Schalke 04 unter Cheftrainer Domenico Tedesco am 22. März das neue WM-Stadion in Königsberg mit einem Spiel gegen den russischen Zweitligisten FK Baltika Kaliningrad eröffnen. Dank eisiger Temperaturen wurde das Treffen zunächst einmal abgesagt. Kenner der glorreichen Schalker Vereinsgeschichte werden es besonders bedauern, denn Schalke und Königsberg sind auf ungewöhnliche Weise miteinander verbunden: Seinen legendären sportlichen Ruhm verdankt der Verein Fußballern mit ostpreußischen Wurzeln.



Das neue Stadion in Königsberg kurz vor der Fertigstellung: Es liegt auf einer Insel im Pregel. Eingeweiht wird es jetzt wohl im April Bild: Imago





Mit dem „Schalker Kreisel" spielten sie alle schwindelig: Ernst Kuzorra (oben) und Fritz Szepan. Beide hatten ostpreußische Wurzeln Bilder (2): Archiv

Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts kamen viele Einwanderer – vor allem aus den ländlichen Gegenden Ostpreußens – in das von der Industrie und vom Steinkohlebergbau geprägte Gebiet an der Ruhr und an der Emscher. In einer fremden Umgebung und in einer unbekannten, schweren und gefahrvollen Arbeitswelt suchten die Menschen nach einem Ausgleich in ihrer geringen Freizeit. Sie fanden ihn in vielen Zusammenschlüssen sowie weltlichen und christlichen Vereinsgründungen. Das von England kommende, den europäischen Kontinent erobernde und faszinierende Fußballspiel bot die Möglichkeit zu menschlichem Kontakt und Gemeinschaftserlebnis. Darum überraschen die vielen Gründungen von Fußballvereinen im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts nicht. Etliche Beispiele lassen sich in den Städten Gelsenkirchen und Buer nennen: Beckenhausen 05, Buer 07, Gelsenkirchen 07, Erle 08, Resse 08, Horst 08.

In der Nähe der Gelsenkirchener Steinkohlezeche Consolidation gründeten 14-jährige Lehrlinge und Jungbergleute am 4. Mai 1904 einen Fußballverein, den sie Westfalia Schalke nannten. Einen Klub gab es hier schon, einen bürgerlichen, der vom Spielverband anerkannt wurde. Westfalia Schalke hingegen war ein wilder Arbeiterverein, ein Straßengewächs. Einen eigenen Lederball konnten sie sich nicht leisten, sie spielten mit dem ausgemusterten Ball eines anderen Vereins. Sie kämpften mehr, als sie spielten. Für einen eigenen Platz war kein Geld da. Später verschaffte ein Gastwirt den Kickern ein Stück Land, das sie als Bolzplatz herrichteten.

Um endlich auch Mitglied des Verbands zu werden, schlossen sie sich dem örtlichen Turnverein an. Keine Zeitung nahm zunächst von ihnen Notiz. Vielleicht wäre es so geblieben, wenn die Schalker nicht viel schneller und perfekter als andere Mannschaften den schottischen Flachpass erlernt hätten.

Die Brüder Hans und Fred Ballmann, in England groß geworden, brachten diese Spieltechnik zu Beginn der 20er Jahre mit. Der Ball wurde nun nicht mehr weit und hoch gedroschen, sondern in flachen, kurzen Pässen zum besser postierten Mitspieler gegeben, hin und her, schnell, präzise, bis die gegnerische Abwehr durcheinander geriet. Als dieses System so ausgereift war, dass die Kreisligamannschaft aus Schalke sogar namhafte Konkurrenten schlug, hieß es „Schalker Kreisel".

So reiften Mitte der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts diese jungen Männer von der Grenzstraße in Gelsenkirchen-Schalke zu einer vorzüglichen Fußballmannschaft heran. Diejenigen, die diese Leistung bewirkten und eine Anzahl begabter Fußballspieler um sich scharten, waren die noch heute legendären Größen Ernst Kuzorra und Fritz Szepan.

In der Ruhrgauliga, der damaligen höchsten Fußballspielklasse, setzte sich der FC Schalke 04 als Spitzenmannschaft allmählich durch und konnte mit den übrigen Meistermannschaften in Deutschland um die Deutsche Fußballmeisterschaft spielen. Aber 1927 verloren die Schalker im Vorrundenspiel gegen München 1860; auch 1928 war das Ende der Hoffnungen die Niederlage gegen den Hamburger SV in der Vorrunde. Doch 1929 und 1930 erreichte Schalke 04 bereits die Zwischenrunde. Im Jahre 1931 konnte der FC Schalke 04 sich nicht qualifizieren, da der Westdeutsche Spielverband die Schalker Spieler zu Berufsspielern erklärt und den Verein mit einer Spielsperre belegt hatte. Nach der Sperre jedoch knüpfte Schalke 04 an die alte Leistungsfähigkeit an und erreichte 1932 mit Eintracht Frankfurt die Vorschlussrunde; aber Schalke 04 verlor 2:1. Im Jahr 1933 schien ein Traum wahr zu werden: Gegen Fortuna Düsseldorf stand der FC Schalke 04 zum ersten Mal in seiner Vereinsgeschichte in einem Meisterschaftsendspiel. Doch gegen einen starken Gegner verlor Schalke 04 in Köln mit 3:0.

> Ein wilder Arbeiterverein, ein Straßengewächs

Schließlich aber gewann am 24. Juni 1934 im Berliner Poststadion der FC Schalke 04 in einem Spiel, das heute noch wegen seines Verlaufs aufregend wirkt, gegen den 1. FC Nürnberg den ersten Titel. Die Nürnberger fühlten sich schon wie die Sieger, als Szepan in der 87. Minute noch ausgleichen und in der 90. Minute Kuzorra den Siegtreffer erzielen konnte, dabei jedoch mit einer Leistenverletzung zusammenbrach. Gelsenkirchen, eine Industriestadt, feierte ihre Helden! Die „Viktoria", die Trophäe des deutschen Fußballmeisters, war zum ersten Mal im Ruhrgebiet.

In der Meisterelf fiel als Linksaußen ein wendiger Stürmer mit Namen Emil Rothardt auf. Auf dieser Position war er in all jenen Jahren Stammspieler. Auch im Vorrundenspiel des Jahres 1927 spielte er in der Schalker Mannschaft, dort allerdings noch mit seinem ursprünglichen Namen: Emil Czerwinski. Nicht wenige im Ruhrgebiet fühlten sich wie er getroffen, wenn sie wegen ihres Namens mit dem Schimpfwort „Polacke" diskriminiert wurden. Wie viele dieser Menschen, die alle aus den deutschen Ostprovinzen stammten, nahm auch Emil Czerwinski einen deutschen Namen an – und das geschah lange vor der nationalsozialistischen Germanisierung. Aber in welcher seelischen Notlage müssen diejenigen gewesen sein, dass sie für die Integration in die deutsche Nation mit der Änderung ihres ursprünglichen Namens ein Stück Familientradition und familiengeschichtliche Zusammengehörigkeit aufgegeben haben?

Im Jahre 1936 traf Schalke dann in den Gruppenspielen zur Meisterschaft auf den Ostpreußenmeister Hindenburg Allenstein. Am 19. April 1936 besiegte Schalke vor 15 000 Zuschauern in Königsberg – in Allenstein gab es kein hinreichend großes Stadion – die Allensteiner mit 4:1. Zum Rückspiel am 3. Mai mussten diese im Ruhrgebiet antreten. In Bochum vor 29 000 Zuschauern wurden die Ostpreußen regelrecht überrollt. Das Schlussergebnis lautete 7:0 für Schalke.

Die glanzvolle Zeit von Schalke 04 waren die 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Von 1933 bis zum Jahr 1942 stand der FC Schalke 04 – bis auf das Jahr 1936 – Jahr für Jahr im Meisterschaftsendspiel; und sechs deutsche Meistertitel und die Trophäe der „Viktoria" begeisterten die Industriestadt Gelsenkirchen. Vor allem der 9:0-Sieg gegen die als Wundermannschaft vor dem Endspiel hoch gelobte Mannschaft von Admira Wien im Jahr 1939 sprengte jede Vorstellungskraft der Fußballkenner und Anhänger. In den Kriegsjahren 1943 und 1944 spielte Schalke 04 zwar noch in den Vorrundenspielen um die Meisterschaft; doch das Kriegsgeschehen, besonders die Bombenangriffe auf das Ruhrgebiet, schienen die sportlichen Kräfte zu lähmen.

Wie viele Menschen und Vereine nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges baute auch der FC Schalke 04 in Trümmern und aus Trümmern wieder auf. Die alte sportliche Heimstätte, die Glückauf-Kampfbahn, konnte bereits 1946 wieder für den Spielbetrieb genutzt werden. Die alten Spieler, die den Krieg überlebt hatten, und junge Fußballer erreichten schon bald ein solches Spielniveau, dass Schalke 04 in der britischen Besatzungszone zu den führenden Mannschaften gezählt werden konnte.

In den folgenden Jahrzehnten erfuhr der FC Schalke 04 eine wechselvolle Entwicklung. Die größte Krise für den Verein war sicherlich das Skandalspiel im Jahre 1971 gegen Arminia Bielefeld, in dem etliche Schalker Spieler für Geld einen sportlichen und strafrechtlichen Betrug begangen haben.

Jedoch beglückten auch viele sportliche Höhepunkte den Verein und den großen Freundeskreis der Schalker. Der siebente Titel eines Deutschen Fußballmeisters im Jahre 1958 weckte alte Erinnerungen. Es folgten mehrere umjubelte Siege des DfB-Pokals. Unvergessen ist auch die Bundesligasaison 2000/2001 als sich die Schalker am letzten Spieltag gegen Unterhaching mit 5:3 durchsetzten und sich vier Minuten lang praktisch sicher im Besitz der Deutschen Meisterschaft glaubten. Erst mit einem Tor in der vierten Minute der Nachspielzeit gelang es Mitkonkurrent Bayern München im Spiel gegen den Hamburger HSV in der Tabelle vorbeizuziehen. Ein Trostpflaster: Die Medien kürten Schalke zum „Meister der Herzen".

Wolfgang Freyberg

Der Autor leitet das Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (0 91 41) 86440, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Die Politik gibt den Bundeswehrsoldaten keine Rückendeckung

Zu: Wurzeln gekappt (Nr. 8)

Dank und Hochachtung Herrn Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof. Seine Betrachtung über den Entwurf zum Traditionserlass der Bundeswehr wird sicher einen großen Kreis zustimmender Leser finden. Auch in Kreisen aktiver Offizierspersönlichkeiten bis in das zuständige Ministerium dürfte Zustimmung sicher sein. Das Bild unserer Armee wäre zuversichtlicher, wenn das Foto eine Persönlichkeit präsentieren könnte, die zum Beispiel der des Generalmajors entspräche.

Die Wurzeln unserer deutschen Militärtraditionen sind spätestens seit den 1968er Jahren im Absterben. Ein ausufernder Individualismus begann alles abzulehnen (mit Rückenwind von vielen Parteien), was nach Tugenden – besonders preußischen – aussah. Ein Freiheitsheld konnte sich jeder nennen, der sich keinem Befehl, keiner Pflicht (auch nicht der „zivilen Pflicht"), keinen Vorschriften beugen wollte. Unaufhaltsam gerieten viele Zeitgenossen in eine profillose (Volks-)Masse, die nur das als lebenswert erachtet, was sich durch Beliebigkeiten (salonfähiger Egoismus) bewerkstelligen lassen kann. Heimatliebe, Kameradschaft und Opferbereitschaft werden eher einer nationalsozialistischen Gesinnung zugeordnet – auch im zivilen Leben.

Rückhalt („den Rücken stärken") erfahren unsere Soldaten in sehr geringer Weise durch ihr eigenes Volk. Eine ideelle Zurüstung gibt es also kaum – und die Ausrüstung ist ja auch nicht optimal einsatzfähig. Ob eventuell gute Gehälter Motivation „aufbessern", ist sehr fraglich. So auch die alte Frage, ob wir denn ein ausgesprochenes Feindbild benötigen – das rechtfertigt vielleicht Imponiergehabe an Russlands West-Grenze.

Wurzeln gekappt – was macht aber tragfähig, was stärkt einen Soldaten, ja, einem Volk den Rükken? Die Erkenntnisse des Herrn Generalmajor mögen beste Impulse zum Nachdenken sein.

Nun ist auch bekannt, dass das russische Volk schon immer zu seiner Armee eine andere Haltung hatte und hat. Man litt in den Familien mit den Wehrpflichtigen, war aber damit nicht gegen das Heer. Die Zahl der Wehrdienstverweigerer ist gering. Bemerkenswert erscheint mir, dass allsonntäglich (und zu anderen Anlässen) die russisch-orthodoxe Christenheit in der Göttlichen Liturgie (Chrysostomos-Liturgie) schon immer betet: „Für unser von Gott behütetes Land, für seine Regierung und sein Heer." In Russland überdauerten viele Traditionen auch die Zeit bolschewistischer Diktatur. Die Leidensfähigkeit ist sicher eine Tragkraft – die Tradition aber auch.

In unserem Land werden Sprüche wie „Soldaten sind Mörder" geduldet. Unter Beifall darf gesagt werden, dass mit preußischen Tugenden ein KZ verwaltet werden könne. Nennenswerte Proteste seitens der deutschen Regierung blieben aus. Vielleicht sind es diese Tugenden (in unserer guten Tradition), die unser Land retten könnten. Vorerst gilt jedoch die Tatsache: Gekappte Wurzeln führen zum Absterben – im militärischen wie auch im zivilen Lebensbereich.

Abschließend allen am Erscheinen der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* Mitwirkenden: Dank für die vielen klaren, deutlichen Gedanken in einer Zeit ethischer und politischer Desorientierung.

Möge die entsprechende Geisteshaltung die gekappten Wurzeln doch noch beleben. Hoffen wir so auf ein blühendes Deutschland, das sich mit Anstand, Selbstbewusstsein und Friedensliebe als deutsches Land in der Welt behaupten kann. Gott schütze unser Volk und Heer.

Hartmut Kreide, Herrnhut

Undemokratisch

Zu: Kevin ist nicht allein zuhaus (Nr. 4)

Eine dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) angeschlossene norddeutsche Tageszeitung frohlockte kürzlich mit der Überschrift: „SPD – Parteibücher erstaunlich beliebt". Da 440000 Mitglieder der Partei am Ende über den Koalitionsvertrag mit den Unionsparteien abstimmen müssen, hat man um Groko-kritische Mitglieder geworben. Ich halte dieses Verfahren für äußerst bedenklich, für undemokratisch sogar.

Millionen Wähler haben am 24. September 2017 mit ihrem Votum entschieden. Über 700 Abgeordnete haben nun das Volk zu vertreten. Diesbezüglich ist ein SPD-Ortsverein überhaupt nicht wichtig. Genossen, der Wähler hatte doch schon gesprochen.

Karl-Heinz Rieger, Kiel



Strammgestanden für die Republik: Das Wachbataillon der Bundeswehr am Bundeskanzleramt darf die Tradition als Bewacher der Politik pflegen. Andere geschichtsträchtige Traditionen werden hingegen gekappt

Bild: Mauritius

Paradies Schweiz

Zu: Von der CIA protegiert (Nr. 5)

Man konnte in den 50er Jahren lesen, die US-Gewerkschaften hätten den deutschen Gewerkschaftern beigebracht, die Arbeiter seien mit Lohnerhöhungen nur dann zufrieden, wenn sie diese durch Streik erkämpfen.

Dass es auch anders geht, sehen wir in der Schweiz. Dort sind die Gewerkschaften so vernünftig, dass man Lohnstreitigkeiten gleich durch Verhandlungen und ohne vorherigen Streik löst. Wann war dort der letzte Streik? Vor zehn, 20, 30, 40 oder 50 Jahren? Aber trotzdem verdienen die Schweizer offensichtlich nicht schlecht.

Dr. Werner Kurz, Wien

Peinlich für Kirche

Zu: AfD-Politiker wurde Moslem (Nr. 5)

Der schwer nachvollziehbare Schritt eines AfD-Mitgliedes im Land Brandenburg, den moslemischen Glauben anzunehmen, ist nicht in erster Linie eine Peinlichkeit der betroffenen Partei. Es ist vielmehr eine Peinlichkeit der Evangelischen Kirche in Deutschland. Der Mann war bislang aktiv im Gemeindekirchenrat tätig, und seine Frau arbeitet in einem evangelischen Kindergarten. Der „Bild" gegenüber begründete der Betroffene seinen Schritt, Moslem zu werden, mit der von der Kirche geförderten „Ehe für alle" und der Teilnahme von evangelischen Pfarrern am Christopher Street Day.

Henrik Schulze, Jüterbog

Die heilende Wirkung »Effektiver Mikroorganismen«

Zu: Ein Planet namens Erde (Nr. 1)

Die Autorin weist das Wirken von Mikroorganismen nach Umweltkatastrophen nach. Folglich können wir uns diese für uns nutzbar machen, da sie überall bei hohen und niedrigen Temperaturen zu finden sind. Leider wird nicht erforscht, auf welchen Gebieten Mikroorganismen der Menschheit dienen können.

Seit einigen Jahren benutze ich „Effektive Mikroorganismen" (EM), um Küchen- und Gartenabfälle zu wertvollem Humus zu verfermentieren. Bei der EM – in Deutschland seit zirka 30 Jahren bekannt – handelt es sich um nützliche Mikroorganismen, die der japanische Professor Higa („Eine Revolution zur Rettung der Erde") zusammengestellt hat.

Mit EM wird sogar die Bucht von Tokio gereinigt. Entsprechend könnten Flüsse mit EM in Deutschland gereinigt werden, aber das wollen deutsche Behörden nicht. Für die Renaturierung der Emscher werden viele Millionen unnötig für Kläranlagen ausgegeben, und alle Bürger entlang des Flusses müssen zahlen.

Nach dem Reaktorunglück in Fukushima suchte der Landwirt Takizawa nach Methoden, die Radioaktivität auf seinen Feldern zu reduzieren, um das Heu für seine Kühe wieder selbst herstellen zu können. Ab 2012 begann er, einen Teil der Gülle und des Mists mit dem sogenannten EMa-Verfahren zu behandeln und verglich die Radioaktivität der Erde von behandelten Parzellen mit jenen der unbehandelten Parzellen. Die Werte der EMa-Parzellen schlössen dabei weit tiefer ab als die anderen. Auch die Werte der Mahd für sein Heu waren auf den EMa-behandelten Parzellen sehr viel besser.

Auf der Cozmo-Farm verweigerten die Herren Imaizumi und Yonekura die Abtragung der obersten Erdschicht und behandelten ihr Anwesen stattdessen mit 2000 Liter EMa pro Woche mittels Feuerwehrspritzen. Auf diese Weise konnten sie die Radioaktivität innerhalb von zwei Monaten reduzieren. Auch 2012 fuhren sie fort, ihr Anwesen und den Wald an ihrer Straße mit 10000 bis 12000 Litern EMa dreimal pro Woche zu besprühen. Nach der behördlichen Dekontamination bei einigen Nachbarn werden deren Werte mit jenen der Cozmo-Farm verglichen. Dabei erwies sich die Maßnahme mit EMa als doppelt so effektiv, und die Radioaktivität reduzierte sich auf zirka die Hälfte der Vergleichswerte.

Mit Schadstoffen belastete Böden könnten auch in Deutschland mit EM behandelt werden. Aber da machen die Behörden nicht mit. EM wird in vielen Ländern in der Landwirtschaft eingesetzt, hier aber nur in wenigen Betrieben. Doch darüber wird nur sehr selten berichtet.

Alfred Tegethoff, Recklinghausen

Untaten als Maßstab der Traditionspflege sollten auch für andere Nationen gelten

Zu: Wurzeln gekappt (Nr. 8)

Um eine Tradition zu pflegen, ist Voraussetzung, dass man sich dieser überhaupt bewusst wird. Unter Bewusstsein verstehen wir die Fähigkeit, mit dem Verstand und den Sinnen die Umwelt zu erkennen und zu verarbeiten.

Welche Faktoren beeinflussen nun diese Fähigkeit in unserer Gegenwart? Es ist die klare Erkenntnis, dass der Sieger des Krieges unsere Geschichte schreibt und damit den festen Rahmen vorgegeben hat, wie die zu pflegende Tradition diesem Rahmen zu entsprechen hat. Um es mit Wolfgang Schäuble zu sagen: „Deutschland war seit 1945 zu keinem Zeitpunkt souverän!"

Wie hündisch geknebelt wir (als deutsches Volk) nach dem verlorenen Krieg auf dieses Weltbild zugeschnitten worden sind und weiterhin getrimmt werden, wird jedem, der nicht durch übermäßigen Konsum und Leitbilder aus der Mainstreampresse halbwegs verblödet in die Welt schaut, in heutigen Tagen in diesem unserem Lande immer klarer. Dies besonders unter dem Blickwinkel der neuen Zensur, der sogenannten „political correctness" und dem damit einhergehenden Netzwerkdurchsetzunggesetzes.

Unser schulischer Geschichtsunterricht endete in der Vergangenheit folgerichtig meist mit der Entstehung der Weimarer Repu-

Wertfreier Unterricht nur bis Weimarer Zeit

blik, weil unsere Lehrer bis zu diesem Zeitpunkt wertefrei unterrichten konnten. Im Unterricht weiter fortzuschreiten hätte die Gefahr bedeutet, sich in Aussagen über das NS-System zu verfangen und so möglicherweise den Boden der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" zu verlassen, mit allen sich daran knüpfenden beamtenrechtlichen Folgen.

Wir sind also alle gründlich umerzogen worden und wissen heute, welche ungeheure Schuld nur die Deutschen auf sich geladen haben und dass sie dieser Schuld gehorchend bis ins dritte oder ins vierte Glied (ein Ende ist nicht absehbar) Ersatz zu leisten haben. Wehe dem Besiegten.

Millionen Tote klagen an. Leider nur die Deutschen. Die Frage, wer Auslöser dieser größten aller menschlichen Miseren war, stellen wir nicht und dürfen wir auch nicht stellen, denn dazu sind wir als Besiegte nicht berechtigt, und die deutsche Schuld ist durch die Siegerjustiz in Nürnberg festgestellt. Aber auch die Sieger stellen sich diese Frage nicht ehrlich, denn dann müssten sie eingestehen, dass sie bereits vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 einen Pakt mit einem Massenmörder (Josef Stalin) eingingen, der schon zirka fünf Millionen Ukrainer und ungezählte Opfer im eigenen Volk durch Säuberungsaktionen auf seinem Schuldkonto verbuchen durfte. Dieser hochgerüstete und (nicht demokratisch legitimierte und durch einen Umsturz 1917 an die Macht gelangte) „edle Waffenbruder" war also den letztlichen Siegern als Partner genehm.

Gemäß dem Beistandspakt für Polen hätte man eigentlich auch Stalin den Krieg erklären müssen, denn er teilte sich mit dem Verbrecher Hitler das eroberte Polen. Wir haben es hier (sehr verkürzt dargestellt) somit mit zwei Verbrechern zu tun, die sich des Werkzeugs „Militär" zur Durchsetzung ihrer Untaten bedienten.

Während Russland (und andere Sieger des Krieges) militärische Traditionen in bester Art und Weise pflegt, wird bis in die Gegenwart durch die politische Führung beim Verlierer Deutschland in militärischen Kreisen immer noch (im Wege des vorauseilenden Gehorsams) Böses vermutet oder latent unterstellt.

Die Opfer des Massakers von Katyn oder bei der Eroberung Ostpreußens, begangen durch die Rote Armee, finden als Kriegsverbrechen genauso wenig Beachtung wie die Ermordung von zivilen Opfern durch alliierten Bombenterror oder die durch Hunger und Epidemien in den Rheinwiesenlagern zu Tode gekommenen zirka eine Million deutscher Kriegsgefangener nach dem 8. Mai 1945, also nach der bedingungslosen Kapitulation.

Wenn wir Untaten als Maßstab für die Neuauflage der Traditionspflege nehmen, so müsste unsere inzwischen so europäisch und global aufgestellte Politik diese auch bei unseren jetzigen Verbündeten anmahnen, da doch bei jedem Staatsbesuch in nicht demokratisch geführten Ländern die Menschenrechte so gern angemahnt werden. Ungeachtet aller einer Tradition entgegenstehender Argumente darf sicherlich festgestellt werden, dass in Kriegen andere Regeln gelten als zu Friedenszeiten. Davor kann auch jede vereinbarte Landkriegsordnung offenbar nicht schützen.

Selbst Russen pflegen Traditionen des Heers

Die Ableistung einer Wehrpflicht ist in allen Nationen (sofern kein Berufsheer vorhanden ist) grundsätzlich Verpflichtung aller Staatsbürger. Hierzulande hat in besonderem Maße die preußische Militärgestaltung in Deutschland maßgeblichen Einfluss. Die abzuleistende Dienstzeit wurde nicht ohne Grund als „Schule der Nation" bezeichnet, und so manchem bis dahin zaghaften Jüngling wurde hier der „aufrechte Gang in preußischen Tugenden" beigebracht.

Dieser Dienst (oder zivile Ersatzdienst) sollte gerade in heutigen Tagen in der Lage sein, junge Staatsbürger im demokratischen Sinne zu formen, sie im staatsbürgerkundlichen Unterricht auf erforderliche Verteidigungsbemühen und -erfordernisse vorzubereiten und in ihnen eine innere Überzeugung von dessen Notwendigkeit zu veranlagen.

Wenn aber eine überlange, im Amt verbrauchte Regierung einem aalglatten Schnellschwätzer mit falschem Doktortitel für eine sehr verkürzte Amtszeit das Verteidigungsministerium überlässt und ihm die Abschaffung der Wehrpflicht erlaubt, wird auch der dümmste Rekrut unschwer erkennen, dass etwas faul ist in diesem Staat und dass er ein Risiko, wie es alle Soldaten mit ihrem Fahneneid auf sich nehmen, tunlichst vermeiden sollte.

Rudolf Neumann, Ahrensburg

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Ende einer Kölner Institution

Ist Volksschauspiel nicht mehr zeitgemäß? – Über das einst so beliebte Millowitsch-Theater senkt sich der Vorhang

Das Millowitsch-Theater, jahrzehntelang eine kulturelle Institution in Köln und auch bundesweit als Volkstheater bekannt, lässt am 25. März dieses Jahres endgültig den Vorhang fallen. Der Deutsche Kulturrat setzte das Kölner Theater auf die Rote Liste bedrohter Kultureinrichtungen.

Das Theater wurde seit 1940 vom legendären Volksschauspieler Willy Millowitsch geleitet, der einer alteingesessenen Schauspielerdynastie entstammt. Der „kölsche Jung“ Willy machte seine Bühne nicht nur in Köln bekannt und beliebt, sondern wurde durch Fernseh-Übertragungen auch bundesweit prominent.

Mit der Komödie „Der Etappenhase“ schrieb der 1999 im Alter von 90 Jahren verstorbene Millowitsch Fernseh- und Theatergeschichte. Das Stück wurde 1953 als erste Live-Übertragung einer Theateraufführung vom damals noch vereinten Nord-Westdeutschen Rundfunk (NWDR) im Fernsehen ausgestrahlt. Schlagartig war der Name Millowitsch auch außerhalb Kölns ein Begriff. Die jahrzehntelang regelmäßigen TV-Ausstrahlungen aus dem Millowitsch-Theater waren regelrechte „Straßenfeger“, die das Fernseh-Volk von den Straßen weg vor die TV-Apparate lockte.

Millowitsch schaffte es auch, sich als Sänger und Darsteller in Kino- und Fernsehfilmen einen Namen zu machen. Die Stimmungslieder „Schnaps, das war sein letztes Wort“ und „Ich bin ene kölsche Jung“ werden noch heute bei Karnevalsveranstaltungen gespielt und mitgesungen. Als „Kommissar Klefisch“ trat Millowitsch in einer TV-Serie auf.

Im privaten Leben baute Millowitsch die Schauspielerdynastie aus. Mit seiner zweiten Ehefrau bekam er vier Kinder, von denen drei die Schauspielerei fortführten. Tochter Mariele und Sohn Peter sind die wohl bekanntesten.

Peter trat schon als Sechsjähriger, in die Fußstapfen des Vaters und spielte bei Bühnenstücken mit. 1998 übernahm Peter Millowitsch – eher unfreiwillig – den Familienbetrieb. „Willy hatte ja eigentlich gesagt“, erinnert sich Peter, „er wolle auf der Bühne sterben.“ Die Gesundheit des damals 89-jährigen Vaters habe dann aber nicht mitgespielt und Sohn Peter fühlte sich zur Übernahme des Theaters verpflichtet. Ein Theater, das mit rund 400 Plätzen zu den größten Bühnen in Köln gehört.

Es ist kein Geheimnis, dass alle vier Kinder Probleme hatten, im Schatten des großen Übervaters Willy zu stehen. Doch dieses Schicksal habe die Geschwister auch „besonders zusammengeschweißt“, bemerkte eine der Schwestern Peters.

Ein Grund für familieninterne Reibereien war zum Beispiel die inhaltliche Ausrichtung des Volkstheaters. Im Gegensatz zum Vater Willy brachte Peter Millowitsch auch ernste Stücke auf die Bühne. Im Zwei-Personen-Stück „Bildung für Rita“ spielte er 2005 mit der TV-Schauspielerin Meike Gottschalk ohne den sonst üblichen Klamauk. Das sei ein gewisses Risiko gewesen, meinte Peter Millowitsch damals, denn mit dem Namen Millowitsch verbänden die meisten Theaterbesucher vor allem Komödie und Humor: „Bei Millowitsch wollen die Leute lachen.“ Und wohl auch die kölnische Mundart hören. Meike Gottschalk konnte kein „Kölsch“ sprechen – was ihr Peter Millowitsch nicht übelnahm: „Kölsch sprechen ist kein Muss. An erster Stelle steht der Anspruch an die Qualität meiner Schauspieler.“

Verkauft bald keine Karten mehr: Peter Millowitsch, Sohn der Theaterlegende Willy Millowitsch

Bild: Imago

Ein markanter Einschnitt in der Geschichte der Spielstätte war das Jahr 2015, als aus dem „Millowitsch-Theater“ die „Volksbühne am Rudolfplatz“ wurde. Seitdem war Millowitsch „nur“ noch ein Mieter der Bühne, einer unter anderen – allerdings ein prominenter und dauerhafter. Sechs Monate im Jahr bespielte Peter mit seinem Ensemble die Volksbühne.

Ende Dezember 2017 kündigte Peter Millowitsch an, dass er die Produktion eigener Stücke in der Spielzeit 2018/2019 beenden werde. Im Frühjahr 2019 wolle er, dann 70 Jahre alt, zum letzten Mal das Stück „Der Etappenhase“ aufführen, also jenes Stück, mit dem sein Vater 1953 Theater- und Fernseh-Geschichte schrieb.

Einen Monat später kündigte Millowitsch an, vorzeitig aufzuhören und den Theaterbetrieb am 25. März dieses Jahres zu beenden: „Das Geld und die Kraft reichen einfach nicht mehr.“

Ein Nackenschlag in wirtschaftlicher Hinsicht war der Ausstieg des WDR im Jahr 2016 aus den Fernsehübertragungen. Nachlassendes Publikumsinteresse am Volkstheater hatte die Rundfunkanstalt bewogen, auf Übertragungen zu verzichten. Neben den Fernseh-Einnahmen verlor Millowitsch zudem noch die Beteiligung des WDR an den Produktionskosten.

Millowitsch: „Weil ich das Theater nur noch aus privaten Rücklagen weiter finanzieren kann, habe ich mich entschieden, den Schlussstrich zu ziehen.“

Der „Etappenhase“ wird also nicht mehr produziert. Mit der Aufführung des aktuellen Schwanks mit dem vielsagenden Titel „Wer weiß, wofür et joot es?“ endet am 25. März die Geschichte des Millowitsch-Theaters.

Bleibt die Frage nach der Hilfe seitens der Stadt Köln für die traditionsreiche Kultureinrichtung. Die Stadt pflegt nach eigenen Angaben zu Peter Millowitsch und dem Volksbühne-Theater einen „positiven Kontakt“. Bei der Sanierung des denkmalgeschützten Theaters habe die Stadt sich aktiv durch einen Zuschuss in Höhe von zirka 250 000 Euro beteiligt.

Simone Winkelhog vom Presseamt der Stadt Köln: „Peter Millowitsch hat zu keinem Zeitpunkt die Erwartung nach einer regelmäßigen finanziellen Unterstützung durch die Stadt geäußert. Das Betriebskonzept war immer auf wirtschaftliche Tragfähigkeit ausgelegt. Das jetzt angekündigt Ende des Familienbetriebes wäre durch städtische Subventionen nicht aufzuhalten, da Peter Millowitsch die Altersgrenze erreicht hat und es keinen geeigneten Millowitsch-Nachkommen gibt.“

Oberbürgermeisterin Henriette Reker meint: „Die Stadt steht dem

Hamburger Ohnesorg übernimmt die Regie

Haus und auch dem Genre ‚Volkstheater‘ positiv gegenüber und freut sich darüber, dass die Volksbühne in ihrem gemischten Spielplan auch weiterhin das Volkstheater in etwa gleichem Umfang wie bisher repräsentieren wird.“

Gemeint ist damit der Plan von Christian Seeler, Ex-Intendant des Hamburger Ohnesorg-Theaters, ab Dezember dieses Jahres die Komödie „Tratsch im Treppenhaus“ in der Volksbühne aufführen zu lassen. In den Hauptrollen: Heidi Mahler, Tochter der legendären Heidi Kabel und Peter Millowitsch, Sohn des legendären Willy Millowitsch.

Womit sich auch ein Liedtext der legendären Kölner Volksschauspielerin Trude Herr bestätigt: „Niemals geht man so ganz ...“ *Siegfried Schmidtke*

Au Backe, das wird teuer

In Osteuropa wird dem Dentaltouristen aus dem Westen so richtig der Zahn gezogen

Zur Zahnprophylaxe geht es nach Tschechien, die neuen Goldkronen gibt es in Polen und Zahnimplantate lässt man sich in Ungan einsetzen. Wegen einer Zahnbehandlung reisen viele Deutsche über die Grenze. Doch vorher sollte man genau vergleichen, denn die günstigen Preise von früher sind Geschichte. Bei kleineren Maßnahmen zahlt man teilweise deutlich mehr als im eigenen Land.

Dentaltourismus ist noch immer ein großes Thema. Die Vorstellungen von günstigeren Preisen sitzen tief und werden durch Werbeversprechen weiterhin gefördert. Das niedrigere Lohnniveau in den östlichen EU-Staaten soll eben auch die Preise niedrig halten. Für die Betreiber solcher Praxen ist das eine Geldgrube, während die Patienten aus dem Westen erst hinterher merken, dass die Rechnung überhöht ist.

Das kann man leicht ausprobieren, beispielsweise in der Zahnarztpraxis Dentalcoop in St. Gotthard im südwestlichen Ungarn. An der Behandlung ist nichts auszusetzen, sie erfolgt mit äußerster Sorgfalt, sehr gründlich und genau. Während man aber in Österreich für eine kleine Zahnfüllung 10,80 Euro und für die Zahnsteinentfernung 18,80 Euro zu zahlen hat, stehen bei Dentalcoop sportliche 130 Euro auf dem Zettel. Das ist das Viereinhalbfache und fast so viel wie in Las Vegas (158 Euro). Diese Rechnung kann man zwar zu Hause einreichen, aber da die Zahnsteinentfernung fälschlich als Mundhygiene fakturiert wurde, bekommt man für sie schon einmal nichts wieder, und für die Füllung eben nur das, was daheim zu zahlen gewesen wäre.

Nun sind natürlich Zahnärzte in Ungarn nicht an den österreichischen Kassentarif gebunden, es gibt Vertragsfreiheit, und jeder kann sich vorher informieren. Das betont auch Dentalcoop-Direktor Peter Horowitz. Irreführend ist jedoch, dass er den Hinweis darauf, seine Honorare würden ein Vielfaches des österreichischen Vertragstarifs betragen, damit kontert, dass die Patienten in den Kassen-Ordinationen nur den Patientenanteil zu zahlen hätten. Denn der Vertragstarif enthält genau die Honorare, die der Arzt tatsächlich für die jeweilige Leistung bekommt. Irreführend ist auch, die überteuerten Leistungen fortwährend damit zu beweben, dass sie zu günstigen Preisen zu bekommen wären.



Strahlende Verheißung: Zahnklinik in Ungarn

Bild: Imago

Dentalcoop ist allerdings nicht die einzige Firma, die aus der Gutgläubigkeit westlicher Patienten Geld schlägt: Bei „Zahnarzt Ungarn“ in Wieselburg kostet die Füllung 50 Euro, ein Provisorium (für unsere Ärzte nicht der Rede wert und im Sportfachhandel als billige Tubenware erhältlich) satte 15 Euro. Ein Implantat mit Krone (System Ankylos) kostet 1410 Euro, hinzu kommen Nebenarbeiten wie Röntgen, Anästhesie und anderes. Die Vergleichspreise für Deutschland und Österreich gibt diese Praxis völlig falsch an, so etwa fiktive 120 Euro für eine Zahnfüllung in Deutschland oder Österreich, was um den Faktor 6 zu hoch gegriffen ist. Kostenvoranschläge sind allgemein unverlässlich, weil dem Arzt noch während der Behandlung einfallen kann, dass sie etwas umständlicher wird.

Gerade Implantate sind aber immer wieder das zentrale Thema der östlichen Anbieter. Bei der Zahnklinik Peterswald kann man sich zwischen „Astra“ (1090 Euro) und „Lašak“ (zu Deutsch: Alles klar, 790 Euro) entscheiden, ohne den Unterschied zu verstehen. Bei „Zahnklinik-tschechien.at“ in Brünn zahlt man „ab“ 950 Euro. Diese Preise sind zwar erkennbar günstiger als die durchschnittlichen 2000 Euro, die man in Österreich für Implantat und Krone anlegen muss, doch kann der Patient weder das verwendete Produkt noch den behandelnden Arzt einschätzen, selbst dann nicht, wenn Zertifizierungen vorgelegt werden. Nach Einschätzung eines österreichischen Kieferchirurgen halten solche Produkte erfahrungsgemäß etwa zwei Jahre, danach kommt es zu größeren Problemen.

Die Frage ist auch, wie schnell bei Komplikationen gehandelt werden kann. In einer Zahnklinik in der Excalibur-City an der tschechischen Grenze zu Österreich kommt der Kieferchirurg überhaupt nur einmal im Monat, wobei sich zwei (aus Prag und Brünn) abwechseln. Liegt die Praxis weiter weg, verursachen auch Anreise und Übernachtung Kosten, und es bleibt nach der Behandlung das Risiko, mit Komplikationen im Regen stehen gelassen zu werden. Dies sollte bei der Wahl der Zahnklinik unbedingt bedacht werden. *Alexander Glück*

Scharf und heilsam

Ingwer – Die Heilpflanze des Jahres

Die Erkältungssaison, die gerade ihrem Höhepunkt erreicht hat, lässt die Nachfrage nach einem tropischen Knollengewächs stark anwachsen. Ingwer wird von der Heilmedizin gerne mal bei grippalen Infekten verordnet. Die Ingwer-Wurzel enthält entzündungshemmende Stoffe, die auch gegen Rheuma und Muskelschmerzen helfen sollen. Um an die vielseitigen Heilkräfte der Knolle zu erinnern, ist Ingwer zur Heilpflanze des Jahres 2018 gekürt worden.



Blätter der Ingwerpflanze

Bild: I. Haas, Botanischer Garten und Bot. Museum Berlin

Das schon seit dem Altertum in Europa als scharfes Küchengewürz und Arzneipflanze bekannte Gewächs stammt ursprünglich aus Südostasien. Der botanische lateinische Name lautet „Zingiber officinale“. Die Pflanze benötigt tropisches oder subtropisches Klima um zu wachsen. Heute kommt Ingwer kaum noch wild in der Natur vor. Er wird in Sri Lanka, Indonesien, China, Indien, Japan oder Australien sowie in Afrika und Südamerika auch für den Export angebaut. Man behauptet, dass der Ingwer aus Jamaika das feinste Aroma haben soll. Die Ingwerpflanze bildet genau wie Bananenstauden keinen holzigen Stamm, sondern eine Staude. Die schilfartigen Blätter werden manchmal 1,5 Meter lang. Die Pflanze hat gelblich-rote Blüten an einem Spross. Ihre Wurzeln sind knollenartig verdickt und bilden einen Wurzelstock. Diesen, kurz nach der Blüte ausgegraben, nutzt man als Gewürz. Die Knolle steckt voller Scharfstoffe. Ursache dafür ist der Stoff Gingerol, der in der Wurzelknolle enthalten ist.

In Asien wird Ingwer schon lange als Heilpflanze verwendet. Als Tee gegen Erkältung ist das aus ätherischen Ölen bestehende Ingwer-Rhizom, wie der Wurzelstock genannt wird, genauso wirksam wie als Pulver gegen Reisekrankheiten, Schmerzen oder Verdauungsbeschwerden.

Aber die vielen Inhaltsstoffe des Ingwers sind nicht nur gesund, sondern auch lecker. Wer gerne asiatisch essen geht, wird häufig mit Ingwer gewürzte Speisen bekommen. Man findet ihn auch in Marmeladen, Getränken und Süßigkeiten. Kuchen, Ketchup, ja sogar Wurst wird manchmal mit Ingwer gewürzt. Wer einmal auf ein rohes Stück Ingwerwurzel gebissen hat, der weiß, wie scharf die Knolle ist. *Silvia Friedrich/tws*

Parallelen zwischen Demokratie und Kommunismus

Wen von uns hat in letzter Zeit nicht schon die Ahnung beschlichen, dass es mit dem „freiesten Staat, den es jemals auf deutschem Boden gab" nicht mehr so weit her ist – und das nicht erst seit Heiko Maas und seinem unrühmlichen Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Dafür muss man nicht einmal gelernter DDR-Bürger sein. Dass hier etwas schief läuft, dämmert inzwischen auch den Westdeutschen.

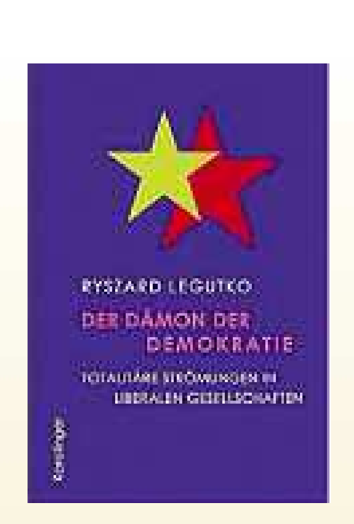
Ryszard Legutko ist Pole und hat als solcher seinen eigenen Blick, nachdem er den real existierenden Sozialismus über Jahrzehnte aus eigenem Erleben kerfahren hat. Dabei machte er früh die irritierende Erfahrung, dass westliche Intellektuelle eine verzerrte Wahrnehmung entwickelten, als sie sich höchst einfühlsam in die „Errungenschaften" des Sozialismus hineindachten, während sie andererseits die brutale Realität einer Diktatur der „Volksdemokratie" ausblendeten. Später lernte er als Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament auch die EU-Bürokratie von innen kennen, heute beschäftigt er sich mit den Vorsokratikern.

In seinem Buch „Der Dämon der Demokratie" verarbeitet Legutko nun diese Erfahrungen und nimmt dabei vor allem die Spannung zwischen Anspruch und Wirklichkeit der politischen Systeme unter die Lupe, indem er überraschend analoge Tendenzen in der liberalen Demokratie unserer Tage zum Kommunismus ausmacht. Zwar fehle den westlichen Staaten – noch – die kalte Brutalität bei der Durchsetzung der politischen Interessen. Aber die Entwicklung sei unverkennbar. Die „totalitären Strömungen in liberalen Gesellschaften", wie es im Untertitel heißt, zeigten sich immer unverhohlener. So erkennt Legutko auch eine direkte Entsprechung zwischen dem politisch Bösen im Kommunismus und der Political Correctness in der liberalen Demokratie, die Eberhard Straub auch als „die Tyrannei der Werte" bezeichnet hat. Die willigen Vollstrecker derselben in beiden Systemen sind, folgt man Legutko, die Intellektuellen und die Medien, die Kontrolle ausüben und unbotmäßiges Denken nach Pranger-Art abstrafen, bis die Angst regiert und jeder seinen Nachbarn argwöhnisch überwacht.

Leider bleibt das zivilreligiöse Element in beiden Systemen unterbelichtet und allzu eng gefasst. Der Jurist Josef Schüßlburner hat dieses in seinen Arbeiten deutlich schlüssiger thematisiert. Dabei stammen die ersten Überlegungen in dieser Richtung auch nicht von Rousseau, wie Legutko meint, sondern von dem antiken Universalgelehrten Marcus Terentius Varro (116–27 v. Chr.), der mit seiner „theologia naturalis" bereits vor 1000 Jahren eine Sakralisierung der politischen Systeme motivisch anmoderierte. Wer, wie die Rezensentin, dem aristotelischen Verfallszyklus politischer Systeme anhängt und damit auch deren Niedergang immer im Blick behält, der findet – ganz ohne Jacob Taubes, den Legutko bemüht – erneut bei den alten Griechen passendes Anschauungsmaterial: Der Athener Lykurg (390–324 v. Chr.), Schüler Platons, Finanzminister und Staatsmann, etablierte zur Zeit des militärischen Niedergangs von Athen bereits einen Kult um die Göttin Demokratia und verhängte – bei Todesstrafe – ein Ausreiseverbot für die Athener Bürger. Kommt uns das nicht bekannt vor?

Gekonnt schlägt Legutko dabei den großen Bogen von den klassischen Staatsdenkern der griechischen Antike bis zu den großen Denkern der Neuzeit und zitiert deren Kerngedanken eingedampft auf wenige Sätze, ohne sie dabei zu entstellen. Einer Beschreibung der Geschichte der politischen Systeme Kommunismus und liberale Demokratie sowie ihrer utopischen Zutaten lässt er die daraus folgende Politik mit ihrer jeweiligen ideologischen Grundierung folgen.

Zum Schluss wirft der Katholik Legutko noch einen Blick auf die Religion und die antiklerikalen Strömungen beider Systeme: „Wenn die Kommunisten heute noch am Leben wären, wären sie entsetzt, wie wenig ihr antireligiöser Krieg bewirkt hatte und wie erfolgreich die liberalen Demokraten im Vergleich zu ihnen sind. All das, was die Kommunisten mit Brutalität verfolgten, erreichten die Liberal-Demokraten fast mühelos." Die Wurzeln beider Politiksysteme sieht er in einer Idealisierung des Mittelmaßes und der damit verbundenen Vulgarisierung von Kunst, Wissenschaft, Politik, Recht und Kultur – und folgert: „Aber zu einer echten Veränderung wird es erst kommen, wenn sich die jetzige Auffassung vom Menschen abgenutzt hat und als unzulänglich empfunden wird." Als Rüstzeug dafür ist die Lektüre dieses klugen Buches sehr zu empfehlen. *Nike Breyer*



Ryszard Legutko: „Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften", *Karolinger Verlag, Wien 2017, gebunden, 192 Seiten, 23 Euro*

Gespräche mit Kindern

Kinder fragen, und es antworten Religionspädagogen, Theologen, Mediziner sowie Vertreter nicht-christlicher Glaubensrichtungen. Das ist ein bewährtes Konzept. In den Tagen vor Karfreitag häufen sich vielleicht die Fragen nach Tod und Auferstehung. Was antwortet man einem Kind, das sagt: „Ich will nicht, dass du stirbst, und ich will auch nicht selbst sterben"?

In dem Buch „Gibt es ein Leben nach dem Tod?" geht es um das Sterben, den Tod und ein Leben danach. Diese insgesamt 17 Kapitel plus Vorwort und Kurzvitae der Autoren sind für Kinder geschrieben, sie werden von den Forschern also direkt angesprochen. In jedem Kapitel wird ein Aspekt behandelt. Oft gibt es eine kurze Ausgangsgeschichte wie in dem Kapitel „Warum weinen wir, wenn jemand stirbt?". Hier ist der Großvater von einem kleinen Jungen namens Jan gestorben, und dieser muss immer wieder weinen, wenn er an seinen Opa denkt. Es wird aufgezeigt, was man wissen kann, was man nicht wissen kann, und was Christen glauben.

Drei Kapitel widmen sich anderen großen Weltreligionen und was hier bezüglich eines Lebens nach dem Tod geglaubt wird. Jedes Kapitel endet mit dem Abschnitt „Zum Weiterdenken und Weiterfragen", also mit Fragen, die die Kinder und Jugendlichen bewegen sollen, sich mit dieser Thematik stärker auseinanderzusetzen, und ihnen einen Zugang hierzu erleichtern.

Was ist der Himmel, die Hölle, das Jüngste Gericht? Was passiert mit dem Körper beim Sterben? Kapitel über Nahtoderfahrungen, die Gedanken todkranker Kinder, den Freitod, Unsterblichkeit sowie Auferstehung und ob auch Tiere in den Himmel kommen, kann man nicht als „leichte Kost" bezeichnen, aber sie lohnen. Sie bieten einem christlichen Haushalt Vokabular, mit dem es einem leichter fällt, über so ein schwieriges, aber unumgängliches Thema zu sprechen. *Christiane Rinser-Schrut*



Albert Biesinger /Helga Kohler-Spiegel/ Simone Hiller (Hg.): „Gibt es ein Leben nach dem Tod? Kinder fragen. Forscherinnen und Forscher antworten", *Kösel Verlag, München 2017, gebunden, 141 Seiten, 18 Euro*

»Made in Berlin« – Auf der Spur genialer Erfindungen aus der Preußenmetropole

Der Herr auf dem Einband schaut grimmig und hat doch so gar keinen Grund dazu. Ist es ihm, Max Skladanowsky, doch gelungen, mit seinem Bruder Emil das Bioskop zu entwickeln, mit dem sie 1895 erste Filmsequenzen vor Publikum projizierten.

Auf den Spuren 30 genialer Erfindungen von der Gründerzeit bis zum Jahre 1940 nimmt die Historikerin Gaby Huch die Leser mit auf eine Reise in die Berliner Vergangenheit. In ihrem Buch „Geniale Erfindungen. Made in Berlin" zeigt die langjährige wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, dass sie genau weiß, wovon sie spricht, forscht sie doch seit einigen Jahren bereits zur Berliner und preußischen Geschichte. Schon der gelungene Einband macht neugierig. Da tummeln sich neben einer Borsig-Lok ein Zeigertelegraf und der eben erwähnte Filmapparat der Skladanowsky-Brüder. Blättert man im Werk, bleibt man sofort an einer Abbildung der elektrischen Straßenbahn der Firma Siemens und Halske hängen. Die Passagiere schauen freundlich und laden gewissermaßen den Betrachter zum Einsteigen ein.

Es ist gleichgültig, mit welcher Geschichte man beginnt. Sie sind alle äußerst spannend und interessant, sei es die Gasbeleuchtung für Eisenbahnwagen, die Geschichte der Erbswurst, der Rhinoplastik oder der Blindenschreibmaschine. Ausnahmslos jede Beschreibung offenbart ein Stück Lebensgeschichte der betroffenen Personen und ist eng mit der Zeitgeschichte Deutschlands verbunden. Die Zeit war fast immer reif für das jeweilige Produkt. Sonst wäre es sicher nicht genau dann erfunden worden.

> In Preußen gab es viele Erfinder

Die Litfaßsäule, die Thermoskanne, der Blumenversand, der Fernseher, der erste Computer und vieles mehr. Wer weiß schon, dass der berühmte Geigerzähler eigentlich „Geiger-Müller-Zählrohr" heißt und zunächst nach dem deutschen Physiker Hans Johannes Wilhelm Geiger benannt wurde? Dieser entwickelte mit seinem Doktoranden Walter Müller seinen Geigerschen Spitzenzähler weiter. Das neue Elektronenzählrohr konnte neben Alpha- und Betastrahlung nun auch Gammastrahlung nachweisen.

Geradezu als Grundlage für ein Drehbuch erscheinen so manche hier aufgeführten Lebensgeschichten, wie die des Julius Fromm. 1883 östlich von Posen in Konin im jüdischen Viertel arm geboren, zogen die Eltern mit dem Zehnjährigen nach Berlin ins Scheunenviertel. Der Vater drehte Zigaretten zum Verkauf, Julius musste sie des Nachts in den Kneipen verkaufen. Wenn Zeit war, besuchte der Junge Chemiekurse. Nach dem Tod der Eltern versorgte er die Geschwister. Seine Erfindung eines dünnwandigen Kondoms aus Kautschuk war revolutionär und fand in der Zeit des Ersten Weltkrieges und der folgenden wilden 20er Jahre reißenden Absatz. Doch er lebte in dunklen Zeiten. Die „Machtergreifung" der Nationalsozialisten und die Judenverfolgung brachten Leib und Leben in Gefahr. Seine „Fromms Act Gummiwerke GmbH" musste er für einen Spottpreis an die Patentante Görings verkaufen.

Begleitet von ausdrucksstarken Abbildungen und Fotos kann der Leser Zeitgeschichte beinahe hautnah erleben. Ein aufschlussreiches, spannendes und oft sehr nahegehendes Lesevergnügen. *S. Friedrich*



Gaby Huch: „Geniale Erfindungen. Made in Berlin", *Elsengold Verlag, Berlin 2017, gebunden, 128 Seiten, 19,95 Euro*

Posthum erschienene Erinnerungen eines Kriegs-Abiturienten

Walter Ritters Erinnerungen hätten vor gut 60 Jahren geschrieben und als Pflichtlektüre allen Abiturienten zur Verfügung gestellt werden müssen. Sie geben nüchtern das wieder, was im Prinzip allen Abiturienten des Jahrgangs 1939 widerfahren ist. Von 21 Abiturienten des Kant-Gymnasiums in Boppard sind sieben im Krieg gefallen. Der Autor wurde im Juli 1920 geboren und nach dem Abitur am 1. April 1939 zum Reichsarbeitsdienst eingezogen. Bevor dieser zu Ende war, brach am 1. September der Krieg aus. Nahtlos wurde er am 1. Oktober zum Wehrdienst einberufen und zum Infanteristen ausgebildet. Als Gewehrschütze wurde er am 10. Mai 1940 an die Westfront verlegt. Bei der ersten Feuertaufe wurde seine Kompanie bis auf 40 Mann fast aufgerieben. Er erlebte mit Glück gesund die Kapitulation Frankreichs, wurde zum Kradfahrer ausgebildet und der 15. Panzerdivision zugeteilt, die für den Einsatz in Afrika vorgesehen war.

Anfang März 1941 ging es nach Tripolis und als Kradschütze direkt in den Wüstenkrieg. Die Engländer waren kampferprobt und zum ersten Mal musste Ritter, wollte er überleben, direkt auf Menschen schießen. Es ging nur um die Entscheidung „Du oder ich"! Insbesondere die hohen Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht machten zu schaffen. Die größte Gefahr waren die Fliegen, sodass im Sommer 1941 „fast alle an Amöbenruhr oder infektiöser Gelbsucht erkrankten". Es war mit „Spitzentemperaturen von über 65 Grad so heiß, dass alle Kampfhandlungen eingestellt werden mussten". Ende 1941 endete das Abenteuer „Afrikafeldzug" ob der materiellen Übermacht der Angloamerikaner.

Von der Wüste ging es an die Ostfront, in Kälte, Eis und Schnee. Nach dem „Kessel von Stalingrad" gab es kaum noch Panzerdivisionen, und als Leutnant und Kompanieführer hatte man „im Durchschnitt eine Lebenserwartung von höchsten drei Monaten". Trotz mehrerer Verwundungen durch Granatsplitter überlebte der Autor in einem desolaten Zustand permanenter Rückwärtsverteidigung von Auffangstellung zu Auffangstellung.

Eine Erlösung war dann am 9. Mai 1945 die Kapitulation der Wehrmacht mit dem Ende der Kampfhandlungen. Ritter hatte sich bis Regensburg durchschlagen können und geriet in amerikanische Gefangenschaft. Aufgrund einer „Vereinbarung" wurde er an die Russen ausgeliefert. Nach unsäglichen Strapazen landete er schließlich im Arbeitslager „Rustawi" nahe Tiflis. Neben permanenter Unterernährung waren es Läuse, Wanzen, Mücken, die Paratypus wie Malaria bescherten, die „mit Brotklumpen und konzentriertem Chinin" bekämpft wurde.

Mitte 1949 war es dann soweit. Der Heimtransport erfolgte über Charkow, Kiew, Brest, Frankfurt an der Oder und Bebra: Am 14. September 1949 erhielt Ritter vom französischen Kommandeur in Tuttlingen den „Entlassungsschein".

Schon Ende 1945 hatten NKWD-Offiziere damit begonnen, „einen nach dem anderen von uns zu vernehmen". Ab 1948 wurde im Lager das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" verteilt. „Ein- bis zweimal die Woche wurden wir Gefangenen einer ‚Gehirnwäsche' unterzogen, wurde uns eingeredet, dass ‚wir alle schuld an diesem Krieg seien'": Alle litten „nach und nach unter Schuldkomplexen". Zehn Jahre zwischen 19 und 29 waren „verloren"! Im Februar 1950 gelang Ritter eine Einstellung beim Finanzamt Koblenz. Im September 1953 bestand er die Prüfung zum Steuerinspektor. Nach seiner Pensionierung schrieb er diesen autobiografischen Text „in erster Linie für meine Frau und für mich persönlich". Daher verfügte er, dass er nicht vor seinem Tod veröffentlicht werden dürfe.

1993 fertiggestellt, erfolgte 2017 die Veröffentlichung, allerdings nicht ohne Kommentare, die zeigen, dass auch die „Umerziehung" im Westen und insbesondere der „Feldzug" der neomarxistischen „68er-Bewegung" gegen „unsere Väter" nicht erfolglos geblieben ist. Kapitel für Kapitel wurden die „Verlorenen Jahre" von sieben Autoren durchforstet, ob nicht der Autor als Schüler die „nationalsozialistische Ideologie" vertreten habe, die „Schuldzuweisungen" der Russen gerechtfertigt seien. Ohne Anhaltspunkt wird dem Autor unterstellt, dass er von den Konzentrationslagern und der Deportation von Juden gewusst haben müsste. Diese Gesinnungsschnüffelei ist ebenso „menschenunwürdig" wie die fürchterlichen Zustände in den russischen Lagern. *W. Thüne*

Walter Ritter: „Verlorene Jahre (1939–1949). Mit dem Abitur ins Leben?", *Helios Verlag, Aachen 2017, broscheirt, 199 Seiten, 19,80 Euro*

Hohe Ämter für Fabritius und Mayer

Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), wird Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Sein Stellvertreter Stephan Mayer wird Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium.

Dazu erklärt Fabritius in einer ersten Reaktion: Es ist für mich eine große Ehre, dass die CSU mir heute das Vertrauen ausgesprochen und mich als neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten benannt hat. Diese wichtige Aufgabe ist für mich eine Herausforderung, der ich mich gerne stelle. Ich trete dabei in die großen Fußstapfen von etwa Horst


Foto: Gerd Seidel CF

Bernd Fabritius

Waffenschmidt, Dr. Christoph Bergner, Hartmut Koschyk oder auch Dr. Günter Krings – und werde mit vollem Einsatz daran arbeiten, diese auszufüllen.

Außerdem begrüße ich die Entscheidung, dass BdV-Vizepräsident Stephan Mayer Parlamentarischer Staatssekretär beim zukünftigen Bundesminister des Innern, Horst Seehofer, werden soll. Auch wenn es zu weiteren Einzelheiten des Aufgabenzuschnitts und der Zuordnung im Rahmen der Regierung noch keine Informationen gibt, ist mit diesen Per-


Foto: Imago

Stephan Mayer

sonalentscheidungen schon sichergestellt, dass die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in ihren Heimat- und Siedlungsgebieten weiterhin an höchster Stelle engagiert vertreten werden.“

Der 1965 in Rumänien geborene Diplom-Verwaltungsfachwirt, Politologe und Rechtsanwalt Fabritius war von 2013 bis 2017 für die CSU Mitglied des Deutschen Bundestages. Den Bund der Vertriebenen führt er seit 2014. Außerdem ist er Bundesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen und Präsident der Föderation der Siebenbürger Sachsen.

Mayer, 1973 geborener Jurist mit sudetendeutschen Vorfahren, ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort ist er Sprecher der Arbeitsgruppe Inneres der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und gehört dem Fraktionsvorstand an. *PAZ*



No NOGROKO

Auf dem Knüppeldamm

Von falschen Sehnsuchtsorten, ideologischem Reizhusten, bösen Umständen und entmannter Hymne / Der satirische Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Was soll man dazu sagen? Auffällig wenig wurde dazu gesagt. Auch von Leuten, die sonst zu allen Zeiten zu allen Themen was zu sagen haben. Und nun dieses auffällige Schweigen im Willy-Brandt-Haus. Die SPD hat einen Knüppeldamm gebaut. Der führt unter abenteuerlichen Windungen durch Morast und Sumpf in die Groko. So richtig will dorthin eigentlich niemand, und doch ist sie ein Sehnsuchtsort. Im Zwiespalt der Gefühle – halb zog es ihn, halb sank er hin – entschied sich der SPD-Parteikörper. Zwei Drittel wurschtelten sich zur Groko durch, ein Drittel wandte sich mit Grausen. Das ist kein Ergebnis, mit dem man Staat machen kann. Zehn Prozent weniger als bei der letzten Entscheidung für eine Große Koalition. Die jetzige Abstimmung der SPD-Mitglieder macht, wie an Olaf Scholz deutlich zu erkennen war, sehr schmale Lippen. Schließlich ist ein Knüppeldamm keine Straße zum Marsch in die Zukunft. Ein Knüppeldamm hält nicht lange. Er muss häufig repariert werden. Wahrscheinlich herrschte deshalb das auffällige Schweigen in der Zentrale der SPD, als das Ergebnis der Mitgliederbefragung verkündet wurde. Deshalb rührte sich keine Hand zum Beifall. Vielen wird es gedämmert haben, dass ein Knüppeldamm immer ein Holzweg ist und dass man gerade auf dem selbigen aufbricht.

Wer vor fünf Jahren einen Diesel kaufte, der ließ eine grüne Plakette an die Windschutzscheibe pappen und war mit der Welt im Reinen: Er fuhr sauber, sauberer ging es nicht. Ja, denkste. Nach fünf Jahren ist dieser Wagen – top gepflegt – jede Inspektion rechtzeitig gemacht – keine Schramme – nur noch eine Dreckschleuder, für die niemand mehr etwas gibt. Mit Vollgas wird eine Technik an die Wand gefahren, von der Techniker behaupten, sie sichere für den Übergang die Zukunft, und von deren Gefahr für die Gesundheit Mediziner überhaupt nicht überzeugt sind. Aber wer unter ideologischem Reizhusten leidet, der ist taub für Argumente. Darum wird die schlagartige Enteignung von Besitzern eines Diesel-Fahrzeuges nicht mit Argumenten, sondern mit Behauptungen begründet. Die reichen aus, wenn man eine Überzeugung hat.

Wer einen Benziner fährt, sollte sich vor Schadenfreude hüten, er kommt auch noch dran. Das Diesel-Urteil von Leipzig war nur ein Etappensieg für die Deutsche Umwelthilfe. Der Diesel war dran, weil er wegen diverser Manipulationen ein schlechtes Gewissen verursacht und aus dem gleichen Grund die schwächste Lobby hat. Es geht um das Auto schlechthin. Der Kampf ist so alt, wie es die Grünen sind. Und sie heben als erste die Finger, wenn es um Fahrverbote geht. Der grüne Umweltsenator in Hamburg hat den Anfang gemacht. Die Tinte unter dem Urteil von Leipzig war noch nicht trocken, da kündigte er bereits baldige Fahrverbote an. Ausgerechnet Hamburg. Die Stadt stand bisher nicht an der Spitze der Problemstädte. Aber sie lädt Jahr für Jahr die übelsten Stinker der Weltmeere zu den Cruise Days ein. Wenn dann Kreuzfahrer ihren dreckigen Schiffsdiesel über der Elbe verbreiten, dann ist das ein fröhliches Volksfest.

> Wer einen Benziner fährt, sollte sich vor Schadenfreude hüten, er kommt auch noch dran

Alt-Grüne erinnern sich noch an die Forderung, den Benzinpreis auf fünf D-Mark je Liter hochzutreiben. Dieser Wunsch wurde von den grünen Eltern an den grünen Nachwuchs vererbt. Der fand im elterlichen Poesiealbum Verse wie diesen zum Bau einer Straße: „Der Auerhahn, der Auerhahn / der sieht sich das mit Grausen an / Die Autos und die Laster / die hasst er.“ Wem das von Kindesbeinen an eingetrichtert wurde, der muss eine besondere Beziehung zum Auto entwickeln. So wie die Mitglieder der Deutschen Umwelthilfe. Nimmt man die Auerhahn-Lyrik zur Voraussetzung, dann können allerdings nicht viele Kinder damit groß geworden sein. Die Deutsche Umwelthilfe, welche die halbe Republik lahmlegen möchte, hat gerademal 270 Mitglieder. Bundesweit! Aber auf die Zahl ihrer Mitglieder kommt es ja nicht an. Sie ist als Umweltorganisation anerkannt und darf klagen. Gleichzeitig darf sie als „qualifizierte Einrichtung“ im Verbraucherschutz Abmahnungen an Unternehmen verschicken, die gegen eine Vorschrift verstoßen haben. So kommt der Abmahnverein an sein Geld, mit dem er seine Klagen finanziert. Klar, Geld stinkt nicht.

Oder doch? Nichts stinkt so gewaltig wie Geld, das man nicht hat. Gerade haben wir bei der HSH Nordbank, der gemeinsamen Bank der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, erleben dürfen, wie man Steuermilliarden verbrennt und das als Erfolgsgeschichte verkauft. Alle hatten an die wundersame Vermehrung des Geldes geglaubt, an unermesslichen Reichtum und ewige Party. Einmal wie Dagobert Duck im Geld schwimmen, jeden Tag Champagner und Kaviarbrötchen. Das hatten sie versprochen, Politiker aller Parteien und die Investmentbanker, die Allianz der Freizeitspekulanten und der Glücksritter. Wie man weiß, ging die Sache total daneben. Statt Champagner und Kaviarbrötchen gab es bald nur noch Wasser und Käsestullen, und die auch noch auf Pump. Was aber nicht davon abhielt, weiter zu spekulieren und noch mehr Schulden anzusammeln. Und wer verursachte diese Pleite? Der Umstand! Immer der Umstand! Weil ein Umstand selten alleine auftritt, sind es die Umstände. Die sind leider sehr schwer zu erkennen, weshalb die Politiker in den Aufsichtsräten und die Manager in den Vorständen die Umstände überhaupt nicht erahnen konnten. Und somit nicht für Fehlentscheidungen haften müssen. Im Gegenteil. Es ist ja nicht so, dass die Manager nur Schulden machten. Sie machten auch Gewinn, der floss als Boni in ihre Taschen. Dem verwunderten Laien wurde erklärt, man müsse die guten Leute halten, ohne Bonuszahlung funktioniere das nicht. Ach, hätten sie bloß keine Boni gezahlt, dann wären die guten Leute rechtzeitig gegangen. So aber muss man nun den Schrott von Elbe und Förde verramschen. Bis zu einer Milliarde Euro wollen die Aufkäufer dafür zahlen. Na, das ist doch was. Wie viel genau, das steht noch nicht fest. Hauptsache weg mit Schaden. Leider gibt es noch eine kleine Gegenrechnung. Im Gegenzug müssen die Verkäufer dem Käufer schlanke zehn Milliarden Euro für eine Garantie mit dem hübschen Namen „Sunrise“ überweisen. Überhaupt ist unklar, auf welchen Schulden die Steuerzahler beider Länder sitzen bleiben. 15 Milliarden? 20 Milliarden? Man weiß nur, dass man den Schrotthändlern Dank schuldet, weshalb die Zukunft der Mitarbeiter (nicht der Vorstände, logo) vorsichtshalber gar nicht besprochen wurde. Schließlich ist die Heuschrecke ein scheues Wild.

Wenden wir uns zum Abschluss den wirklich wichtigeren Dingen zu. Es ist an der Zeit, die Nationalhymne zu entmannen. Auf diesen hübschen, zukunftsweisenden Einfall kam die Gleichstellungsbeauftragte des Bundesfamilienministeriums, Kristin Rose-Möhring. Um ihrem Anliegen einen besonderen Charme zu verleihen, machte sie diesen Vorschlag rechtzeitig zum Internationalen Frauentag am 8. März, den einst Clara Zetkin in die sozialistische Welt setzte. Rose-Möhring also stört das Macho-Gehabe in der deutschen Nationalhymne. Die ist zwar bereits bis auf die dritte Strophe amputiert, aber auch so ist sie immer noch schlimm genug. Per Hauspost übte die Gleichstellungsbeauftragte Kritik. Sie bemängelte das Wort „Vaterland“, das sei zu ersetzen durch „Heimatland“. Ob sie dabei heimlich auf Unterstützung durch den künftigen Heimatminister Seehofer in Berlin spekulierte, ist eher unwahrscheinlich. Sie bemängelte die Zeile „brüderlich mit Herz und Hand“ und unterbreitete als Gegenvorschlag „couragiert mit Herz und Hand“. Wenn man bedenkt, dass ein gewisser Hoffmann von Fallersleben derartigen Macho-Murks textete, ist dieser Männlichkeitswahn nicht weiter verwunderlich. Merkwürdigerweise traute sich die Gleichstellungsbeauftragte aber noch nicht daran, den Namen „Hoffmann“ zu neutralisieren. Immerhin, die gemachten Vorschläge passen prima zum neu eingeführten dritten Geschlecht.

MEINUNGEN

*Die **SPD** sei eine weltoffene und tolerante Partei, erklärte der sozialdemokratische Ex-Finanzminister **Peer Steinbrück** im Interview mit dem „Spiegel“ (3. März). Er fügte ein **„aber“** hinzu:*

„Aber eine Partei, die gelernt hat, dialektisch zu denken, sollte sich fragen, ob das Pendel in den vergangenen Jahren nicht zu weit in Richtung einer Vielfaltseuphorie und eines gehypten Multikulturalismus ausgeschlagen ist. Die Probleme in Schulen, in denen 70 Prozent und mehr der Kinder einen Migrationshintergrund haben, sind offenkundig. Es gibt eine islamische Paralleljustiz, und in manchen Moscheen predigen Imame, die nicht gerade unseren Wertekanon vertreten.“

***Roland Tichy** widmet sich in seinem Online-Magazin „Tichys Einblick“ (4. März) der Art, wie die **Großen Koalition** schließlich zustandegekommen ist:*

„Und jetzt also die Zustimmung durch die SPD-Mitglieder und nur deshalb die Regierungsbildung. Ein Votum einer fragwürdig anonymen Gruppe entscheidet über eine Regierung. Wo bitte, bleiben die Wähler? Wo das Grundgesetz? Wie soll darauf verwiesen werden, wenn die Regierung schon das Grundgesetz mit den Füßen tritt? Unter Merkel hat eine schrittweise Aushöhlung der Verfassung Platz gegriffen: Mitgliederentscheide von Parteien bestimmen über Regierungen; Koalitionsvereinbarungen ersetzen endgültig parlamentarische Abstimmungen.“

*Für die Londoner Tageszeitung **„Daily Mail“** erkundete die englische Journalistin Sue Reid in Duisburg das Problemviertel Marxloh und zeigte sich **entsetzt** (4. März):*

„Das ist nicht mehr das gute alte Deutschland, das wir kennen. Die Folgen der größten Migrationskrise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg waren für Marxloh katastrophal. Die Hälfte der 20000 Einwohner in diesem Vorort haben ausländische Wurzeln. Viele sind auf Grund offener EU-Grenzen und Angela Merkels Einladung, Flüchtlinge aus aller Welt willkommen zu heißen, angekommen. Die Neuankömmlinge sind arbeitslos, verlassen sich auf staatliche Leistungen und tun nichts lohnenswertes. In einem durchgesickerten Polizeibericht heißt es, die Straßen werden von Drogenhändlern und Räubern kontrolliert, die „Kriminalität als Freizeitbeschäftigung betrachten“. Die wenigen Deutschen haben Angst, nach Einbruch der Dunkelheit wegen ‚Konflikten zwischen Ausländern‘ rauszugehen. Straßenbahnfahrten abends durch die Gegend sind albtraumhaft.“

*Der evangelische Theologe **Richard Schröder** verteidigte im Deutschlandfunk (1. März) die **Essener Tafel** und ihre Entscheidung, vorläufig keine Menschen mit ausländischen Pass für die Nahrungsmittelausgabe mehr aufzunehmen, da zu viele bedürftige Deutsche verdrängt würden:*

„Sie brauchen ja irgendein Kriterium, um das unbestreitbare Ungleichgewicht abzustellen. Ich bitte darum, mal zu bedenken, dass es um kräftige, junge Männer auf der einen Seite geht, die zum Teil wenig Rücksicht gegenüber Frauen haben, weil das in ihrer Kultur nicht üblich ist, und es sich auf der anderen Seite um hilfsbedürftige Frauen handelt. Da habe ich dafür plädiert, dass alte Frauen und alleinstehende Mütter wieder eingeladen werden, denn die Migranten mit den Ellenbogen haben inzwischen 75 Prozent der Kapazität für sich gekapert.“